Behnsen, Henry

Die folgen der mark-entwertung für uns...

Leipzig

[1921]

97-84060-18
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

# BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



Behnsen, Henry
Die folgen der mark-entwertung für uns und die andern, von dr. Henry Behnsen und dr. Werner Genzmer. Leipzig, Meiner [1921]
x, 127 p. 21 cm.





## TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 10:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 3-31-97 INITIALS: PB

TRACKING # : 23147

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

# Die Folgen der Mark-Entwertung

## für uns und die andern

Von

Dr. Henry Behnsen
und
Dr. Werner Genzmer

Verlag von Felix Meiner / Leipzig

# Die Folgen der Mark-Entwertung

## für uns und die andern

Von

**Dr. Henry Behnsen**

und

**Dr. Werner Genzmer**

Verlag von Felix Meiner / Leipzig

# Die Folgen der Mark-Entwertung

## für uns und die andern

Von

Dr. Henry Behnsen

und

Dr. Werner Genzmer

Verlag von Felix Meiner / Leipzig

# Vorwort.

Als unsere Schrift „Valuta-Elend und Friedensvertrag"[1]), auf der die vorliegende Schrift aufbaut, im Herbst 1920 erschien, waren alle Parteien des Reichstages und alle Gruppen des Reichswirtschaftsrates einmütig der Meinung, daß in Verhandlungen mit den Alliierten eine Revision der wirtschaftlichen und der finanziellen Bestimmungen des Vertrages von Versailles erreicht werden müßte. So konnte sich auch der Minister des Auswärtigen Dr. Simons auf den geschlossenen Rückhalt von Reichstag und Reichswirtschaftsrat stützen, als er auf der am 1. März 1921 in London beginnenden Konferenz mit den Alliierten die sogenannten Pariser Forderungen der Alliierten[2]) als unerfüllbar ablehnte und ein Gegenangebot machte, das nach Ansicht der zu Rate gezogenen deutschen Sachverständigen die äußersten Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit erreichte.

Die Hoffnungen, auf dem Verhandlungswege eine Abänderung der wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen von den Alliierten zu erlangen, wurden gründlich niedergeschlagen. Der Gegenvorschlag der deutschen Regierung und ein weitergehender von Dr. Simons auf eigene Verantwortung hin in London vorgetragener Gegenvorschlag wurden von den Alliierten schroff abgelehnt. Die Alliierten beschlossen die sogenannten wirtschaftlichen Sanktionen, d. h. die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, die Errichtung einer Zwischenzollinie rechts des Rheines und die Erhebung einer Abgabe von 50% (später 26%) auf den Wert aller deutschen Waren, die nach den alliierten Ländern geliefert wurden.

[1]) Verlag von Felix Meiner in Leipzig, 2. Auflage 1921.
[2]) Beschlossen von den Alliierten am 29. Januar 1921.

Am 5. Mai 1921 wurde dem deutschen Botschafter in London ein Ultimatum überreicht, in dem die Alliierten in Abänderung ihrer Pariser Beschlüsse vom 29. Januar 1921 von Deutschland eine Kriegsentschädigung forderten, deren Gegenwartswert 132 Milliarden Goldmark und deren Endwert bei 5 % Zinsen und 1 % Amortisation 287 Milliarden Goldmark betragen sollte. Die Alliierten erklärten, im Falle der Ablehnung ihrer Forderungen am 12. Mai 1921 zur Besetzung des Ruhrgebietes schreiten zu wollen, und zogen die hierzu erforderlichen Divisionen im Rheinland zusammen. — Unter dem Druck dieser Drohungen fand sich im deutschen Reichstag eine Mehrheit für die Annahme des Londoner Ultimatums. Am 10. Mai erklärte sich Dr. Wirth als Reichskanzler des neuen Reichskabinetts zur Erfüllung des Ultimatums bereit. Seitdem hat die Reichsregierung unter Billigung der Reichstagsmehrheit keinerlei Schritte zur Revision des Vertrages von Versailles mehr unternommen.

Angesichts dieser politischen Lage erblicken wir den einzigen Lichtpunkt darin, daß die Forderungen der Alliierten so unvernünftig, wie nur irgend möglich, ausgefallen sind. In demselben Maße wie ihre Forderungen unsere Papiermark auf der schiefen Ebene, auf der sie sich nun schon jahrelang abwärts bewegt, weiter hinabdrücken, werden auch ihre eigenen Goldmarkforderungen, der Papiermark folgend, in den Abgrund der völligen Entwertung hinabgleiten. Wenn wir auch die Hoffnung haben dürfen, daß die Forderungen der Alliierten wegen ihrer maßlosen Übertreibung einmal ganz zusammenbrechen werden, so besteht doch kein Zweifel darüber, daß diese Entwicklung uns schwerste Zeiten bringen wird. Bisher wird durch den Streit der politischen Parteien, die sich immer noch gegenseitig die Schuld an unserer Lage vorwerfen, in breiten Schichten unseres Volkes die Erkenntnis aufgehalten, daß die Ursachen unserer Not in dem Vertrag von Versailles und in dem Londoner Finanzdiktat liegen. Wir fürchten, daß der unselige Parteistreit im Innern erst aufhören wird, wenn die Mark auf dem Tiefpunkte angekommen ist, wenn die mit der fallenden Mark verbundene Scheinblüte unserer Volkswirtschaft aufgehört hat und wenn die Not alle Stände unseres Volkes gleichmäßig erfaßt und verbindet.



Dann aber — so hoffen wir — wird mit der Einigkeit unseres Volkes auch der Augenblick gekommen sein, die unhaltbaren Bedingungen des Vertrages von Versailles und des Londoner Finanzdiktates abzuschütteln. Auch in den Ententestaaten wird bis dahin durch die schweren Wirtschafts- und Finanzkrisen, welche die Verarmung Europas ihnen bringen wird, der Boden für eine neue Richtung der Politik bereitet sein. Die neueste, vielbeachtete Rede Churchills und die von namhaften englischen Politikern und Finanzleuten für Anfang Dezember 1921 nach London einberufene Valutakonferenz, die sich besonders auch mit der Markentwertung beschäftigen soll, bedeuten nicht mehr als die Anfänge einer langsam aufgehenden Erkenntnis, die für eine politische Auswirkung vorläufig noch lange nicht gründlich und stark genug ist.

Berlin, im September 1921.

Dr. Henry Behnsen. Dr. Werner Genzmer.

# Inhaltsverzeichnis.

---

# I. Das Londoner Ultimatum.

Am 5. Mai 1921 haben die Alliierten der Deutschen Regierung ihre finanziellen Forderungen bekanntgegeben. Danach beträgt die finanzielle Kriegsentschädigung 132 Milliarden Goldmark. Auf diese Summe werden die bisherigen deutschen Leistungen, die auf das Reparationskonto zu buchen sind, wie z. B. die Zwangslieferungen von Schiffen, Eisenbahnmaterial, Maschinen, Wiederaufbaumaterial aller Art, Kohlen, Farben, Vieh usw. angerechnet. Andererseits stehen diesen Vorleistungen, die uns angerechnet werden, eine ganze Reihe von Leistungen gegenüber, deren Wert zu der finanziellen Kriegsentschädigung von 132 Milliarden Goldmark noch hinzukommt. Hierher gehören:

1. Die Verpflichtung zur Rücklieferung von Materialien und Gütern aller Art, die ursprünglich den Alliierten gehört haben,
2. die Duldung der Liquidation des deutschen Eigentums sowie der Rechte und Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger in den Ländern unserer ehemaligen Verbündeten und in Rußland und die Entschädigung der betroffenen Deutschen durch das Reich,
3. die Zahlung der Passivsalden, die sich bei der gegenseitigen staatlichen Abrechnung der Vorkriegsschulden zwischen Deutschen und Angehörigen der alliierten Staaten ergeben,
4. die Entschädigungsforderungen der Alliierten wegen deutscher Vergeltungsmaßnahmen im Wirtschaftskrieg,
5. die Abtretung aller während des Krieges entstandenen Forderungen gegenüber unseren Verbündeten, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei, an die Alliierten,
6. die Übernahme der gesamten Schulden Belgiens an die Alliierten aus der Kriegszeit,
7. die Erfüllung aller etwaigen Ansprüche Rußlands und ehemals russischer Staaten, also auch Polens, und
8. die Übernahme der Kosten der alliierten Besatzungsheere in Deutschland.

Nach dem Londoner Finanzdiktat soll die Reichsregierung den Alliierten Schuldverschreibungen über insgesamt 132 Milliarden Goldmark in drei Serien übergeben.

Die Serie A beträgt 12 Milliarden Goldmark. Die Schuldverschreibungen hierfür sind vom 1. Mai 1921 ab mit 5 % zu verzinsen und mit 1 % zu amortisieren. Sie müssen den Alliierten am 1. Juli 1921 mit Zinsscheinen übergeben werden.

Serie B umfaßt Schuldverschreibungen über 38 Milliarden Goldmark, die am 1. November 1921 den Alliierten mit Zinsscheinen übergeben werden müssen und von diesem Tage ab mit 5 % zu verzinsen und mit 1 % zu amortisieren sind.

Die Gesamtverzinsung und Amortisation der 50 Milliarden Goldmark der Serien A und B beträgt jährlich 3 Milliarden Goldmark.

Wenn die jährlichen deutschen Zahlungen hierüber hinausgehen, so beginnen die Leistungen auf die Serie C der Schuldverschreibungen, die 82 Milliarden Goldmark umfaßt. Diese Schuldverschreibungen sind den Alliierten am 1. November 1921 ohne Zinsscheine zu übergeben. Sobald die Alliierten davon überzeugt sind, daß unsere jährlichen Zahlungen über die Verzinsung und Amortisation der Serien A und B hinausreichen, so können von der Serie C neue Schuldverschreibungen mit Zinsscheinen begeben werden. Dabei steht es den Alliierten nach dem Wortlaut des Londoner Diktates frei, unsere über 3 Milliarden hinausgehenden Zahlungen entweder zur Verzinsung und Amortisation neuer Schuldverschreibungen der Serie C zu verwenden oder eine größere Summe neuer Schuldverschreibungen zu begeben und diese dann nur zu verzinsen, nicht aber zu amortisieren. Damit ist den Alliierten ein neues finanzielles Druckmittel gegen uns in die Hände gelegt worden. Wenn sie unsere über 3 Milliarden Goldmark hinausgehenden Zahlungen nämlich lediglich zur Verzinsung der Schuldverschreibungen der Serie C verwenden, so verwandelt sich die finanzielle Kriegsentschädigung in eine ewige Rente, es sei denn, daß wir jährlich 7,92 Milliarden Goldmark aufbringen und damit die gesamte Forderung von 132 Milliarden Goldmark mit 5 % verzinsen und mit 1 % amortisieren können.

Für die Verzinsung und Amortisation der finanziellen Kriegsentschädigung von 132 Milliarden Goldmark haben die Alliierten



folgenden Leistungsmaßstab festgelegt: Wir müssen jährlich eine feste Rate von 2 Milliarden Goldmark zahlen und müssen ferner 26 % des Wertes der deutschen Jahresausfuhr, gerechnet vom 1. Mai 1921 ab, an die Alliierten abführen.

Wenn z. B. vom 1. Mai 1921 bis 30. April 1922 die Ausfuhr ebenso wie im Kalenderjahr 1920 5 Milliarden Goldmark beträgt, so errechnet sich unser Jahrestribut an die Alliierten folgendermaßen:

1. 2 Milliarden Goldmark feste Jahresrate,
2. 1,3 „ „ = 26 % von 5 Milliarden Goldmark Ausfuhr

gibt zusammen 3,3 Milliarden Goldmark.

Die über 3 Milliarden Goldmark hinausgehenden 300 Millionen Goldmark können die Alliierten dazu verwenden, von Serie C Schuldverschreibungen über 5 Milliarden Goldmark auszugeben und diese mit 5 % verzinsen und mit 1 % amortisieren zu lassen, sie können aber auch von der Serie C neue Schuldverschreibungen über 6 Milliarden Goldmark begeben und diese dann mit den 300 Millionen Goldmark zu 5 % verzinsen lassen, wodurch die Kriegsentschädigung zur ewigen Rente würde.

Angesichts der drückenden Last des Londoner Diktates drängt sich die Frage auf: Wie ist es möglich, daß das Londoner Finanzdiktat der Alliierten derartig weit über diejenigen Summen hinausgegangen ist, die das Kabinett Fehrenbach-Simons als äußerste Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit bezeichnet hat? — Dr. Simons hat auf der Londoner Konferenz vom 1. bis 7. März 1921 30 Milliarden Goldmark als das Maximum dessen bezeichnet, das irgendein Sachverständiger der deutschen Volkswirtschaft als Gesamtsumme der Kriegsentschädigung zugemutet habe. Er hat in derselben Rede weiter gesagt, daß nach Ansicht der deutschen Sachverständigen die jährliche Zahlung von 1 Milliarde Goldmark zusammen mit der Verzinsung und Amortisation einer internationalen Anleihe von 8 Milliarden Goldmark — das würden also bei 5 % Zins und 1 % Amortisation jährlich 480 Millionen Goldmark sein — den Höchstbetrag darstelle, den Deutschland voraussichtlich in den nächsten fünf Jahren würde aufbringen können.

Jetzt verlangen die Alliierten von uns außer den riesigen Kosten der Besatzung noch eine Kriegsentschädigung, deren Gegenwartswert 132 Milliarden Goldmark beträgt und deren Endwert bei 5 % Zins und 1 % Amortisation 287 Milliarden Goldmark erreichen soll!

Der Widerspruch zwischen den finanziellen Forderungen der Alliierten und der deutschen Leistungsfähigkeit erklärt sich aus der unehrlichen Grundlage, auf der die Alliierten ihre Kriegsentschädigungsforderungen errichtet haben. Hätten die Alliierten nicht auf Rückerstattung ihrer Kriegspensionen bestanden, wozu sie ja nach den Bedingungen des Vorvertrages vom November 1918 keinerlei Recht haben, so wären ihre finanziellen Forderungen nur ein Drittel so groß, wie sie jetzt vor uns liegen. Nachdem die Kriegsentschädigung durch die Pensionsforderungen verdreifacht worden ist, geht sie über unsere Kräfte weit hinaus. Der Ministerpräsident von Großbritannien hat auf der Londoner Konferenz am 3. März 1921 die Pensionsforderungen der Alliierten mit dem Gedanken zu rechtfertigen versucht, daß die Alliierten ja eigentlich berechtigt seien, von Deutschland die Rückerstattung der gesamten Kriegskosten zu verlangen, daß sie sich aber darauf beschränken wollen, neben dem Ersatz für die Sachschäden durch Kriegsverwüstungen nur die Rückerstattung derjenigen Kosten von uns zu verlangen, welche sie „als Folge des durch die Kaiserlich Deutsche Regierung provozierten Krieges" für Pensionen an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene aufwenden müssen. — Dieser demagogische Rechtfertigungsversuch ändert nichts an der Tatsache, daß die Alliierten in dem Notenwechsel, der mit der deutschen Note vom 5. Oktober 1918 begonnen und mit der Note des Präsidenten Wilson vom 5. November 1918 geendet hat, mit dem Deutschen Reich einen Vorvertrag abgeschlossen haben, in dem sie sich verpflichtet haben zum Abschluß eines Friedens auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons, also unter Einschluß des Grundsatzes, daß es „keine Annektionen, keine Kontributionen, keine Strafhandlungen geben sollte"[1]). Daß

[1]) Vgl. J. M. Keynes: „Der Friedensvertrag von Versailles". Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1921, S. 8—12.



dieser Vorvertrag von den Alliierten durch die Aufnahme der Pensionsforderungen in den Vertrag von Versailles gebrochen worden ist, bestätigt auch das Manifest, das der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftskongresses und des Exekutivkomitees der englischen Arbeiterpartei am 7. März 1921 beschlossen hat. In dieser Kundgebung heißt es u. a.: „Nur juristische Wortklauberei kann aus dem Satz des Wilsonschen Programmes ‚Schäden, welche der Zivilbevölkerung der Alliierten oder deren Eigentum durch Land-, See- oder Luftangriffe Deutschlands zugefügt worden sind', die Verpflichtung für Deutschland konstruieren, den alliierten Regierungen ihre Ausgaben für Pensionen und Vergütungen an Personal zurückzuerstatten." Gegenüber dieser peinlichen Tatsache wird von seiten der Alliierten vielfach versucht, den mit ihren Pensionsforderungen vollzogenen Bruch des Vorvertrages hinwegzuleugnen mit der Behauptung, daß wir uns bedingungslos ergeben haben. Auch das trifft nicht zu. Deutschland hat sich nicht bedingungslos ergeben, sondern es hat seine Waffen gestreckt nach ehrenwörtlicher Verpflichtung der Alliierten auf die 14 Punkte Wilsons, an deren Inhalt doch nicht zu rütteln ist. Der Bruch des in dem Notenwechsel vom 5. Oktober bis 5. November 1918 und in den programmatischen Äußerungen des Präsidenten Wilson liegenden Vorvertrages zwischen den Alliierten und Deutschland befleckt die Ehre der Alliierten um so mehr, als seine Begleitumstände, wie Keynes[1]) sagt, „ein ungewöhnlich feierliches und verpflichtendes Gepräge" getragen haben, da die Alliierten in dem Vorvertrage Deutschland Bedingungen gestellt haben, die es von vornherein völlig wehrlos gemacht haben.

Infolge der rechtswidrigen Aufnahme der Pensionsforderungen in den Vertrag von Versailles können alle die unzähligen Staaten, die während des Weltkrieges auf irgendeinem Kriegsschauplatz Kampfhandlungen gegen uns unternommen haben, für die Hinterbliebenen jedes gefallenen Mannes Entschädigungsforderungen anmelden. Für die am meisten durch den Krieg geschädigten Länder, namentlich für Frankreich, folgt daraus, daß sie wegen der hohen

[1]) „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages", S. 46, 7. bis 10. Tausend.

Pensionsforderungen nicht das Geld von uns bekommen werden, das zum Wiederaufbau der kriegsverwüsteten Gebiete erforderlich ist. Das hätte sich die französische Regierung selbst sagen müssen, als sie der rechtswidrigen Aufnahme der Pensionsforderungen in den Vertrag von Versailles zustimmte. Durch den demagogischen Ruf „le boche payera" haben die Alliierten nicht nur unsere Regierung, sondern vor allem ihre eigene Politik vor unlösbare Aufgaben gestellt. Es ist einfach undenkbar, daß wir sowohl die Kosten des Wiederaufbaues wie auch die doppelt so großen Kosten der Kriegspensionen für alle unsere Gegner im Kriege aufbringen sollen, nachdem sich die Alliierten nahezu alles, was es bei uns an wertvollen Ländern und Provinzen des Reiches, an Kolonien, an Auslandseigentum und Schiffen noch zu holen gab, bereits genommen haben. Selbst wenn die „Vorkämpfer der Gerechtigkeit" unser Volksvermögen über unsere Köpfe hinweg meistbietend versteigern, so kann der Erlös daraus nicht die Gesamtsumme der uns auferlegten Kriegsentschädigung erreichen, sondern die Alliierten können mit der Zwangsversteigerung unseres Volksvermögens nur eine neue ungeahnte Wirtschaftskrisis und neue Arbeitslosigkeit über ihre Länder und über die ganze Welt heraufbeschwören.

Es sind eben zu viel Sieger und zu wenig Besiegte. Wie groß das Mißverhältnis ist, ahnt man bei uns und im Auslande vielfach noch gar nicht. „Wer zählt die Völker, nennt die Namen", die alle gegen Deutschland Krieg geführt haben? — Wir haben sie einmal im Vertrag von Versailles nachgezählt. Da sind zunächst genannt die Großmächte Großbritannien, Frankreich, Rußland, Japan, die Vereinigten Staaten von Amerika und Italien und ferner Belgien, Bolivien, Brasilien, China, Cuba, Guatemala, Haiti, Honduras, Liberia, Montenegro, Nicaragua, Panama, Peru, Portugal, Rumänien, Serbien, Siam, Uruguay. Weiter nennt der Vertrag von Versailles Griechenland, das unter der Regierung Venizelos gegen uns Krieg geführt hat. Schließlich hat uns Costarica noch am 23. Mai 1918 den Krieg erklärt, ohne jedoch im Vertrag von Versailles mit aufgeführt worden zu sein. Es haben also 26 Staaten gegen uns Krieg geführt. Da im Vertrag von Versailles auf seiten unserer Gegner noch Ecuador und ferner



die neugegründeten Staaten Polen, Tschecho-Slowakei und Südslawien genannt sind, so kann man sagen, daß nach diesem Kriege den vier besiegten Staaten (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und Türkei) 30 Sieger gegenüberstehen, die alle von uns die Erfüllung ihrer Höchstforderungen erwarten. Da von unseren drei Verbündeten so gut wie nichts herauszupressen ist, so soll Deutschland für alle Forderungen der 30 Sieger aufkommen. Wie unvernünftig, ja geradezu wahnsinnig dieser Gedanke ist, zeigt ein Vergleich des Landbesitzes und des Bevölkerungsstandes der 30 Sieger mit demjenigen der vier Besiegten und Deutschlands allein.

An Bevölkerung besaßen im Jahre 1910

| | im Stammlande Millionen | in den Kolonien Millionen | zusammen Millionen |
|---|---|---|---|
| die 30 Sieger . . . | 825,0[1]) | 530,0[2]) | 1355,0 |
| die vier Besiegten . . | 142,6 | 12,4 | 155,0 |
| Deutschland allein . . | 65,0 | 12,4 | 77,4 |

An Landflächen besaßen vor dem Kriege

| | im Stammlande Millionen qkm | in den Kolonien Millionen qkm | zusammen Millionen qkm |
|---|---|---|---|
| die 30 Sieger . . . | 36,4[1]) | 69,0[2]) | 105,4 |
| die vier Besiegten . . | 3,1 | 2,9 | 6,0 |
| Deutschland allein . . | 0,5 | 2,9 | 3,4 |

Die Bevölkerung der 30 Sieger ist also vor dem Kriege in den Stammländern 13mal und in den Kolonien 42mal so groß gewesen wie diejenige Deutschlands. Der Landbesitz der 30 Sieger hat vor dem Kriege in den Stammländern mehr als die 67fache und in

[1]) Die nach dem Kriege an Polen, die Tschecho-Slowakei, Südslawien und Rumänien gefallenen Bevölkerungsteile und Landgebiete des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns sind in dieser Übersicht, die den Stand vor dem Kriege wiedergibt, nicht den 30 Siegern, sondern den vier Besiegten zugerechnet.

[2]) Frankreich allein hatte vor dem Kriege ein Kolonialreich mit dreieinhalbmal soviel Land und viermal soviel Einwohnern wie wir. Sein Stammland in Europa war ungefähr ebensogroß wie das Deutsche Reich und brauchte trotz erheblich größerer Fruchtbarkeit nur zwei Drittel von dessen Bevölkerung zu ernähren.

den Kolonien mehr als die 23fache Größe des deutschen Landbesitzes erreicht. Von der Gesamtbevölkerung der Erde gehören 79 % den Siegerstaaten und nur 4½ % dem Deutschen Reich an, während von allen Landflächen der Erde das Deutsche Reich vor dem Kriege nur 2,7 % besaß, die 30 Sieger dagegen 81 %!

Man scheint auf seiten der Alliierten über dem Stolz auf den Sieg dieses Mißverhältnis zwischen Siegern und Besiegten ganz zu übersehen und noch keine rechte Vorstellung davon zu haben, wie gering die Aussichten dafür sind, daß die 30 Sieger eine Kriegsentschädigung aus uns herauspressen können, die auch nur einigermaßen ihren Forderungen entspricht. Vorläufig haben allerdings die Milliardenforderungen der Sieger dazu geführt, daß der deutschen Kontributionsfähigkeit im Auslande fast allgemein ein beinahe kindliches Vertrauen entgegengebracht wird. Aber gerade deshalb ist es notwendig, daß wenigstens wir Deutschen uns immer mehr klar und einig darüber werden, daß das Mißverhältnis zwischen den finanziellen Forderungen der Alliierten und Deutschlands Zahlungsfähigkeit noch weit größer ist, als es der Vergleich zwischen dem beiderseitigen Besitz an Land und Bevölkerung vor dem Kriege erkennen läßt. Das heutige Deutschland ist dem von 1914 an Wohlstand und Kraft kaum noch vergleichbar, denn es hat nach den schweren Opfern des Krieges durch das Zwangsdiktat von Versailles schon große Teile seiner ehemaligen Bevölkerung, seines Länderbesitzes und seines Volksvermögens an die Alliierten abtreten müssen. Daß in diesen Abtretungen bereits eine unerhörte Kriegsentschädigung liegt, suchen die Minister der alliierten Staaten totzuschweigen.

---

## II. Verluste an Volksvermögen.

Von dem ursprünglichen Reichsgebiet haben wir durch den Vertrag von Versailles bereits verloren: im Osten des Reiches das Memelland an den Völkerbund, Danzig an den neugegründeten Freistaat, dessen auswärtige Angelegenheiten und dessen militärische Verteidigung in Polens Hände gelegt worden sind, ferner die Hälfte von Westpreußen und fast die ganze Provinz Posen an Polen und schließlich das Hultschinerland an die Tschecho-Slowakei. Im Westen haben wir abtreten müssen: Elsaß-Lothringen an Frankreich, das Saargebiet an eine besondere von den Alliierten eingesetzte, französisch orientierte Regierung und Eupen-Malmedy an Belgien. Außerdem ist Nordschleswig nach Abstimmung an Dänemark gefallen. Durch diese Abtretungen haben wir[1]) bis zum 31. Dezember 1920 (einschließlich Eupen-Malmedy und Saargebiet) 69196 Quadratkilometer Land = 12,8 % des Reichsgebietes verloren. Bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 wurden in diesen Gebieten 6,23 Millionen Einwohner = 9,6 % der Reichsbevölkerung festgestellt.

Über Oberschlesien mit 10935 qkm und mit fast 2 Millionen Einwohnern, die sich am 20. März 1921 trotz gewissenlosesten polnischen Terrors mit fast ⅔ Mehrheit für das Verbleiben bei Deutschland erklärt haben, ist die Entscheidung der Alliierten bis heute hinausgeschoben worden. Inzwischen richten polnische Insurgenten die reiche Provinz zugrunde. Welche Bedeutung Oberschlesien für unsere Volkswirtschaft besitzt[2]), geht daraus hervor,

---

[1]) Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1920, S. 14.

[2]) Vgl. die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik", herausgegeben vom Statistischen Reichsamt. Heft 1 vom 20. Januar 1921, Verlag Reimar Hobbing, Berlin. Ferner die amtliche Denkschrift „Die wichtigsten wirtschaftlichen Folgen einer Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland". Reichsdruckerei 1921.

daß im oberschlesischen Industriebezirk 23 % unserer gesamtdeutschen Steinkohlenproduktion, 7,7 % unserer Hochofenwerke, 8,7 % unserer Eisengießereien, 78,3 % unserer Zinkerzförderung und 60,2 % unserer Zinkhütten vereinigt sind.

Wilson hat in seiner Botschaft vom 11. Februar 1918 über das Weltfriedensprogramm u. a. gefordert,

„daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handele".

Er hat ferner in derselben Botschaft als notwendig bezeichnet,

„daß jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen würde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerung und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden müsse".

Die Alliierten haben sich in ihrer Note vom 5. November 1918 auf die Beobachtung dieser Grundsätze bei der Lösung der Gebietsfrage verpflichtet. Sie haben diese Verpflichtung im Vertrage von Versailles gebrochen. Weder im Memelgebiet, noch im Freistaat Danzig, weder in Westpreußen links der Weichsel, noch in Posen und im Hultschinerland, weder in Elsaß-Lothringen, dessen Bevölkerung bei der Volkszählung von 1910 zu acht neunteln deutsch ihre Muttersprache nannte, noch im Saargebiet, von dessen 700000 Einwohnern bei der Volkszählung am 1. Dezember 1910 nur 342 französisch als ihre Muttersprache angaben, noch in dem reindeutschen Eupen-Malmedy ist der Bevölkerung Gelegenheit gegeben worden, durch freie und geheime Abstimmung ihrem Willen darüber Ausdruck zu geben, ob sie beim Reiche verbleiben wolle oder nicht. Über 8 % der Bevölkerung des Deutschen Reiches sind von den Alliierten tatsächlich ohne Abstimmung unter fremde Herrschaft gestellt worden, „als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handele". Mehr als 5 Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder sind von den Alliierten untereinander verschachert worden. Die alliierten Staaten, die sich vor der ganzen Welt in aufdringlichster Weise ihrer Demokratie rühmen, haben es zehnmal ärger getrieben als Ludwig XIV. bei seinen Raubzügen nach Elsaß-Lothringen und in die Pfalz in den grauen Zeiten des französischen Absolutismus. Wo die Alliierten es in Teilen Westpreußens und in Teilen Ostpreußens zur Abstimmung kommen ließen, geschah es nur zum Scheine, denn in diesen Kreisen war die gewaltige Mehrheit für Deutschland, die sich bei der Abstimmung ergab, von vornherein vorauszusehen. Es wird schwer halten, in der Vergangenheit ein Beispiel eines solchen Wortbruches zu finden, wie ihn die Alliierten bei dem Raub deutscher Reichsgebiete begangen haben.



Die wirtschaftlichen Folgen unserer Gebietsverluste sind besonders schwer, weil die abgetretenen Gebiete durchweg entweder landwirtschaftliche oder industrielle Überschußgebiete des Deutschen Reiches gewesen sind. Die dünnbesiedelten landwirtschaftlichen Gebiete in den abgetretenen Ostprovinzen und in Nordschleswig haben vor dem Kriege erhebliche Nahrungsmittelüberschüsse erzielt und nach dem übrigen Deutschland geliefert. Während der gesamte Bevölkerungsverlust 9,6 % beträgt, haben wir in den bis zum 31. Dezember 1920 abgetretenen Gebieten von unserer Gesamterzeugung an Weizen 12,8 %, an Roggen 16,4 % und an Gerste 16,9% verloren[1]). Gewaltig sind auch die Produktionsverluste in den industriellen Überschußgebieten im Westen. Wir verlieren mit Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy etwa 20% unserer Textilindustrie. Mit dem Saargebiet allein gehen von der jährlichen Steinkohlenförderung nach dem Stande von 1912 16 Millionen Tonnen = 9% der gesamten Steinkohlenförderung im Reiche verloren. Weiterhin verlieren wir mit den westlichen Industriegebieten 23,26% unserer Schweißeisen- und Flußeisenwalzwerke, 31,23% unserer Hochofenwerke, dazu 15,7% unserer Salinen[2]). Unsere inländische Eisenerzförderung vermindert sich durch die Abtretung Elsaß-Lothringens um drei Viertel. Während Frankreich nach dem Vertrag von Versailles bei einer Bevölkerung von 39 Millionen eine jährliche Eisenerzförderung von 42 Millionen

---

[1]) Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1920, S. 23. Die Prozentziffern sind berechnet auf Grund der Ernteertragsermittlung vom November 1913.

[2]) Vgl. „Wirtschaft und Statistik", Heft 3 (März 1921), S. 146.

Tonnen bekommt, behalten wir bei einer Bevölkerung von über 60 Millionen nur eine Jahresförderung von 7 Millionen Tonnen Eisenerz[1]).

Infolge der Abtrennung der landwirtschaftlichen und industriellen Überschußgebiete sind wir künftig noch mehr als bisher darauf angewiesen, die notwendigen Nahrungsmittel und die wichtigsten industriellen Rohstoffe aus dem Auslande zu kaufen. Bei den Nahrungsmitteln fällt besonders schwer ins Gewicht, daß wir schon vor dem Kriege eine Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel von mehr als 3 Milliarden Goldmark nötig gehabt haben. Während wir auf der einen Seite durch die Abtretung der landwirtschaftlichen und industriellen Überschußgebiete zu einer größeren Einfuhr aus dem Auslande gezwungen sind, gehen uns auf der anderen Seite gerade durch die Abtrennung dieser Gebiete alle die Einnahmen im Zahlungsverkehr mit dem Auslande verloren, die uns vor dem Kriege durch den Anteil der abgetretenen Gebiete an unserer Gesamtausfuhr entstanden sind. Wir werden in einem späteren Abschnitt noch näher darauf eingehen, wie gerade durch die Abtrennung der landwirtschaftlichen und industriellen Überschußgebiete unsere Zahlungsfähigkeit gegenüber dem Auslande und besonders auch gegenüber den Forderungen der Alliierten vermindert worden ist.

Unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird ferner noch verringert durch die Beschränkung unseres Außenhandels, für die der Vertrag von Versailles eine ganze Reihe von Bestimmungen festgelegt hat. Die Botschaft des Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 nennt als dritten Punkt des Weltfriedensprogrammes, zu dessen Einhaltung sich die Alliierten in ihrer Note vom 5. November 1918 verpflichtet haben,

> „die möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und die Einrichtung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen".

Auch dieses Versprechen haben die Alliierten gebrochen, nachdem wir im Vertrauen auf ihr Wort die Waffen niedergelegt hatten. Der Vertrag von Versailles verlangt von uns die Einräumung der Meistbegünstigung in Bezug auf Handelsverträge gegenüber allen alliierten Staaten, behält jedoch den Alliierten das Recht vor, unsere Waren durch besonders hohe Zölle und andere Maßnahmen von ihren Zollgrenzen fernzuhalten. Der Vertrag von Versailles verlangt ferner für Frankeich und Polen die zollfreie Einfuhr aller Erzeugnisse, die vor dem Kriege aus den losgerissenen deutschen Gebieten nach dem übrigen Deutschland geliefert worden sind. Diese Maßnahme ist ebenfalls in dem Vertrag von Versailles einseitig zugunsten der Alliierten festgelegt. Wir müssen also auf jeden Fall die französischen und polnischen Zölle zahlen, wenn wir unsere Waren in demselben Maße, wie das vor dem Kriege geschehen ist, nach Elsaß-Lothringen oder nach Posen und Westpreußen ausführen wollen.

Daß die Alliierten in der planmäßigen Vernichtung des deutschen Außenhandels ihr wesentlichstes Kriegsziel gesehen haben, geht auch daraus hervor, daß sie sich im Vertrage von Versailles die Liquidation des deutschen Eigentums im Auslande, und zwar nicht nur in den Ländern der Alliierten selbst, sondern auch in denen unserer ehemaligen Verbündeten und in den abgetretenen deutschen Gebieten vorbehalten und uns mit Hilfe des Friedensvertrages fast unsere gesamte Überseeflotte und sämtliche Kolonien weggenommen haben.

Die Handelsdampferflotte der Welt, die Mitte 1914 45,4 Milliarden Bruttoregistertonnen umfaßt hat, ist trotz aller Verluste durch den Krieg bis Mitte 1920 schon auf 53,9 Millionen Bruttoregistertonnen[1]) angewachsen und hat seitdem noch weiter zugenommen. An dem Zuwachs sind nicht nur die neutralen Länder, sondern auch die Vereinigten Staaten von Amerika und die übrigen Alliierten beteiligt. Nur die englische Handelsdampferflotte ist etwas zurückgegangen. Diese kleine Abnahme wird aber durch den englischen Schiffbau, der seit Kriegsende am stärksten tätig gewesen ist, schnell aufgeholt werden. Mit einem Frachtraum-

---

[1]) Vgl. Norman Angell, „Der Friedensvertrag und das wirtschaftliche Chaos in Europa", aus dem Englischen übersetzt, Charlottenburg 1920.

[1]) Vgl. hierzu „Wirtschaft und Statistik", Heft 1 vom 20. Januar 1921, S. 16.

bedarf der Alliierten kann also die Wegnahme unserer Handelsflotte nicht begründet werden.

Der **Raub unserer Kolonien**, die, wie wir oben gesehen haben, nur den 23. Teil des gesamten Kolonialbesitzes der 30 Sieger ausmachten, ist eine Verletzung der „freien, aufrichtigen und vollkommen unparteiischen Ordnung aller kolonialen Forderungen", die Präsident Wilson in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 als fünften Punkt seines Weltfriedensprogrammes gefordert hat. Für uns bedeutet er den Verlust unseres vor dem Kriege hoffnungsvoll aufblühenden Kolonialhandels und die Ausschließung unseres Volkes von dem allen anderen Kulturnationen zuerkannten Rechte, ihren Bevölkerungsüberschuß in eigenen Kolonien ansiedeln zu können und damit dem Mutterlande zu erhalten.

Nichts kennzeichnet die Politik der Alliierten klarer, als der im Vertrag von Versailles sanktionierte Raub unseres Auslandseigentums, unserer Handelsflotte und unserer Kolonien. Das ist **nicht der Krieg gegen ein Regierungssystem**, wie die Lügenpropaganda der Alliierten während des Krieges behauptet hat, es ist **der Vernichtungskampf** gegen ein großes Kulturvolk, **gegen den einzelnen Deutschen.**

Um die Verluste an Volksvermögen zu ermessen, die uns der Vertrag von Versailles mit seinen Vor- und Nachverträgen schon gebracht hat, vergegenwärtigen wir uns, daß das Volksvermögen Deutschlands nach dem Stande 1913—1914 von Helfferich[1]) auf etwa 310 Milliarden Goldmark, von Ballod[2]) auf 331 Milliarden, von Hesse[3]) auf 350 Milliarden und von Steinmann-Bucher[4]) auf 400 Milliarden Goldmark geschätzt worden ist. Wir werden im folgenden die bisher entstandenen Verluste am deutschen Volksvermögen an Hand amtlichen Materials in einigen Übersichten zusammenfassen. Dabei geben wir den ermittelten oder geschätzten Wert der Verluste in Goldmark auf Grund der

---

[1]) „Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913", 7. Auflage, S. 112.

[2]) Ballod, „Wie groß ist das deutsche Volksvermögen" in „Verwaltung und Statistik", April 1914.

[3]) Hesse, „Das deutsche Volksvermögen" in „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik", 105. Band.

[4]) Steinmann-Bucher, „Das reiche Deutschland", 2. Auflage, Berlin 1914.



Vorkriegswerte an, um einen Vergleich mit den oben angegebenen Schätzungen des deutschen Volksvermögens vor dem Kriege zu ermöglichen.

### 1. Verluste an Volksvermögen in Privathänden.

| | Vorkriegswerte in Goldmark: |
|---|---|
| Liquidation deutschen Eigentums im Auslande und Verluste an unserem Besitz von ausländischen Wertpapieren insgesamt schätzungsweise . . . | 16 000 000 000 |
| Abgelieferte Handelsflotte (4,6 Millionen Bruttoregistertonnen zu je 500 Goldmark Vorkriegswert)[1]) . . . . . . . . . . . . . | 2 300 000 000 |
| Abgetretene Überseekabel[2]) . . . . . . . . . | 85 418 979 |
| Volksvermögen in den abgetretenen Gebieten (ohne öffentliches Vermögen), geschätzt nach dem Bevölkerungsverlust . . . . . . . . . . | 25 000 000 000 |
| **Bisherige Verluste an Volksvermögen in Privathänden** . . . . . . . . etwa | 43,3 Milliarden |

### 2. Verlorenes Reichs- und Staatseigentum.

Nach der amtlichen Denkschrift „Zusammenstellung der vom Deutschen Reich bisher getätigten Lieferungen und Leistungen aus dem Friedensvertrag und seinen Vorverträgen" stellen sich die Verluste an Volksvermögen aus dem Besitz des Reiches und der deutschen Einzelstaaten folgendermaßen dar:

| | Vorkriegswerte in Goldmark: |
|---|---|
| Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten . . . . . . . . . . . . . | 4 481 552 938 |
| Saargruben des preußischen Staates . . . . . | 1 056 947 000 |
| Wert der abgetretenen fünf Eisenbahnbrücken über den Rhein, soweit sie nicht zum ehemaligen Reichsland Elsaß-Lothringen gehören . . . . | 8 582 350 |
| | 5 547 082 288 |

---

[1]) Am Tage des Friedensschlusses, 10. Januar 1920, betrug der Wert unserer Handelsflotte 7,3 Milliarden Goldmark (Nachkriegswert).

[2]) Entnommen aus der Denkschrift „Zusammenstellung der vom Deutschen Reich bisher getätigten Lieferungen und Leistungen aus dem Friedensvertrag und seinen Vorverträgen".

| | Vorkriegswerte in Goldmark: |
|---|---|
| Übertrag: | 5 547 082 288 |
| Eisenbahnwagenpark in den abgetretenen Gebieten[1]) | 204 693 692 |
| Vorkriegswert der nach dem Waffenstillstand in den ehemals besetzten feindlichen Gebieten, ferner in Luxemburg, Elsaß-Lothringen und auf dem linken Rheinufer zurückgelassenen Güter nichtmilitärischen Charakters (sog. Rücklaßgüter) . . . . | 2 497 790 000 |
| Vorkriegswert des verlorenen Reichs- und Staatseigentums in Goldmark . . rund | 8,2 Milliarden |

### 3. Zwangslieferungen.

Außerdem wird aber das Reich noch belastet durch den Wert der Zwangslieferungen, die auf Grund des Waffenstillstandes und des Friedensvertrages an die Alliierten schon geleistet worden sind und für die das Reich den privaten Lieferanten oder den liefernden Staatswerkstätten den Wert vergüten muß. Weil uns für diese Zwangslieferungen von den Alliierten kein Pfennig gezahlt wird, so bedeuten auch sie für unsere Volkswirtschaft tatsächlich einen Vermögensverlust. Versuchen wir auch diese Verluste in Goldmark auf Grund der Vorkriegswerte schätzungsweise zu ermitteln, so bekommen wir folgende Übersicht:

| | Vorkriegswerte in Goldmark: |
|---|---|
| Rollendes Eisenbahnmaterial . . . . . . . . | 1 324 690 000[2]) |
| Eisenbahnfahrzeug-Ersatzteile . . . . . . . | 1 548 500[3]) |
| | 1 326 238 500 |

[1]) Diese Ziffer ergibt sich als Vorkriegswert, nachdem der Zuschlag von 20% auf den Vorkriegswert abgezogen worden ist von der in der Denkschrift genannten Summe von 245 632 430 Goldmark.

[2]) Die Denkschrift „Zusammenstellung der vom Deutschen Reich bisher (bis Oktober 1920) getätigten Lieferungen und Leistungen aus dem Friedensvertrag und seinen Vorverträgen" gibt für den Vorkriegswert +20% die Summe von 1 589 625 000 Goldmark an.

[3]) Dieselbe Denkschrift berechnet aus den durchschnittlichen Papiermarkbeträgen in den Ablieferungsmonaten (Dezember 1918 bis Juli 1920) unter Umrechnung über den amerikanischen Dollar (nach dem Verhältnis 1 Papiermark $= \frac{1}{8,28}$ Goldmark) 3 097 000 Goldmark. Diese Zahl haben wir, um auf Vorkriegswerte zu kommen, durch 2 dividiert.



| | Vorkriegswerte in Goldmark: |
|---|---|
| Übertrag: | 1 326 238 500 |
| Landwirtschaftliche Maschinen (sog. Poenalieferung) | 17 694 488[1]) |
| Handelsflotte mit 2,3 Milliarden Goldmark schon in Übersicht 1 berechnet . . . . . . . . | — |
| Rücklieferungen an industriellen Maschinen und Material . . . . . . . . . . . . . | 179 000 000[2]) |
| Viehlieferungen . . . . . . . . . . . | 140 000 000[3]) |
| Kohlen und Koks. . . . . . . . . . . | 430 000 000[4]) |
| Farbstoffe, Ammoniak und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse . . . . . . . . . . | 31 000 000[5]) |
| Vorkriegswert der Zwangslieferungen bis 1. April 1921 in Goldmark . . . . . . . rund | 2,1 Milliarden |

[1]) Die Denkschrift „Die Erfüllung des Vertrages von Versailles durch Deutschland bis zum 1. April 1921" gibt den Wert dieser Lieferungen bis Ende April 1921 unter Berücksichtigung der Weltmarktpreise in den Liefermonaten auf 35 388 975 Goldmark an. Um auf Vorkriegswerte zu kommen, haben wir diese Summe durch 2 dividiert.

[2]) Der Wert der Rücklieferungen bis 1. April 1921 ist in der in vorstehender Note genannten Denkschrift auf 3 574 000 000 Papiermark angegeben. Wir haben diese Summe mit Rücksicht auf die Entwertung der Papiermark gegenüber der Goldmark seit Kriegsende zunächst durch 10 und dann mit Rücksicht auf die Steigerung der Weltmarktpreise gegenüber dem Juli 1914 nochmals durch 2 dividiert.

[3]) In derselben amtlichen Denkschrift bis März 1921 auf 2 845 898 000 Papiermark berechnet.

[4]) Nach der amtlichen Denkschrift sind bis zum 1. April 1921 an Kohle und Koks (Koks in Kohle umgerechnet) 23,4 Millionen Tonnen abgeliefert worden. Wir haben den Vorkriegswert der Tonne mit 18,3 Goldmark angesetzt.

[5]) Nach der amtlichen Denkschrift sind bis zum 1. April 1921 abgeliefert worden:

4123,3 Tonnen Benzol (Vorkriegswert 260 Goldmark pro Tonne),
27 469,75 Tonnen schwefelsaures Ammoniak (Vorkriegswert 270 Goldmark pro Tonne), ferner
13 507 Tonnen Farbstoffe im Werte von 430 485 895 Papiermark,
169,3 Tonnen chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse im Werte von 23 032 990 Papiermark.

Die Papiermarkwerte für Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse haben wir durch 20 dividiert, um die ungefähren Vorkriegswerte in Goldmark zu ermitteln.

### 4. Der Aufwand des Reiches für die Abrechnung der Vorkriegsschulden.

Zu den Lasten aus dem Friedensvertrag, die wir ebenfalls nur durch Hingabe von weiteren Teilen unseres Volksvermögens aufbringen können, weil die laufenden Einnahmen unserer Volkswirtschaft im Zahlungsverkehr mit dem Auslande zu ihrer Deckung nicht ausreichen, gehören auch diejenigen Summen, die das Reich auf Grund des Artikels 296 des Vertrages von Versailles bei der zwischenstaatlichen Abrechnung der gesamten gegenseitigen Forderungen und Zahlungsverpflichtungen zwischen Deutschland und den alliierten Ländern leisten muß. Bis einschließlich April 1921 sind auf Grund dieser Verpflichtungen folgende Summen an die gegnerischen Ausgleichsämter gezahlt worden:

an das britische Ausgleichsamt . 12 977 929 £ 10 sh 10 p.
an das französische Ausgleichsamt 45 316 165,92 Fr.
an das elsaß-lothr. Ausgleichsamt 105 668 190,79 Fr.
an das belgische Ausgleichsamt . 15 915 826,92 Fr.

Rechnet man diese Summen in Goldmark um unter Berücksichtigung der Tatsache, daß im Durchschnitt der Abrechnungsmonate das englische Pfund um 10 % und der französische und belgische Franken gegenüber ihrem Vorkriegswert um ungefähr 55 % unterwertig gewesen sind [1]), so ergeben sich als

Aufwand des Reiches für die Abrechnung der Vorkriegsschulden bis 1. April 1921 300 Millionen Goldmark.

### 5. Verlust an Volksvermögen durch die Entwaffnung.

Der Überblick über die Gesamtverluste, die der Vertrag von Versailles und seine Vor- und Nachverträge bisher unserem Volksvermögen zugefügt haben, würde unvollständig sein, wenn wir nicht auch die Vorkriegswerte aller an die Alliierten abgelieferten oder auf ihren Befehl zerstörten Waffen und Ausrüstungsgegenstände des Landheeres und der Marine, aller zerstörten Land- und

[1]) Vgl. die vom Auswärtigen Amt Abteilung X herausgegebene Sammelmappe „Deutschland und die weltwirtschaftliche Lage", Blatt Nr. 102/III, Abschnitt V: „Bewegungen der fremden Wechselkurse an der Züricher Börse (dargestellt als Abweichungen von der Parität in Prozenten)."



Seebefestigungen und der abgelieferten Kriegsschiffe und schließlich die Vorkriegswerte der Waffen- und Munitionsfabriken, die auf Befehl der Alliierten zerstört worden sind, zu diesen Vermögensverlusten hinzurechnen würden. Die erste und grundlegende Pflicht eines jeden Staates ist der Schutz seiner Bürger gegen fremde Gewalt. Kann das Deutsche Reich diese Pflicht nicht erfüllen, so ist es kein souveräner Staat und muß auf alle Ziele einer selbständigen Politik verzichten. Auch ein Volk, das in sozialen Einrichtungen voranschreiten und der Idee der Gerechtigkeit und des friedlichen kulturellen Wettbewerbes der Völker in der Politik dienen will, muß die Macht haben, sein Recht und seine Wirtschaft zu behaupten und seinem Worte Nachdruck zu verleihen. Das zeigen unzählige Beispiele aus der Vergangenheit. Das erste, was die französische Revolution sich schuf, war eine Miliz, das Vorbild der modernen Volksheere. Das Beispiel des bolschewistischen Rußlands beweist, daß selbst ein kommunistisch regierter Staat mindestens soviel Waffen braucht, daß er sich gegenüber feindlichen Angriffen behaupten kann.

Dennoch ertönt bei uns der Ruf: „Nie wieder Krieg!" Der Gedanke an sich ist alt. Nach jedem großen Völkerkrieg der Vergangenheit ist das Verlangen nach ewigem Frieden laut geworden. Auch nach den Napoleonischen Kriegen am Anfange des neunzehnten Jahrhunderts ist ein „ewiger Friede" geschlossen und eine „heilige Allianz" zu seinem Schutze gegründet worden. Und wie lange hat der Friede gehalten? — Es wird gesagt, der letzte Krieg übertreffe an Furchtbarkeit alle vorangegangenen. Nach diesem furchtbarsten aller Kriege müsse endgültig der Menschheit die Erkenntnis kommen, daß es „nie wieder Krieg" geben dürfe.

Gibt es nach diesem Kriege nicht schon wieder Krieg? — Die Türkei liegt im Kriege gegen Griechenland, um ihr Gebiet zu behaupten. In Afrika kämpft Spanien gegen die mit modernen französischen Waffen ausgerüsteten Rifkabylen. In Europa hat Sowjetrußland schon mehrere Kriege geführt, und zwar gegen Litauen, gegen die Ukraine und gegen Polen. Gegen das Deutsche Reich aber führt Polen in Oberschlesien mit französischer Unterstützung und unter Verwendung regulärer polnischer Truppen den

Bandenkrieg, um deutsches Gebiet vom Reiche loszureißen. Am Rhein leben 6½ Millionen Reichsdeutsche unter der Herrschaft fremder Besatzungsheere und unter der Gewalt feindlicher Kriegsgerichte.

Die idealklingende Forderung des Präsidenten Wilsons in seiner Friedensbotschaft vom 8. Januar 1918, daß

„die Rüstungen aller Völker auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden",

ist allein bei uns durchgeführt worden, während alle anderen Völker, namentlich die neugegründeten Staaten, an ihrer Spitze Polen, in Waffen starren. Niemals hätten die Alliierten alle Waffen zerstören können, wenn sie dabei auf den passiven Widerstand unseres Volkes gestoßen wären. Aber deutsche Hände haben unsere Festungen geschleift und unsere Waffen abgeliefert und zerstört. Einzig steht dies Beispiel in der Geschichte aller Völker da. Das Werk der Vernichtung ist vollkommen. Abgesehen von den Waffen, die den Feinden ausgeliefert worden sind, hat die Reichstreuhandgesellschaft bis zum 1. Juli 1921

| | zur Zerstörung erhalten | bereits zerstört |
|---|---|---|
| Gewehre und Karabiner . . . . . | 5 438 300 | 5 337 300 |
| Maschinengewehre . . . . . . . . | 98 370 | 95 705 |
| Minenwerfer und Rohre von solchen . | 27 376 | 26 381 |
| Geschütze und Rohre von solchen . . | 51 947 | 51 545 |
| Lafetten . . . . . . . . . . . | 27 100 | 27 030 |
| Scharfe Artilleriegeschosse und Minen . | 37 200 000 | 30 000 000 |
| Scharfe Handgewehr- und Wurfgranaten | 15 000 000 | 14 000 000 |
| Scharfe Zünder . . . . . . . . | 56 200 000 | 54 000 000 |
| Handwaffenmunition . . . . . . | 432 000 000 | 380 000 000 |
| Flugzeuge . . . . . . . . . . | 14 001 | 13 369 |
| ausgeliefert . . . . . . . . . | | 622 |
| Flugzeugmotoren . . . . . . . . | 27 663 | 23 866 |
| ausgeliefert . . . . . . . . . | | 3 644 |

Obwohl nach Artikel 180 Absatz 4 des Vertrages von Versailles unsere 14 Ost- und Südfestungen in dem am 10. Januar 1920 vorhandenen Zustande erhalten bleiben sollen, hat die Kontrollkommission der Entente unter Bruch des Vertrages für die



11 Festungen Breslau, Glogau, Glatz, Neisse, Spandau, Boyen, Marienburg, Küstrin, Ulm, Ingolstadt und Königstein *jegliche Geschützausrüstung verboten* und von den übrigen Festungen Königsberg nur 22 schwere Geschütze, Pillau 36 Geschütze und Swinemünde 32 Geschütze gelassen. Damit haben unsere Ost- und Südfestungen jeden Gefechtswert verloren. Unsere Festungen im Westen des Reiches und an den Küsten sind ohnehin geschleift.

Alle zur Zerstörung bestimmten Waffen werden noch im Laufe des Sommers 1921 vollends verschrotet werden.

Für die 100 000 Mann starke Reichswehr behalten wir darnach nur folgenden Waffenbestand:

| | Reichsheer: | Festungen: |
|---|---|---|
| Schwere Geschütze . . . . . . . | — | — |
| Feldgeschütze . . . . . . . . . | 294 | 90[1]) |
| Gewehre und Karabiner . . . . | 156 080 | — |
| Leichte Maschinengewehre . . . . | 1 474 | 1 221 |
| Schwere Maschinengewehre . . . | 861 | 628 |
| Leichte Minenwerfer . . . . . . | 197 | 186 |
| Mittlere Minenwerfer . . . . . | 66 | — |
| Schwere Minenwerfer . . . . . | — | 8 |

Die Reichswehr besitzt, wie der französische General Nollet mit Befriedigung festgestellt hat, keine schwere Artillerie mehr. Sie soll sogar nach einer Note der Alliierten keine Gasmasken mehr tragen dürfen. Unser Heer und unsere Wehrmittel sind kleiner als das Heer und die Bewaffnung irgendeines unserer europäischen Nachbarstaaten. Polen mit seinem von Frankreich ausgerüsteten und ausgebildeten Heere, die Tschecho-Slowakei und sogar das kleine Belgien sind uns heute, jedes für sich allein, an militärischen Machtmitteln überlegen. Unser Land mit seiner intensiven Landwirtschaft und seinem Reichtum an industriellen Anlagen ist durch die Waffenzerstörung kriegerischen Einfällen schutzlos

[1]) In Königsberg, Pillau und Swinemünde. Alle anderen Festungen sind ohne Artillerie. Die übrigen Zahlen über den Waffenbestand der Reichswehr sind von S. 17 der Denkschrift „Die Erfüllung des Vertrages von Versailles durch Deutschland bis zum 1. April 1921" übernommen.

preisgegeben. Niemand wird behaupten können, daß ein Vorfall, ähnlich dem Einbruch der tschechischen Hussiten, die am Anfang des 15. Jahrhunderts durch das wehrlose Deutschland bis nach Thüringen und Brandenburg hineinziehen konnten, nach unserer völligen Entwaffnung künftig eine Unmöglichkeit sei. Ein großes Volk machtlos den kleinen Nachbarvölkern ausgeliefert! — Was das bedeutet, werden wir noch erfahren. Wie das Beispiel Oberschlesiens zeigt, werden unsere Nachbarn durch unsere militärische Schwäche zu einem Raubzug geradezu gereizt. Selbst wenn in Zukunft der Krieg gar nicht uns gelten sollte, so kann doch der Fall eintreten, daß zwei europäische Staaten ihre Kämpfe gegeneinander auf deutschem Boden ausfechten. Es ist erst wenig mehr als hundert Jahre her, daß Russen und Franzosen in Deutschland gegeneinander Schlachten schlugen. Ist ein Konflikt zwischen Polen und Frankreich einerseits und Rußland andererseits in alle Zukunft ausgeschlossen? Sollen wir es geschehen lassen, daß deutsche Städte und Dörfer unter dem Krieg der Fremden in Schutt und Asche sinken? Unser Volksheer hat es seit den napoleonischen Kriegen hundert Jahre lang verhindert, daß die Schrecken des Krieges von feindlichen Heeren in unser Land hineingetragen worden sind. Zukünftig wird Deutschland wieder wie in den früheren Jahrhunderten unserer Ohnmacht und Zersplitterung der Tummelplatz fremder Heere sein.

Es wird die Zeit kommen, da nicht nur unsere unglücklichen Brüder in Oberschlesien, im Saargebiet und in all den geknechteten und bedrohten deutschen Grenzmarken, sondern da jeder Deutsche erfährt, daß die Wehrmittel eines Staates einen unentbehrlichen Teil seines Volksvermögens darstellen, ohne den ihm der Verlust aller geistigen und wirtschaftlichen Güter droht. Wie groß der Teil unseres Volksvermögens ist, den wir mit der Waffenzerstörung selbst vernichtet haben, werden wir dann in der verzweifelten Not doppelt schwer empfinden. Nach den Ausgaben des Reiches für Heer und Marine in den Jahren 1905—1914 und während des Krieges schätzen wir den Wert der geschleiften Festungen und der zerstörten und abgelieferten Waffen und Kriegsschiffe, der Luftflotte sowie der zerstörten Anlagen der Waffen- und Munitionsfabriken auf mindestens 25 Milliarden Goldmark auf Grund der Vorkriegswerte. Zählt man diese Verluste zu den übrigen, so ergibt sich folgende



**Gesamtübersicht der bisherigen Verluste an Volksvermögen.**

| | | Vorkriegswerte in Goldmark: |
|---|---|---|
| 1. | Verluste an Volksvermögen in Privathänden | 43,4 Milliarden |
| 2. | Verlorenes Reichs- und Staatseigentum . . | 8,2 „ |
| 3. | Zwangslieferungen bis 1. April 1921 . . . | 2,1 „ |
| 4. | Abrechnung der Vorkriegsschulden . . . . | 0,3 „ |
| 5. | Entwaffnung . . . . . . . . . . . | 25 „ |
| | Gesamtverlust an Volksvermögen bisher etwa | 79 Milliarden |

Wir haben also vom Vorkriegswert unseres Volksvermögens durch den Vertrag von Versailles und seine Vor- und Nachverträge bisher etwa 79 Milliarden Goldmark verloren. Schon in diesem Verlust an Volksvermögen liegt in Verbindung mit den Bevölkerungs-, Gebiets- und Kolonialverlusten eine Kriegsentschädigung von ungeheurer Größe. Trotzdem haben uns die Alliierten in London zu der Kriegsentschädigung, die in den bisher durchgeführten Bestimmungen des Vertrages von Versailles schon liegt, noch eine finanzielle Kriegsentschädigung von 132 Milliarden Goldmark Gegenwartswert und 287 Milliarden Goldmark Endwert auferlegt. Wie diese Kriegsentschädigung, die alle Vorgänge in der Geschichte aller Völker weit in den Schatten stellt, von einer Volkswirtschaft aufgebracht werden soll, die einen großen Teil ihres Produktivvermögens verloren hat, wird um so problematischer erscheinen, je mehr wir im weiteren Verlauf unserer Schrift in diese Fragen einzudringen suchen. Das Schwierigste an der finanziellen Kriegsentschädigung ist, daß wir alle die von uns geforderten Zahlungen nach dem Auslande vornehmen müssen und daß infolgedessen die finanzielle Kriegsentschädigung in ihrer gesamten Höhe einwirkt auf unsere Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande.

---

## III. Unsere Zahlungsbilanz.

Unter Zahlungsbilanz verstehen wir die Gegenüberstellung einerseits der Summe aller Zahlungsverpflichtungen, die wir während eines Jahres dem Auslande gegenüber zu erfüllen haben, und andererseits der Summe aller Zahlungen, die wir während desselben Jahres vom Auslande zu fordern haben. Vor dem Kriege war unsere Zahlungsbilanz aktiv. Zwar stand unserer Ausfuhr im Werte von 10,9 Milliarden Goldmark im Jahre 1913 eine Einfuhr von 12 Milliarden Goldmark gegenüber. Dennoch konnten wir vermöge unserer Einkünfte aus deutschem Eigentum im Auslande und ausländischen Wertpapieren, aus den Seefrachtgeschäften für fremde Rechnung und anderen Einnahmequellen im Verkehr mit dem Auslande nicht nur den Einfuhrüberschuß von 1,1 Milliarde Goldmark ausgleichen, sondern darüber hinaus noch jährlich erhebliche Neuanlagen von deutschem Kapital im Auslande vornehmen. Diese günstige Lage änderte sich durch den Krieg, nach dessen Ausbruch im August 1914 unsere Zahlungsbilanz langsam passiv zu werden begann. Unsere Einnahmen im Verkehr mit dem Auslande gingen zurück, weil durch den Krieg mit unseren Hauptabnehmern und durch die feindliche Blockade unsere Ausfuhr eingeschränkt wurde und unsere Handelsflotte in den Häfen festliegen mußte. Das deutsche Eigentum im feindlichen Auslande wurde beschlagnahmt, und die Dividenden und Zinsen auf ausländische Wertpapiere kamen zum großen Teil nicht mehr in die Hände der deutschen Besitzer. Um trotzdem die Zahlungsverpflichtungen, die durch die Wareneinfuhr aus den neutralen Ländern entstanden, erfüllen zu können, mußten wir Gold ans Ausland abgeben. Ferner mußten allmählich immer größere Teile des deutschen Besitzes an ausländischen Wertpapieren an das Ausland verkauft werden. Dadurch gingen auf die Dauer weitere Zins- und Dividendeneinkünfte verloren.



Viel schwerer als durch den Krieg, dessen wirtschaftliche Wirkungen doch zum größten Teil als vorübergehend angesehen werden konnten, ist unsere Zahlungsbilanz aber nach Kriegsende getroffen worden durch die Bedingungen des Vertrages von Versailles.

Der Vertrag von Versailles nimmt uns große landwirtschaftliche Überschußgebiete im Osten des Reiches. Die Nahrungsmittel, die wir früher aus den losgerissenen Ostprovinzen bezogen haben, brauchen wir auch künftig. Können wir sie nicht weiter aus den verlorenen Gebieten bekommen, so müssen wir versuchen, entsprechende Nahrungsmittelmengen aus anderen Ländern zu beschaffen. In beiden Fällen müssen wir infolge des Vertrages von Versailles den Gegenwert der eingeführten Nahrungsmittel an das Ausland bezahlen, während er früher, als die landwirtschaftlichen Provinzen noch zum Reiche gehörten, im Lande blieb. Für unsere Zahlungsbilanz ergibt sich aus der Notwendigkeit einer größeren Einfuhr aus dem Auslande ein Anwachsen unserer Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Auslande. Ähnlich, wie der Verlust der landwirtschaftlichen Überschußgebiete im Osten bedeutet auch der Verlust der industriellen Überschußgebiete im Westen des Reiches für uns die Notwendigkeit einer größeren Einfuhr und damit eine Zunahme der Zahlungsverpflichtungen in unserer Zahlungsbilanz. Wir können die Eisenerze aus Lothringen auch künftig nicht entbehren, wenn unsere Eisenindustrie wieder voll arbeiten soll. Während wir sie aber früher aus dem eigenen Lande bezogen und mit unserem Gelde bezahlt haben, müssen wir sie künftig von Frankreich oder sonst aus dem Auslande kaufen. Auch das Roheisen, das vor dem Vertrage von Versailles aus den abgetretenen Westgebieten nach dem übrigen Deutschland zur Weiterverarbeitung geliefert worden ist, können wir nicht entbehren, wenn wir die Produktionsanlagen unserer Industrie voll ausnutzen wollen. Aus beiden Gründen erhöhen sich wiederum unsere Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Auslande. Sehr erheblich ist auch der Wert der Textilerzeugnisse, die vor dem Kriege aus Elsaß-Lothringen nach dem übrigen Deutschland geliefert worden sind und deren zollfreie Einfuhr wir Frankreich auf Grund des Vertrages

von Versailles haben zugestehen müssen. Durch diese Einfuhr von Textilwaren, die wir vor dem Kriege im eigenen Lande mit unserem Gelde gekauft haben, entsteht eine erhebliche Mehrbelastung unserer Zahlungsbilanz gegenüber der Vorkriegszeit. Damit genug der Beispiele, die beweisen, daß wir infolge der willkürlichen Grenzverschiebungen des Vertrages von Versailles noch mehr aus dem Auslande einführen müssen und dadurch mit noch größeren Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Auslande belastet werden als vor dem Kriege.

Die Losreißung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete im Osten und der industriellen Überschußgebiete im Westen des Reiches, die vor dem Kriege besonders stark an unserer Ausfuhr beteiligt gewesen sind, bedeutet für unsere Zahlungsbilanz aber nicht allein Mehrausgaben, sondern auch den Verlust derjenigen Zahlungsforderungen an das Ausland, die uns vor dem Kriege durch die Ausfuhr von Erzeugnissen der Überschußgebiete im Osten und Westen entstanden sind. So wird z. B. der Wert unserer Ausfuhreinnahmen erheblich vermindert durch den Verlust der Textilindustrie in Elsaß-Lothringen und in Eupen-Malmedy, die vor dem Kriege einen großen Teil der deutschen Ausfuhr von Textilerzeugnissen bestritten haben.

Ähnlich wie die Losreißung deutscher Reichsgebiete wirkt der Raub der Kolonien. Was wir vor dem Kriege mit deutschem Gelde aus eigenen Kolonien bezogen haben, müssen wir künftig fremden Ländern bezahlen. Was unsere Kolonien durch Ausfuhr ihrer Erzeugnisse nach fremden Ländern vor dem Kriege erworben haben, geht der deutschen Zahlungsbilanz verloren.

Abgesehen von den Mehrausgaben und Einnahmeverlusten im Warenverkehr mit dem Auslande verliert unsere Zahlungsbilanz infolge des Vertrages von Versailles durch die Liquidation unseres Auslandseigentums, durch den Verlust fast unseres gesamten Besitzes an ausländischen Wertpapieren und durch den Raub unserer Überseeflotte alle diejenigen Einnahmen, die ihr aus diesen Teilen des deutschen Volksvermögens vor dem Kriege entstanden sind. Überdies sind wir gezwungen, künftig noch erhebliche Beträge für Überseefrachten an das Ausland zu bezahlen.

Man kann sich von den Veränderungen unserer Zahlungsbilanz,



die der Vertrag von Versailles hervorruft, in großen Zügen ein klares, zahlenmäßiges Bild machen. Wir wissen z. B., wieviel Eisenerze aus den im Westen abgetretenen Gebieten vor dem Kriege nach dem übrigen Deutschland geliefert und hier verarbeitet worden sind. Wenn wir den günstigen Fall voraussetzen, daß wir in allen Zweigen unserer Wirtschaft wieder voll arbeiten wie vor dem Kriege und wenn wir mit Rücksicht auf die großen Preisschwankungen seit Kriegsende die Vorkriegswerte der in Frage stehenden Waren in Goldmark in unsere Rechnung einsetzen, dann können wir zahlenmäßig ermitteln, um welche Ausgabeposten für Mehreinfuhr unsere Zahlungsbilanz künftig mehr belastet wird und welche Einnahmeposten sie infolge geringerer Ausfuhr verlieren muß. In ähnlicher Weise können in unserer Rechnung auch die durch den Verlust unserer Kolonien, unseres Auslandseigentums und unserer Handelsflotte entstandenen Mindereinnahmen und künftig erwachsenden Mehrausgaben zahlenmäßig in Goldmark auf Grund der Vorkriegswerte berücksichtigt werden. Wir haben in unserer Schrift „Valuta-Elend und Friedensvertrag“[1]) eine solche Berechnung über die Abänderung unserer Zahlungsbilanz durch die bisher durchgeführten Bestimmungen des Vertrages von Versailles aufgestellt, deren Ergebnisse sich in folgende Gegenüberstellung zusammenfassen lassen:

Unsere Zahlungsbilanz vor und nach dem Kriege in Milliarden Goldmark auf Grund der Vorkriegswerte.

| Ausgaben | | Einnahmen | |
|---|---|---|---|
| vor dem Kriege (1913) | nach dem Kriege | vor dem Kriege (1913) | nach dem Kriege |
| Ausgaben für Wareneinfuhr: | | Einnahmen für Warenausfuhr: | |
| 12,096 | 11,942 | 10,995 | 9,529[2]) |
| Übrige Ausgaben: | | Übrige Einnahmen: | |
| 0,500 | 0,770 | 1,575 | 0,400 |
| zus. 12,6 | zus. 12,7 | zus. 12,6 | zus. 9,93 |

[1]) Verlag Felix Meiner, Leipzig, zweite Auflage 1921.

[2]) In dieser Einnahmeziffer sind die Zwangslieferungen nicht berücksichtigt, die wir in der Schrift „Valuta-Elend und Friedensvertrag“ nach

Während es uns vor dem Kriege möglich gewesen ist, alle Zahlungsverpflichtungen an das Ausland mit Hilfe unserer Forderungen restlos auszugleichen und dabei noch jedes Jahr neues Kapital im Auslande anzulegen, ist unsere Zahlungsbilanz durch den Vertrag von Versailles passiv geworden, d. h. unsere Zahlungsverpflichtungen übersteigen unsere Forderungen, wie folgende Übersicht zeigt:

| | Ausgaben: | Einnahmen: | Saldo: |
|---|---|---|---|
| Zahlungsbilanz vor dem Kriege (1913) | 12,6 | 12,6 | — |
| " nach dem Kriege . . | 12,7 | 9,93 | 2¾ |

*Der Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz in Höhe von 2¾ Milliarden Goldmark* auf Grund der Vorkriegswerte stellt den *günstigsten* Fall dar, denn es liegt seiner Berechnung die Annahme zugrunde, daß unsere Volkswirtschaft in den engeren Reichsgrenzen, die ihr der Vertrag von Versailles gezogen hat, wieder voll arbeiten könne wie vor dem Kriege. Wir alle wissen, wie weit wir davon entfernt sind. Die Arbeitskraft unserer Volkswirtschaft ist durch den Krieg und durch die Hungerblockade empfindlich geschwächt worden. Die Ernten der Landwirtschaft haben noch nicht wieder die Vorkriegserträgnisse erreicht. Unser Viehstand ist durch den Krieg und die Zwangslieferungen an Frankreich und Belgien sehr geschwächt worden. Mit Rücksicht auf den Tiefstand der Markvaluta haben wir nicht soviel Dünger, Futtermittel, Ölfrüchte usw. aus dem Auslande eingeführt, wie zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge auf ihre Vorkriegshöhe erforderlich sind. Auch unsere Industrie ist noch weit entfernt von der Produktion, die sie vor dem Kriege geleistet hat. Ihre Rohstoffversorgung ist noch nicht annähernd wieder auf Vorkriegshöhe gebracht worden. Infolge der Kohlenzwangslieferungen an die Entente sind



wir nicht in der Lage, unserer Industrie diejenige Brennkraft zuzuführen, die zu *voller* Produktion notwendig sein würde. Unsere Kohlenversorgung hat gerade notdürftig dazu hingereicht, Industrie, Hausbrand, Landwirtschaft usw. im Oktober 1920 mit 69,1 % und im November 1920 mit 66,4 % der Kohlenmengen zu beliefern, die sie 1913 erhalten haben. Dabei sind aber jetzt die Kohlen in der Qualität schlechter als vor dem Kriege, so daß zur Erzeugung derselben Kraft- und Heizwirkung wesentlich größere Kohlenmengen erforderlich sind als 1913.

Zu all den Hindernissen, die der vollen Produktion im Wege stehen, kommen die Folgen der Wirtschaftskrisis im Inlande und in der ganzen Welt. Darum stellt der oben mit 2¾ Milliarden Goldmark berechnete Fehlbetrag unserer Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande den günstigsten denkbaren Fall dar, der in Wirklichkeit nicht erreicht wird.

Außerdem erscheint der Passivsaldo von 2¾ Milliarden Goldmark aber auch deshalb zu günstig, weil er auf Grund derjenigen Werte berechnet worden ist, welche die einzelnen Posten der deutschen Zahlungsbilanz vor dem Kriege gehabt haben. Heute müssen alle diese Werte erhöht werden, denn Krieg und *Teuerung* gehören seit Menschengedenken zusammen. Namentlich nach Kriegen, die weite Länder und große Völker erfaßt haben, ist stets eine dauernde Steigerung der Preise, Löhne und Gehälter zurückgeblieben. Wir verweisen auf den Dreißigjährigen Krieg, auf den Siebenjährigen Krieg mit den gleichzeitigen Freiheitskriegen der Amerikaner und schließlich auf die Napoleonischen Kriege zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts. Heute stehen wir vor einer ähnlichen allgemeinen Verteuerung, wie die genannten Kriege sie nach sich gezogen haben, denn seit dem Juli 1914 hat 4½ Jahre lang ein Weltkrieg getobt, in dem vier Fünftel der Völker und der Länder der Erde gegen uns und unsere drei Verbündeten im fortwährenden Kampfe gestanden haben. Dieser Weltkrieg hat nicht nur in den am Kampfe beteiligten, sondern auch in den neutralen Ländern eine gewaltige Teuerung verursacht. Im Goldgelde berechnet sind heute alle Löhne und Preise höher, als sie vor dem Kriege gewesen sind. Die Löhne werden nicht wieder auf den Friedensstand zurückgehen können, und mit der dauernden Lohnsteigerung

---

dem Stande vom September 1920 mit 760 Millionen Goldmark auf der Einnahmeseite der Zahlungsbilanz abgezogen haben, so daß dort als Gesamteinnahme aus der Warenausfuhr nach dem Kriege nur die Summe von 8769 Millionen Goldmark jährlich angegeben ist. Damit erklärt sich auch, daß in der Schrift „Valuta-Elend und Friedensvertrag" der Passivsaldo der Zahlungsbilanz um dreiviertel Milliarden Goldmark höher angegeben ist als hier. Wir bringen den Wert der gesamten jährlichen Kriegsentschädigungsrate einschließlich der Zwangslieferungen in der vorliegenden Schrift etwas später in Ansatz.

wird eine Erhöhung der Produktionskosten auf die Dauer bestehen bleiben. Darum werden auch diejenigen Rohstoffe, die, wie z. B. Wolle, Baumwolle, Häute und Leder, heute in Goldmark schon wieder auf die Preise aus der Vorkriegszeit zurückgegangen sind und zeitweise zum Teil sogar schon billiger gewesen sind als vor dem Kriege, auf die Länge der Zeit betrachtet, eine höhere Preislage einnehmen müssen als vor dem Kriege. Wir halten es für wahrscheinlich, daß im Gefolge des Weltkrieges eine Steigerung der Löhne und Preise um durchschnittlich 50 %, am Goldgelde gemessen, bestehen bleiben wird. Deshalb müssen wir alle Werte in der oben errechneten Zahlungsbilanz um 50 % erhöhen, um uns ein Bild darüber machen zu können, in welchem Maße unsere vor dem Kriege aktive Zahlungsbilanz durch die bisher durchgeführten Bestimmungen des Vertrages von Versailles passiv geworden ist. Wir kommen dann zu dem Ergebnis, daß unsere Zahlungsbilanz einen Passivsaldo von etwa 4 Milliarden Goldmark aufweist.

Aber damit können wir die Berechnung noch nicht abschließen. Der Passivsaldo von 4 Milliarden Goldmark hat zur Folge, daß das Ausland große Kapitalien in unserem Lande gewinnbringend anlegt, da es von uns den vollen Gegenwert seiner Forderungen in Waren und in Gold selbst bei voller Vorkriegsproduktion unserer Volkswirtschaft nicht erhalten kann. Wir werden später noch betrachten, wie weit die Anlage ausländischen Kapitals in unserem Lande schon vorgeschritten ist und wie dadurch unsere Volkswirtschaft in immer größerem Maße dem Auslande tributpflichtig werden muß. Hier wollen wir uns zunächst nur ein überschlägiges Bild machen und deshalb einmal annehmen, das Ausland würde zehn Jahre lang jährlich von den 4 Milliarden Goldmark, um die unsere Zahlungsbilanz passiv bleibt, die Hälfte in Deutschland anlegen. Dann würden nach zehn Jahren ohne Berücksichtigung des Zinsenzuwachses 20 Milliarden Goldmark ausländischen Kapitals in Deutschland vorhanden sein. Gehen wir von 20 Milliarden Goldmark fremder Kapitalanlage aus, so ergibt sich daraus bei 4 % Verzinsung für unsere Volkswirtschaft ein jährlicher Zinstribut an das Ausland in Höhe von 0,8 Milliarden Goldmark. Da die Ausländer einen Teil dieser Einkünfte aus ihrer



Kapitalanlage in Deutschland selbst verbrauchen, so wollen wir den günstigen Fall annehmen, daß von unserer Tributpflicht an das ausländische Kapital nur ½ Milliarde Goldmark jährlich nach dem Auslande zu zahlen ist. Damit steigt der Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz auf 4½ Milliarden Goldmark. Das ist die Wirkung der bisher durchgeführten Bestimmungen des Vertrages von Versailles auf unsere Zahlungsbilanz unter der Annahme, daß unsere Volkswirtschaft noch voll produzieren könne wie vor dem Kriege. Dabei haben wir die Wirkung der Zwangslieferungen, der Besatzungskosten und der finanziellen Kriegsentschädigung auf die Zahlungsbilanz noch gar nicht berücksichtigt.

4½ Milliarden Goldmark Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz! — Diese bisherige Wirkung des Vertrages von Versailles lassen die Alliierten bei ihren Berechnungen völlig unberücksichtigt. Sie verschweigen der Welt, daß sie an unserer Handelsflotte, an unseren Kolonien, an dem Eigentum unserer Auslandsdeutschen, an unserem Besitz an ausländischen Wertpapieren, an dem Länderraub im Osten und Westen des Deutschen Reiches, an den riesigen Zwangslieferungen von Kohlen, Chemikalien, Maschinen, Vieh und Materialien aller Art bisher schon eine reichere Kriegsbeute gemacht haben, als die Weltgeschichte jemals verzeichnet hat. Sie klagen täglich in der Presse der ganzen Welt über den mangelnden Entschädigungswillen der Deutschen und über die Verwüstungen in Nordfrankreich und verschweigen, daß die blühenden Provinzen, die sie uns bis zum 31. Dezember 1920 entrissen haben, in Bezug auf landwirtschaftlich benutzten Boden dreimal so groß und, was den Reichtum an Industrie anbetrifft, verhältnismäßig noch bedeutender gewesen sind als die Zerstörungsgebiete in Belgien und Nordfrankreich[1]). Würden die Alliierten die Größe ihrer bereits

[1]) Vgl. hierzu das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1920, S. 18 (Die gewerblichen Betriebe in den Abtretungs- und Abstimmungsgebieten nach der gewerblichen Betriebszählung von 1907) und S. 22 (Die landwirtschaftlichen Betriebe in den Abtretungs- und Abstimmungsgebieten) mit Lloyd Georges Angaben über die Zerstörungen in Frankreich und Belgien auf der Londoner Konferenz (Sammlung von Aktenstücken über die Verhandlungen auf der Konferenz zu London, S. 157).

eingebrachten Kriegsbeute und deren vernichtende Wirkung auf unsere Zahlungsbilanz zugeben, so würde allerdings jeder, der über vernünftige Wirtschaftsbegriffe verfügt und von dem Willen beseelt ist, die durch den Krieg schwer geschädigte europäische Wirtschaft wieder aufzubauen und nicht noch weiter in Grund und Boden zu zerstören, ohne Zweifel einsehen müssen, daß von einer finanziellen Kriegsentschädigung seitens Deutschlands gar keine Rede mehr sein kann. Bei einem Passivsaldo der Zahlungsbilanz in Höhe von 4½ Milliarden Goldmark kann ein Land unmöglich noch eine Kriegsentschädigung von mehreren Milliarden Goldmark jährlich leisten, wenn es nicht in wenigen Jahren völlig erschöpft sein soll. Es ist zwar möglich, daß die gute Meinung, die das Ausland von der Entwicklung unserer Volkswirtschaft hat, zunächst den Druck des Passivsaldos unserer Zahlungsbilanz auf die Bewertung der Mark im Auslande aufwiegt. Die Wirkung dieses Stimmungsmomentes kann aber nicht von unbeschränkter Dauer sein. Je länger der Passivsaldo in unserer Zahlungsbilanz bestehen bleibt, desto größer wächst er automatisch an, desto größer wird von Jahr zu Jahr unsere Tributpflicht gegenüber dem ausländischen Kapital und desto gefährlicher muß schließlich der Rückschlag auf die Bewertung der Mark im Auslande werden. Die Zahlungsbilanz ist das Barometer, an dessen Stande man die Aussichten für die weitere Entwicklung unserer Volkswirtschaft und für die Erfüllung der Ententeforderungen erkennen kann. Daß sich die Alliierten bisher nicht die Mühe gemacht haben, einen ruhigen Blick auf dieses Barometer zu werfen, zeigt die märchenhafte Höhe der Kriegsentschädigung, die sie trotz der vernichtenden Wirkungen ihrer bisherigen Kriegsbeute noch von uns fordern.

Nach dem Londoner Diktat haben wir an die Alliierten als Kriegsentschädigung zunächst eine feste Jahresrate von 2 Milliarden Goldmark zu zahlen. Um diese Summe erhöht sich also der Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz, der sich aus den Wirkungen der bisher durchgeführten Bestimmungen des Vertrages von Versailles ergeben hat, auf 6½ Milliarden Goldmark.

Zu der festen Jahresrate von 2 Milliarden Goldmark kommt nach dem Londoner Diktat noch eine Ausfuhrabgabe von 26% auf den Wert unserer Ausfuhr. Da wir bei der Berechnung des Passivsaldos unserer Zahlungsbilanz von der Annahme ausgegangen sind, daß es uns gelingt, die Produktion unserer Volkswirtschaft wieder auf die Vorkriegshöhe zu bringen, so wollen wir auch die Ausfuhrabgabe von 26% zunächst auf die Ausfuhr berechnen, die wir bei voller Vorkriegsleistung erreichen könnten. Wie wir auf S. 27 berechnet haben, beträgt der Wert unserer Ausfuhr nach Abzug des Ausfuhranteiles der uns im Osten und Westen entrissenen Reichsgebiete 9,5 Milliarden Goldmark auf Grund der Vorkriegswerte. Nach der oben näher begründeten Annahme, daß infolge des Krieges in der ganzen Welt eine Steigerung der Produktionskosten um 50% gegenüber der Vorkriegszeit zurückbleibt, erhöht sich der Wert der Ausfuhr, die das verkleinerte Deutschland bei voller Vorkriegsproduktion erreichen kann, um die Hälfte von 9,5 Milliarden auf 14,5 Milliarden Goldmark. Hierauf müssen wir den Alliierten nach dem Londoner Diktat eine Ausfuhrabgabe von 26% = 3,7 Milliarden Goldmark jährlich entrichten. Damit erhöht sich der Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz von 6½ Milliarden auf 10,2 Milliarden Goldmark.

Außerdem müssen wir, da unser Land nicht genügend Rohstoffe besitzt, um die Ausfuhr beliebig steigern zu können, zunächst mehr Rohstoffe aus dem Auslande einführen als vor dem Kriege. Nach Schätzung deutscher Sachverständiger[1]) müssen von den weiteren Produktionssteigerungen etwa 60 vom Hundert für die Einfuhr und für die Erweiterung des Produktionsapparates sowie für die Ernährung und die Unterhaltung des erforderlichen Mehrs an Arbeitskräften vorweg abgezogen werden, so daß nur 40 vom Hundert des vergrößerten Ausfuhrwertes für die Erzielung des Ausfuhrüberschusses verbleiben. Andere deutsche Sachverständige kommen zu noch ungünstigeren Ziffern. Wenn wir den Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande durch Mehrausfuhr begleichen sollen, so genügt es demnach nicht, für je 1 Milliarde des Passivsaldos die Ausfuhr um 1 Mil-

---

[1]) Vgl. Sammlung von Aktenstücken über die Verhandlungen auf der Konferenz zu London vom 1. bis 7. März 1921, S. 33.

liarde zu steigern, sondern es ist zur Abtragung von je 1 Milliarde des Passivsaldos mit Rücksicht auf die zur Ausfuhrsteigerung erforderliche Mehreinfuhr eine Erhöhung der Ausfuhr um je 1,6 Milliarden notwendig. Um den oben errechneten Passivsaldo von 10,2 Milliarden Goldmark durch Mehrausfuhr abzutragen, genügt also nicht eine Mehrausfuhr von 10,2 Milliarden Goldmark, sondern wir brauchen dazu eine Mehrausfuhr von 16,3 Milliarden Goldmark.

Wenn es wirklich gelingen würde, unsere Ausfuhr über die Vorkriegsleistung hinaus um 16,3 Milliarden Goldmark zu steigern, so wäre das noch kein Zeichen von Wohlstand, kein Zeichen dafür, daß wir wie vor dem Kriege im Zahlungsverkehr mit dem Auslande uns jährlich einen Überschuß schaffen würden, der dazu benützt werden könnte, das uns von den Alliierten entrissene Eigentum der Auslandsdeutschen und unseren früheren Besitz an ausländischen Wertpapieren allmählich wieder zu schaffen. Die Erhöhung der Ausfuhr um 16,3 Milliarden Goldmark über die Vorkriegsleistung hinaus würde nur gerade dazu hinreichen, um uns vor den riesigen Gefahren des Passivsaldos unserer Zahlungsbilanz, vor den Wirkungen eines weiteren Sinkens der Markvaluta, vor der Überfremdung unseres Volksvermögens und vor der Verarmung Deutschlands infolge des Valutaausverkaufes zu schützen.

Obwohl die Steigerung unserer Ausfuhr um 13,6 Milliarden über die Vorkriegsleistung hinaus nur ein Zeichen äußerster Anspannung zur Abwehr der dringendsten Not sein würde, sehen die Alliierten diese Ausfuhrsteigerung als eine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage an und fordern darauf in ihrem Londoner Diktat eine weitere Ausfuhrabgabe von 26 % = 4,24 Milliarden Goldmark. Wenn wir den Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz durch Mehrausfuhr begleichen sollen, so müssen wir infolge dieser neuen Ausfuhrabgabe von 4,24 Milliarden Goldmark wiederum unsere Ausfuhr steigern, und zwar mit Berücksichtigung der Mehreinfuhr, die zur Steigerung der Ausfuhr erforderlich ist, um weitere 6,8 Milliarden Goldmark. Auch auf diese Ausfuhrsteigerung fordern die Alliierten die Ausfuhrabgabe von 26 %, die wiederum nach vorheriger Steigerung der Einfuhr durch Mehrausfuhr aufzubringen sein würde. Diese



doppelte Steigerung der Rechnung würde sich infolge der unsinnigen Auffassung des Londoner Diktates noch mehrfach wiederholen. Die genaue Rechnung ergibt, daß wir **unsere Ausfuhr über die Vorkriegsleistung hinaus auf 41,5 Milliarden Goldmark bringen müssen**, wenn wir den Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz und die Kriegsentschädigung an die Alliierten durch Mehrausfuhr aufbringen wollen. Das ist der achtfache Wert unserer Ausfuhr im Jahre 1920 und der dreifache Wert derjenigen Ausfuhr, die wir bei voller Vorkriegsleistung des verkleinerten Deutschlands erreichen würden[1]). Diese Zahlen zeigen, zu welch unvernünftigen Folgerungen in der Praxis das Londoner Diktat der Alliierten führt, indem es den bisher schon durch die Bedingungen des Vertrages von Versailles entstandenen Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz wissentlich übersieht und mit dem beweglichen Teil der Kriegsentschädigung in Höhe von 26 % auf den Wert unserer Ausfuhr jede Besserung unserer Lage, die ohne einen Ausgleich unserer Zahlungsbilanz undenkbar ist, unmöglich macht. **Je mehr wir ausführen, je mehr wir arbeiten, desto verzweifelter wird unsere Lage.**

Die Wirkungen des Londoner Diktates kann man sich klar machen an dem Gleichnis, daß ein Sklave gezwungen wird, eine Last, die er nicht zu heben vermag, mit einem Seile von der Stelle zu schleifen, das in einer Schlinge um seinen Hals gelegt worden ist. Je mehr dieser Unglückliche alle Muskeln anspannt, um die felsenschwere Last von der Stelle zu bewegen, desto fester zieht sich die Schlinge um seinen Hals zusammen, bis sie ihm schließlich die Luft abschnürt. Man wird vielleicht entgegnen, daß dieses Beispiel übertrieben sei, da eine beträchtliche Steigerung unserer Ausfuhr im Bereich der Möglichkeit liege. Wer sich erinnert, welche ungeheure Mühe, welche technische Vervollkommnung, welche kaufmännische Tüchtigkeit und nicht zuletzt welche politischen Voraussetzungen erfüllt werden mußten, damit unsere Ausfuhr allmählich ihre Höhe vom Jahre 1913 erreichen konnte, der wird von vornherein starke Zweifel darin hegen, daß wir jetzt in

---

[1]) Vgl. die Berechnung der Ausfuhr auf 14,5 Milliarden Goldmark, oben S. 33.

unserem wirtschaftlich und außenpolitisch jämmerlichen Zustande unsere Ausfuhr zunächst einmal auf die Vorkriegsleistung bringen und dann darüber hinaus noch auf die dreifache Höhe steigern können.

Wir müßten zu diesem Zwecke entweder unsere Produktionsanlagen vergrößern oder sie durch doppelte und dreifache Schichten oder durch Verlängerung der Arbeitszeit noch mehr auszunutzen suchen als bisher. Die Vergrößerung der Produktionsanlagen unserer Industrie in dem Maße, welches zur Verdreifachung unserer Vorkriegsausfuhr erforderlich ist, wird uns aber gerade durch die Bedingungen des Vertrages von Versailles und durch das Londoner Abkommen unmöglich gemacht. Die Vergrößerung von Produktionsanlagen ist nur möglich, wenn in der Volkswirtschaft Ersparnisse gemacht werden können. Solche Kapitalersparnisse können wir aber nicht schaffen, wenn wir durch die bisher schon durchgeführten Bedingungen des Vertrages von Versailles und durch das Londoner Abkommen einen solchen Riesenpassivsaldo in der Zahlungsbilanz überwinden müssen und wenn durch die drückende Besteuerung des Vermögens infolge der finanziellen Kriegsentschädigung an die Alliierten die Kapitalbildung bei uns derartig erschwert wird. Auch der stärkeren Ausnutzung der vorhandenen Maschinen durch Vermehrung der Arbeitskräfte sind enge Grenzen gezogen. Selbst wenn wir alle Arbeitslosen heranziehen würden, um durch Produktion für das Ausland die Kriegsentschädigung abzuleisten, so würde doch die Zahl der in Deutschland vorhandenen Arbeiter für die notwendige Steigerung der Produktion nicht hinreichen. Schon vor dem Kriege sind jährlich etwa 700 000 Wanderarbeiter nach Deutschland gekommen. Nach der Reichsstatistik sind im Jahre 1911—1912 729 575 Legitimationskarten für ausländische Wanderarbeiter im Deutschen Reiche ausgefertigt worden, wovon etwa 400 000 in der Landwirtschaft und der Rest in Industrie und Gewerbe durch ihre Arbeit dazu beigetragen haben, um die Vorkriegsleistung unserer Volkswirtschaft zustande zu bringen. Gleichzeitig hat die Zahl der Auswanderer im Jahresdurchschnitt der letzten vier Jahre vor dem Kriege nach der Reichsstatistik nur 19 720 betragen. Um die Ausfuhrleistung unserer Volkswirtschaft vor dem Kriege um das Dreifache übertreffen zu können, würde also eine Einwanderung von Arbeitskräften stattfinden müssen, die über 700 000 erheblich hinausgeht. Für einen solchen Zustrom von Menschen haben uns aber die Alliierten durch den Vertrag von Versailles und das Londoner Diktat die Unterhaltsmittel genommen. Nach dem brutalen Worte, das für alle Zeiten mit dem Namen des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau verbunden bleiben wird, leben heute schon in Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel. Die Bestimmungen des Vertrages von Versailles und des Londoner Diktates sollen diese Frankreich unbequemen 20 Millionen durch wirtschaftlichen Druck aus dem Wege räumen. Daß eine starke Verminderung der Bevölkerung durch Zwangsmaßnahmen keine Unmöglichkeit ist, zeigt das Beispiel Irlands, dessen Bevölkerung während des letzten Jahrhunderts unter englischer Herrschaft von 8 auf 4 Millionen zurückgegangen ist.



Da weder eine nennenswerte Vermehrung der Produktionsanlagen noch eine Vermehrung der menschlichen Arbeitskräfte durch Einwanderung möglich ist, so bleibt, wenn wir die Kriegsentschädigung durch Mehrausfuhr aufbringen sollen, die Verlängerung der Arbeitszeit als einziges Mittel übrig. In der Denkschrift der deutschen Sachverständigen für die Londoner Konferenz [1]) ist ausgerechnet worden, daß zur Erfüllung der Forderungen der Alliierten durch Ausfuhr eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit von 8 auf 14 Stunden erforderlich ist. Wenn auch von seiten der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften Deutschlands immer wieder darauf hingewiesen wird, daß die deutschen Arbeiter von dem lebhaften Gefühl unserer Leistungspflicht gegenüber den Alliierten durchdrungen seien, so denkt der deutsche Arbeiter doch jedenfalls nicht daran, aus diesem Gefühl heraus vom Achtstundentag auf eine tägliche Arbeitszeit von 14 Stunden überzugehen. Die deutschen Arbeiter haben allen Grund, sich nicht zu einer unangemessenen Arbeitszeit zugunsten der Alliierten zwingen zu lassen, und niemand bei uns wird sich damit einverstanden erklären können, daß die Forderungen der Alliierten uns mit einer solchen

[1]) Sammlung von Aktenstücken über die Verhandlungen auf der Konferenz zu London, S. 35.

Gefahr für unsere Volksgesundheit und einem solchen kulturellen Rückschritt bedrohen, wie sie ein 14stündiger Arbeitstag darstellt. Das Ausland kann aber nur dann in der Kriegsentschädigungsfrage klar sehen und die ausländischen Arbeiter, auf deren politischen Einfluß man in Deutschland bisher vergeblich gehofft hat, können nur dann auf eine vernünftige Revision des Vertrages von Versailles hinwirken, wenn die deutschen Arbeiter klar und einmütig aussprechen, wie weit sie ihrem Gefühl für Deutschlands Leistungspflicht durch vermehrte Arbeitsleistung praktischen Ausdruck geben wollen. Bei den Riesenwerten, welche die Alliierten uns bereits genommen haben, können die Unsummen, die sie jetzt noch von uns fordern, durch Hingabe von Vermögenswerten, wie wir später noch sehen werden, auch nicht annähernd aufgebracht werden. Eine Steigerung der Arbeitsleistung ist also unbedingt erforderlich.

Aber selbst wenn die erforderliche Vermehrung der Produktionsanlagen und der Arbeitsleistung gelingen würde, was ein begründeter Optimismus jedenfalls nicht erwarten kann, so würden der Steigerung der Ausfuhr immer noch große kaufmännische Schwierigkeiten im Wege stehen. Es ist ja nicht damit geschehen, daß in Deutschland möglichst viel Güter erzeugt werden, die wir im Inlande nicht brauchen und für die Ausfuhr nach dem Auslande übrig haben. Alle Leistungen der Arbeiter sind wertlos, wenn der Kaufmann keinen Absatz für die Waren zu schaffen vermag. Schon vor dem Kriege hat unsere Ausfuhr ein Zehntel der gesamten Ausfuhr aller Kulturstaaten ausgemacht; sie muß, wenn wir die Kriegsentschädigung durch Mehrausfuhr leisten sollen, künftig noch dreimal so groß werden. Deutschland wäre dann, wie in der Denkschrift der deutschen Sachverständigen für die Konferenz in London[1]) gesagt wird, „die zentrale industrielle Werkstätte der Erde, die zwar unter gedrückten Verhältnissen und zu Hungerlöhnen arbeitet, die aber mit der ganzen Leidenschaft und Zähigkeit eines um sein Leben ringenden Volkes und mit der ganzen Gewalt seines konzentrierten Produktionsapparates auf die Märkte der Erde wirken müßte". Werden das die alliierten Staaten dulden wollen? — Sie haben in den Reden ihrer Minister und in ihrer Presse schon deutlich genug zum Ausdruck gebracht, daß sie sich der unangenehmen deutschen Konkurrenz mit allen Mitteln erwehren wollen. Die Alliierten haben uns im Kriege das Eigentum unserer Auslandsdeutschen, unseren Besitz an ausländischen Wertpapieren und unsere Handelsflotte geraubt. Sie haben unzählige Auslandsdeutsche, Pioniere der deutschen Volkswirtschaft im Auslande, von ihren in fleißiger Arbeit errungenen Lebensstellungen, von Haus, Hof und Kontor verdrängt und in das enge Heimatland zurückgetrieben. Sie haben nichts unversucht gelassen, um den Krieg gegen das feindliche Privateigentum, der schon seit Jahrhunderten als abgeschafft galt und den Grundsätzen des neuzeitlichen Völkerrechts gerade zuwiderlief, in brutalster Weise gegen den gefürchteten deutschen Konkurrenten anzuwenden. Die Drosselparagraphen des Vertrages von Versailles stellen noch nicht den Abschluß dieses Kampfes dar. Mitten im Frieden haben die Alliierten ihren Kampf gegen den deutschen Konkurrenten fortgesetzt, indem England von dem Werte der deutschen Warenlieferungen 26 % zugunsten seiner Staatskasse beschlagnahmt hat und indem die Alliierten trotz der Unterzeichnung des Londoner Diktates die Zollinie rechts des Rheines aufrechterhalten haben, wozu nicht einmal der Zwangsvertrag von Versailles mit seinen unzähligen Verstößen gegen die elementarsten Rechtsbegriffe einen Schein des Rechtes gibt. Der finanzielle Ertrag dieser Zwangsmaßnahmen ist lediglich ein Vorwand, hinter dem die Alliierten das wahre Ziel, die Erschwerung und allmähliche Absperrung der Einfuhr deutscher Waren und die wirtschaftliche Abtrennung der Rheinlande vom Reiche zu verbergen suchen[1]). Der Versuch, die Kriegsentschädigung durch Steigerung der Ausfuhr zu leisten, scheitert also nicht nur an der inneren Schwäche unserer Volkswirtschaft, die durch die bisher durchgeführten Bestimmungen des Vertrages von Versailles und durch das Londoner Diktat hervorgerufen wird, sondern auch an dem Willen und an der Macht der Alliierten, die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkte im Inter-

[1]) Sammlung von Aktenstücken, S. 37.



[1]) Angeblich sollte die Zwischenzollinie östlich des Rheines am 15. September 1921 unter der Bedingung aufgehoben werden, daß die Alliierten die Handhabung der deutschen Einfuhrbewilligungen kontrollieren.

esse ihrer eigenen Ausfuhr mit den brutalsten Mitteln auch im sogenannten Frieden weiterhin zu bekämpfen.

Gegenüber den Schwierigkeiten der Ausfuhrsteigerung und gegenüber der Tatsache, daß mit der Ausfuhr auch unser Tribut an die Alliierten anwächst, erwarten viele Kreise eine Erleichterung unserer Kriegsentschädigungslast dadurch, daß die Alliierten uns für ihre Forderungen aus der Kriegsentschädigung Waren abnehmen wollen. Die Erwartungen auf einen Anteil an den Lieferungen für den Wiederaufbau in Nordfrankreich sind insofern nicht unbegründet, als verschiedene Zweige unserer Industrie durch die Zwangslieferungen an die Alliierten wohl für einige Zeit lohnende Beschäftigung finden können. Für unsere Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande stellen aber diese Lieferungen, deren Wert den deutschen Exporteuren vom Reiche rückvergütet werden muß, nur eine vorübergehende Entlastung dar. Wenn wir den Alliierten in Anrechnung auf die Kriegsentschädigung, d. h. also kostenlos, Waren liefern, so verlieren wir damit die Möglichkeit, durch den Verkauf dieser Waren nach neutralen Ländern im Zahlungsverkehr mit dem Auslande Forderungen zu gewinnen. Jedes neutrale europäische Land würde uns z. B. die Kohlen, die uns die Alliierten nur mit einem Bruchteil des Weltmarktpreises auf die Kriegsentschädigung anrechnen, zum vollen Weltmarktpreis abkaufen. Diese Einnahmen gehen uns durch die Zwangslieferungen verloren. Außerdem entziehen uns die Kohlenlieferungen an die Alliierten die Brennkraft, die unsere Industrie zur vollen Produktion gebraucht. Die Zwangslieferungen an die Alliierten stellen also nur bei solchen Waren eine Erleichterung unserer Leistungen an das Ausland dar, die im freien Handel nicht nach dem Auslande abgesetzt werden können und deren Lieferung keine Schwächung unserer volkswirtschaftlichen Produktion zur Folge hat. Würden wir einen Teil der Kriegsentschädigung durch Zwangslieferungen von Waren ableisten können, die, wie Brillanten, wertvolle Teppiche und andere Luxusgegenstände aus privatem Besitz, sonst für den Export nicht verwendet würden und für unsere volkswirtschaftliche Produktion entbehrlich sind, so würden die Zwangslieferungen eine Erleichterung der Kriegsentschädigungslast für uns bedeuten. Da das aber nicht der Fall ist, so stellen die Zwangslieferungen durchaus nicht das Ei des Kolumbus dar, für das sie vielfach noch gehalten werden. Die außerordentlich geringen Lieferungsaufträge für den Wiederaufbau in Frankreich, welche die französische Regierung auf die wiederholten deutschen Angebote hin in den vergangenen zwei Jahren gegeben hat, und die gründliche Abneigung Frankreichs gegen die Beteiligung deutscher Arbeitskräfte am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zeigen, daß die Alliierten lieber den Wiederaufbau verzögern, als durch Bestellungen in Deutschland ihren eigenen Industrien und ihren Arbeitern Aufträge vorzuenthalten. Unter diesen Umständen erscheint es sehr fraglich, ob die zwischen den Ministern Rathenau und Loucheur Ende August 1921 in Wiesbaden vereinbarte Höchstgrenze der Wiederaufbaulieferungen von 7 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 1. Mai 1926 von Frankreich ausgenutzt werden wird.



Da es nach dem Verlust unseres Auslandseigentums, unseres Besitzes an ausländischen Wertpapieren und unserer Handelsflotte, nach dem Raub der Überschußgebiete im Osten und Westen des Reiches und unserer Kolonien nicht möglich ist, den Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz einschließlich der finanziellen Kriegsentschädigung an die Alliierten durch Mehrausfuhr und Zwangslieferungen zu begleichen, so suchen die Alliierten den Eindruck von der Unerfüllbarkeit ihrer Forderungen abzuschwächen durch den Hinweis, daß wir Deutschen als die Besiegten eben sparen müßten und Einfuhrersparnisse auch wirklich erzielen könnten. So hat der französische Minister Doumer in der ersten Sitzung der Konferenz der Ententevertreter in Paris im Februar 1921 gesagt, daß Deutschland durch Sparsamkeit im eigenen Verbrauch seine Einfuhr auf 5 Milliarden Goldmark vermindern könnte. Auch der Reichskanzler Dr. Wirth hat in seiner Reichstagsrede vom 31. Mai 1921 hervorgehoben, daß wir an der Einfuhr sparen müßten. Es ist wohl richtig, daß wir durch Sparsamkeit die aus der Einfuhr entstehenden Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Auslande etwas herabsetzen können. Aber man überschätzt doch vielfach das mögliche Ausmaß dieser Ersparnisse. Unsere Einfuhr hat vor dem Kriege zu 15 % aus Fertigerzeugnissen, zu 11 % aus Halbfabrikaten und zu 74 % aus Rohstoffen und Nahrungs-

mitteln bestanden. Jede Beschränkung der Rohstoffeinfuhr muß unsere Ausfuhrfähigkeit vermindern. Eine nennenswerte Verminderung der Nahrungsmitteleinfuhr ist ebenfalls in absehbarer Zeit unmöglich. Wir brauchen im Gegenteil für eine ganze Reihe von Jahren zunächst eine Mehreinfuhr an Futter- und Düngemitteln, um die Erträge unserer Landwirtschaft wieder auf die Höhe zu bringen, und außerdem dauernd eine größere Einfuhr von Nahrungsmitteln, um den Verlust der Erträge der uns entrissenen landwirtschaftlichen Überschußgebiete im Osten des Reiches ausgleichen zu können.

An der Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln können wir also ohne Schädigung der Gesamtleistung unserer Volkswirtschaft keine Ersparnisse erzielen. Dagegen können wir wohl sparen an Genußmitteln. Insofern ist der Gedanke der Einfuhrersparnisse wirklich beachtlich. Wir können Zigarren, Zigaretten, Kaffee, Tee, Schokolade, Südfrüchte, Weine, Schaumweine und Branntweine ohne Schaden für unsere Volkswirtschaft mit hohen Luxuszöllen belegen und so von unseren Grenzen fernhalten. Zigarren und Zigaretten können wir durch Verarbeitung von Rohtabak genug im eigenen Lande herstellen. Für Kaffee und Tee finden sich im Lande genießbare und zuträgliche Ersatzmittel. Kaffee, Tee und Südfrüchte sind zur Zeit unserer Väter Luxus gewesen; sie können es ohne Schaden künftig wieder werden. Auch fremde Weine und Branntweine können wir entbehren. Der Gesamtwert der Einfuhr von Zigarren und Zigaretten, Kaffee, Tee, Schokolade, Südfrüchten und Wein hat im Jahre 1913 306 Millionen Goldmark betragen. Wenn man annimmt, daß diese Waren infolge Steigerung der Weltmarktpreise auf die Dauer in Goldmark etwa um 50 % teurer sein werden als 1913, so können wir durch ihre völlige Absperrung eine Einfuhrersparnis von 460 Millionen Goldmark jährlich erzielen. Dieser an sich gegebenen Ersparnismöglichkeit steht aber das Streben der Alliierten gegenüber, ihren Waren einen möglichst großen Absatz zu verschaffen. Jedermann in Deutschland erinnert sich noch der Zeit nach dem Waffenstillstande, in der die Alliierten unter Ausnutzung ihrer militärischen Gewalt unsere Einfuhrkontrolle an der Westgrenze des Reiches unmöglich machten und auf diese Weise die Einfuhr unsinniger Mengen von



Zigaretten, Schokolade, Weinen, Seife, Parfüm u. dgl. aus ihren Ländern erzwangen. Nach Errichtung der Zwischenzollinie zwischen dem besetzten Rheinland und dem übrigen Deutschland sind wiederum Genußmittel aus den Ländern der Alliierten in großer Menge über die westliche Reichsgrenze hereingeströmt. Die Aufhebung der Zwischenzollinie am Rhein haben die Alliierten von der Bedingung abhängig gemacht, daß sie zugunsten der Einfuhr ihrer Waren nach Deutschland die Handhabung der deutschen Einfuhrbewilligungen durch eine besondere Kommission überwachen lassen. Überdies hat Frankreich auf Grund des Vertrages von Versailles die zollfreie Einfuhr elsaß-lothringischer Waren, darunter auch elsaß-lothringischer Weine in größeren Mengen durchgesetzt, als die Weinernte Elsaß-Lothringens vor dem Kriege nach der Statistik ergeben hat. — Die Alliierten verweisen uns aus Propagandarücksichten auf Sparsamkeit, machen sie uns aber um ihrer eigenen Handelsvorteile willen selbst unmöglich.

Noch schwerer als bei den Genußmitteln und Luxuswaren ist die Erzielung von Einfuhrersparnissen bei Halbfabrikaten. Um die fremden Halbfabrikate entbehren zu können, müssen wir im Inlande die Industrie zur Herstellung der bisher eingeführten Halbfabrikate entwickeln und die Rohstoffeinfuhr entsprechend vergrößern. Auf die Einfuhr fremder Fertigerzeugnisse, die im volkswirtschaftlichen Sinne als Luxus anzusprechen sind, können wir allerdings verzichten. Aber soweit die bisher aus dem Auslande bezogenen Fertigerzeugnisse für unsere Volkswirtschaft unentbehrlich sind, müssen wir auch sie im Inlande herstellen und die Rohstoffeinfuhr entsprechend steigern. Um welche Summen unsere Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande durch die lückenlose Einfuhrsperre gegen fremde Halb- und Fertigerzeugnisse entlastet werden könnte, läßt sich ungefähr in Zahlen abschätzen. Wenn wir wie oben annehmen, daß in Zukunft alle Waren infolge der Preissteigerung auf dem Weltmarkte durchschnittlich um die Hälfte teurer sein werden als vor dem Kriege, so brauchen wir bei voller Produktion unserer Volkswirtschaft in den engeren Reichsgrenzen, die uns der Vertrag von Versailles aufgezwungen hat, nach unserer Berechnung auf S. 27 und 30, eine Einfuhr von rund 18 Milliarden Goldmark jährlich. Durch die Absperrung fremder Fertigerzeugnisse

würden wir davon etwa 15 % = 2,7 Milliarden Goldmark ersparen können. Die Einfuhrsperre gegen fremde Halbfabrikate würde eine weitere Ersparnis von 11 % auf 18 Milliarden Goldmark = 1,98 Milliarden Goldmark erbringen. Von den durch die Einfuhrsperre gegen Halb- und Fertigerzeugnisse ersparten 4,68 Milliarden Goldmark muß aber der Wert der Rohstoffe abgezogen werden, die wir einführen müssen, um damit die bisher aus dem Auslande eingeführten Halb- und Fertigerzeugnisse im eigenen Lande herstellen zu können. Nehmen wir an, daß der Wert der Rohstoffe etwa die Hälfte des Wertes der nicht mehr eingeführten Halb- und Fertigerzeugnisse ausmacht, so bleibt nur eine Ersparnis von 2,3 Milliarden Goldmark durch die Einfuhrsperre gegen sämtliche fremden Halb- und Fertigerzeugnisse übrig. Dazu kommt die oben berechnete Einfuhrersparnis von etwa ½ Milliarde Goldmark für Genußmittel. Wir können also selbst bei völliger Absperrung aller fremden Genußmittel und aller ausländischen Halb- und Fertigerzeugnisse unsere normale Einfuhr von 18 Milliarden Goldmark nur auf 15,2 Milliarden Goldmark herabsetzen. Die Behauptung des französischen Ministers Doumer, die deutsche Einfuhr könne durch Ersparnisse auf 5 Milliarden Goldmark herabgesetzt werden, ist also entweder eine Utopie, die von völligem Mangel an Sachkenntnis zeugt, oder eine wissentlich falsche Darstellung.

Auch die Möglichkeit, bei voller Produktion der deutschen Volkswirtschaft die Einfuhr von 18 Milliarden Goldmark durch Ersparnisse auf 15,2 Milliarden Goldmark herabzusetzen, ist nur dann gegeben, wenn die Alliierten die Aufrichtigkeit ihrer Mahnungen zur Sparsamkeit dadurch bekunden, daß sie auf die Einfuhr sämtlicher Halb- und Fertigerzeugnisse und Genußmittel nach Deutschland verzichten und auch die Neutralen zu einem gleichen Verzichte veranlassen. Das ist aber eine vollständige Utopie. Die Alliierten haben uns nicht im Vertrag von Versailles das Zugeständnis abgepreßt, ihnen für die Einfuhr ihrer Waren einseitig die Meistbegünstigung einzuräumen, um dann freiwillig auf die Einfuhr ihrer Waren nach Deutschland zu verzichten. Sie haben schon genug eingebüßt an dem Absatz nach Rußland, dessen Handelsfähigkeit durch den Bolschewismus fast auf Null herabgesunken ist, und durch die geringe Aufnahmefähigkeit Österreichs, welche die Alliierten ihrer eigenen kurzsichtigen und handelsfeindlichen Politik zu verdanken haben. Die Aufreißung unserer Zollgrenze im besetzten Gebiet vom Waffenstillstand ab bis in den Sommer 1920 hinein, die Zwischenzollinie zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland und ihre Handhabung durch die Besatzungsbehörden der Alliierten und das zollfreie Einfuhrkontingent elsaßlothringischer Waren haben uns zur Genüge gezeigt, was wir von den Alliierten zu erwarten haben. Sie werden uns weiter unseren mangelnden Willen zur Sparsamkeit vorwerfen und uns auch nach der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen jede Möglichkeit nehmen, mit dem Sparen bei der Einfuhr ernst zu machen.



Da die Erkenntnis sich immer weiter Bahn bricht, daß wir den Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz weder durch Ausfuhrsteigerung, noch durch Zwangslieferungen an die Alliierten und durch Einfuhrersparnisse beseitigen können, so wird vielfach neuerdings von der Notwendigkeit gesprochen, einen erheblichen Teil der Kriegsentschädigung durch *Hingabe von Teilen unseres Volksvermögens an das Ausland* zu bezahlen. Man denkt dabei besonders an die sogenannten Goldmarkwerte, d. h. diejenigen Teile unseres Volksvermögens, die im Gegensatz zu dem fallenden Wert der Papiermark einen gewissen Sachwert behalten, also namentlich an den landwirtschaftlichen und städtischen Boden und an die Produktionsanlagen der Industrie. Nun gibt zwar die Unterscheidung zwischen Goldmarkwerten und Papiermarkwerten im Inlande für die Beurteilung der Vermögensverschiebungen und der Steuerkraft der verschiedenen Kreise unseres Volkes gewisse Aufschlüsse, für die richtige Beurteilung unserer Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande ist aber diese Unterscheidung zwischen Goldmarkwerten und Papiermarkwerten unzureichend. Das Ausland kann nur diejenigen Teile unseres Volksvermögens als Goldmarkwerte ansehen, die Gold oder goldwertige Devisen einbringen. Diese Goldwerte, zu denen das deutsche Eigentum im Ausland, unser Besitz an ausländischen Wertpapieren, unsere Handelsflotte und unsere abgetretenen Gebiete gehören, in denen ja jetzt fremde Währung gilt, haben wir aber den Alliierten nach dem Vertrage von Versailles bereits abtreten müssen. Was wir an Volksvermögen

im Inlande noch behalten haben, bringt nur Papiermark ein, mag es sich nun um landwirtschaftlichen oder städtischen Boden oder um industrielle Produktionsanlagen handeln. Wenn das Ausland bei uns Boden oder industrielle Anlagen kauft, so muß es sich deren Papiermark-Erträgnisse immer erst wieder in fremde Devisen umtauschen, um Goldmarkwerte zu bekommen. Dieser Umtausch der Papiermarkeinkünfte des Auslandes in fremde Devisen muß dann genau so auf die Markvaluta drücken, wie jeder deutsche Ankauf fremder Devisen oder ausländischer Rohstoffe und Waren mit Hilfe der Papiermark. So erklärt es sich auch, daß das Ausland gar nicht besonders darauf bedacht ist, etwa Hypothekenpfandbriefe oder festverzinsliche Hypotheken und Obligationen in Deutschland zu erwerben. Der ausländische Besitzer solcher Werte sieht eben seine Einkünfte daraus im Gelde seines Landes nach jeder weiteren Entwertung der Papiermark immer weiter zurückgehen. Nur bei Industriepapieren ist der Rückgang der Einkünfte des Auslandes aus dem Erwerb sogenannter Goldmarkwerte in Deutschland bisher zum Teil dadurch ausgeglichen worden, daß bei fallender Markvaluta die Kurse der deutschen Aktien gestiegen sind. Wir können also auch von dem Verkauf der sogenannten Goldmarkwerte an das Ausland oder von der Eintragung von Zwangshypotheken auf die sogenannten Goldmarkwerte, nämlich auf landwirtschaftlichen und städtischen Boden, auf Häuser und Industrieanlagen einen Ausgleich des Passivsaldos unserer Zahlungsbilanz nicht erwarten, weil es sich hierbei im Sinne der Zahlungsbilanz nicht um Goldmarkwerte, sondern um Papiermarkwerte handelt.

Wenn die Unmöglichkeit des Ausgleiches unserer Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande bisher noch nicht für jedermann deutlich in die Erscheinung getreten ist, so liegt das nur daran, daß das Ausland seit dem Waffenstillstande unsere Papiermark in Zahlung genommen hat. In dieser Annahme des deutschen Papiergeldes durch das Ausland liegt auch für die Zukunft die einzige Möglichkeit für uns, unsere Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Auslande erfüllen zu können. Nur solange das Ausland uns die Papiermark abnimmt, können wir Kriegstribute zahlen.

Wie kommt es, daß das Ausland unsere Papiermark überhaupt nimmt? — Für diese Tatsache gibt es verschiedene Erklärungen. Die gewaltigen Leistungen Deutschlands im Kriege gegen vier Fünftel aller Völker und Länder der Erde haben im Auslande trotz der feindlichen Lügenpropaganda eine sehr hohe Meinung von deutscher Leistungsfähigkeit hinterlassen. Der Glaube des Auslandes, daß wir trotz der gewaltigen Kriegsentschädigung an die Alliierten, durch Tüchtigkeit und Energie unsere Volkswirtschaft bald wieder auf ihre frühere Höhe bringen werden, ist durch die Propaganda der Alliierten sogar noch verstärkt worden, die unausgesetzt in aller Welt die Nachricht verbreitet haben, daß Deutschland 287 Milliarden Goldmark sicher zahlen könne, wenn es nur den guten Willen dazu habe. Der Glaube an unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist namentlich in Amerika weiter gestärkt worden durch die Unkenntnis europäischer und besonders deutscher Verhältnisse und durch das Unvermögen, sich von den volkswirtschaftlichen und finanziellen Wirkungen der im Versailler Vertrage und im Londoner Diktat mechanisch addierten Höchstforderungen der Alliierten aus der Ferne ein zutreffendes Bild zu machen. So kommt es, daß das Ausland unsere Papiermark in großem Umfange als Spekulationsobjekt aufgenommen hat. Abgesehen davon nimmt das Ausland unsere Papiermark aber auch deshalb, weil es in Deutschland günstige Anlage für sein Kapital zu finden hofft. Schließlich sieht sich das Ausland bei der Notwendigkeit, für seine Waren in Deutschland Absatz zu suchen, vielfach geradezu gezwungen, die Zahlung in Papiermark anzunehmen, weil sonst der Absatz nach Deutschland erheblich eingeschränkt werden müßte. Diese Zwangslage des Auslandes tritt namentlich bei denjenigen Waren in die Erscheinung, in denen zur Zeit infolge des Ausfalles von mehreren hundert Millionen Käufern im Osten Europas eine gewisse Überproduktion herrscht.



Einen Maßstab dafür, wieviel deutsches Papiergeld das Ausland schon in Zahlung genommen hat, bietet der Einfuhrüberschuß, den wir aus der Kriegszeit übernommen haben und der seit dem Waffenstillstande noch erheblich angewachsen ist. Wir betrachten zunächst den Einfuhrüberschuß aus der Kriegszeit.

Deutschland hat während des Krieges für 30 Milliarden

Goldmark Waren aus dem neutralen Auslande eingeführt, während es selbst nur für 15 Milliarden Goldmark Waren dorthin geliefert hat. Von der Einfuhr während des Krieges sind also durch die Ausfuhr nur 15 Milliarden Goldmark beglichen worden. Von dem verbliebenen Einfuhrüberschuß von 15 Milliarden Goldmark sind weitere 4 Milliarden durch Wertpapiere und 1 Milliarde durch Goldmark bezahlt worden. Nach Abschluß des Waffenstillstandes war also aus der Kriegszeit noch ein Einfuhrüberschuß von 10 Milliarden Goldmark vorhanden, von dem wir annehmen, daß er inzwischen zu einem durchschnittlichen Valutastande von 1 zu 5 in Papiermark bezahlt worden ist. Der restliche Einfuhrüberschuß von 10 Milliarden Goldmark aus der Kriegszeit entspricht demnach einem Wert von 50 Milliarden Papiermark. Hierzu kommt dann der Wert des Einfuhrüberschusses, der seit dem Waffenstillstande entstanden ist.

Im Jahre 1919 hat nach amtlichen Angaben der Einfuhrüberschuß unter Berücksichtigung der über das besetzte Gebiet im Westen unkontrolliert ein- und ausgeführten Warenmengen 30,3 Milliarden Papiermark betragen[1]).

Für das Jahr 1920 hat das Statistische Reichsamt bisher nur den Wert der Ausfuhr bekanntgegeben, der nach Abzug der Zwangslieferungen an die Alliierten und nach Abzug der Ausfuhr von Gold und Silber 69,3 Milliarden Papiermark = rund 5 Milliarden Goldmark betragen hat. Den Wert der Einfuhr im Jahre 1920 hat das Statistische Amt noch nicht veröffentlicht, da die Einfuhrwerte zum Unterschiede von den Ausfuhrwerten durch Schätzungen ermittelt werden müssen, die mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sind. Wir sind also darauf angewiesen, den Einfuhrüberschuß im Jahre 1920 an Hand bereits vorliegender Schätzungen annäherungsweise zu ermitteln. Für die Monate Januar bis einschließlich Mai 1920 haben wir in der Schrift „Valuta-Elend und Friedensvertrag“[2]) den Einfuhrüberschuß auf 23 Milliarden Papiermark angegeben. Über diese Schätzung hinausgehend hat Reichsbankpräsident v. Havenstein auf der Sachverständigenkonferenz in Brüssel[1]) den Einfuhrüberschuß in den Monaten Januar bis einschließlich Juni 1920 auf 37 Milliarden Papiermark beziffert. Diese Zahl ist dann von Berlin aus in einem ergänzenden Bericht auf 34,4 Milliarden Papiermark herabgesetzt worden[2]). Ferner hat der Reichsbankpräsident v. Havenstein im Dezember 1920 vor dem Steuerausschuß des Reichstags gesagt, daß der Einfuhrüberschuß auch im zweiten Halbjahr 1920 nach seiner Schätzung noch monatlich 5 bis 6 Milliarden Papiermark betragen habe. Demnach würde nach Ansicht des Reichsbankpräsidenten der Einfuhrüberschuß vom Januar bis einschließlich Dezember 1920 etwa 70 Milliarden Papiermark betragen haben. Im Gegensatz zu den Angaben des Reichsbankpräsidenten haben die deutschen Sachverständigen in der Denkschrift „Die wirtschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse“, die auf der Londoner Konferenz vom 1. bis 7. März 1921 überreicht worden ist, den Einfuhrüberschuß für das ganze Jahr 1920 mit 2,5 Milliarden Goldmark[3]) angenommen, was bei einer Entwertung der Papiermark gegenüber dem Dollar im Verhältnis von 1 zu 14 im Durchschnitt des Jahres 1920 einem Einfuhrüberschuß von 35 Milliarden Papiermark entsprechen würde. Wir würden dazu neigen, den Einfuhrüberschuß im Jahre 1920 auf eine Summe zu schätzen, die zwischen der Schätzung der deutschen Sachverständigen und derjenigen des Reichsbankpräsidenten liegt. Da wir aber bestrebt sind, unsere Lage nicht zu ungünstig, sondern eher etwas günstiger anzusehen, so wollen wir hier immerhin den Einfuhrüberschuß im Jahre 1920 den deutschen Sachverständigen folgend mit 35 Milliarden Papiermark annehmen.

Zu dem Einfuhrüberschuß aus der Kriegszeit in Höhe von 50 Milliarden Papiermark und dem Einfuhrüberschuß im Jahre 1919 in Höhe von 30,3 Milliarden Papiermark kommt also für das Jahr 1920 ein Einfuhrüberschuß von 35 Milliarden

[1]) Vgl. nähere Entwicklung dieser Ziffer in „Valuta-Elend und Friedensvertrag“ 2. Auflage, S. 54.

[2]) 2. Auflage, S. 59.



[1]) Sammlung von Aktenstücken über die Verhandlungen auf der Sachverständigenkonferenz zu Brüssel vom 16. bis 22. Dezember 1920, S. 15.

[2]) Vgl. dieselbe Sammlung von Aktenstücken, S. 114.

[3]) Sammlung von Aktenstücken über die Verhandlungen auf der Konferenz zu London vom 1. bis 7. März 1921, S. 31.

Papiermark hinzu, so daß sich ein Gesamt-Einfuhrüberschuß von 115,3 Milliarden Papiermark ergibt. Von dieser Summe ist abzuziehen die Ausfuhr von etwa 1 Milliarde Goldmark in ausländischen Wertpapieren aus deutschem Besitz und von 1½ Milliarden Mark Gold aus dem Schatze der Reichsbank, die nach dem Waffenstillstande stattgefunden hat und gemäß der Unterwertigkeit der Mark im Durchschnitt des Jahres 1919 etwa mit 12½ Milliarden Papiermark zu berechnen ist. Den Einfuhrüberschuß bis zum 31. Dezember 1920 berechnen wir demnach folgendermaßen:

| | Milliarden Papiermark |
|---|---|
| 1. Wert des Einfuhrüberschusses aus der Kriegszeit . . | 50,0 |
| 2. Wert des Einfuhrüberschusses im Jahre 1919 . . | 30,3 |
| 3. Wert des Einfuhrüberschusses im Jahre 1920 . . | 35,0 |
| | 115,3 |
| 4. Davon ab für Ausfuhr ausländischer Wertpapiere und für Gold aus dem Schatze der Reichsbank . . | 12,5 |
| Einfuhrüberschuß bis 31. Dezember 1920 | 102,8 |
| oder rund | 103,0 |

Zu dieser Summe des Einfuhrüberschusses bis einschließlich Dezember 1920 kommen noch eine Reihe weiterer Zahlungen an das Ausland, die wir ebenfalls nur dadurch haben begleichen können, daß das Ausland deutsche Papiermark in Zahlung genommen hat. Hierher gehören die Zahlungen an ausländische Reeder für Seetransporte, ferner die Zinsen, Dividenden und sonstigen Einkünfte des Auslandes aus der Anlage seines Kapitals in Deutschland und schließlich diejenigen Summen, die Deutschland den alliierten Staaten bei der zwischenstaatlichen Abrechnung der gegenseitigen Vorkriegsschulden auf Grund des Vertrages von Versailles bis Ende 1920 hat zahlen müssen. Wir nehmen an, daß diese Zahlungen zusammen mindestens 15 Milliarden Papiermark ausgemacht haben. Da sich nun außerdem von der Kriegszeit her in Belgien noch 7 Milliarden und in Frankreich noch 2 Milliarden deutsche Banknoten befinden, die von der französischen und der belgischen Regierung übernommen worden sind, so kommen wir auf eine Gesamtsumme von 127 Milliarden Papiermark, die bis einschließlich Dezember 1920 das Ausland von uns in Zahlung genommen hat.



Wie weit diese Summe sich inzwischen noch vergrößert hat, läßt sich schwer sagen, weil vorläufig noch jeder Anhalt über den bisherigen Einfuhrüberschuß im Jahre 1921 fehlt. Es steht außer Zweifel, daß das Ausland im Jahre 1921 noch mehr Papiermark von uns aufnehmen muß als im Jahre 1920, da wir ja im Jahre 1921 zum ersten Male Raten auf die finanzielle Kriegsentschädigung an die Alliierten zahlen müssen. Wir halten es sehr wohl für möglich, daß Einfuhrüberschuß und Kriegsentschädigungsraten zusammen im Jahre 1921 60 bis 70 Milliarden Papiermark erreichen.

Was hat das Ausland mit den bis zum 31. Dezember 1920 von ihm in Zahlung genommenen 127 Milliarden Papiermark angefangen? Einen Teil davon hat das Ausland dazu benutzt, uns laufende Warenkredite zu geben. Unter Berücksichtigung der bisherigen Höhe der Einfuhr schätzen wir diese laufenden Warenkredite des Auslandes auf 17 Milliarden Papiermark. Ein weiterer Teil der 127 Milliarden — nach unserer Schätzung bis zum 31. Dezember 1920 30 Milliarden Papiermark — befindet sich in Gestalt deutscher Banknoten im Auslande. Davon sind, wie wir bereits erwähnt haben, aus der Zeit der deutschen Kriegsbesetzung her 7 Milliarden Mark noch im Besitz der belgischen Regierung und 2 Milliarden noch im Besitz der französischen Regierung. Die übrigen 21 Milliarden Papiermark sind von ausländischen Markspekulanten aufgekauft worden. Anfänglich haben sich ausländische Geschäftsleute und Banken in der Erwartung eines Steigens der Mark mit dieser Spekulation befaßt. Mit der Zeit ist aber die Marknotenspekulation in immer größerem Umfange ein beliebtes Geschäft der sogenannten kleinen Leute, der Hotelportiers, der Kellner, der kleinen Handwerker, der Ärzte und Rechtsanwälte, aber auch der Arbeiter und Matrosen des neutralen und des ehemals feindlichen Auslandes geworden. Bestärkt worden ist die Marknotenspekulation im Auslande durch die optimistische Auffassung des Auslandes von unserer wirtschaftlichen Zukunft, auf die wir oben schon hingewiesen haben, und ferner durch die Tat-

sache, daß die sogenannten kleinen Leute nicht gewohnt sind, Bankkonten zu halten und auf die Verzinsung ihrer Anlagewerte Gewicht zu legen. Nicht zuletzt hat wohl auch der Gedanke der Steuerhinterziehung die Marknotenspekulation im Auslande gefördert. Für unsere Zahlungsbilanz bedeutet gerade diese Spekulation des Auslandes eine erhebliche Entlastung. Solange das Ausland sie noch weiter treibt, wird sich die deutsche Wirtschaft mit Hilfe der Notenpresse forthelfen können. Außer zu Warenkrediten und zu Marknotenspekulationen hat das Ausland unsere Papiermarkzahlungen aber auch dazu benutzt, um auf deutschen und ausländischen Banken Markguthaben zu unterhalten und um kurzfristige deutsche Schatzanweisungen zu kaufen. Nach unserer Schätzung kann das Ausland in *Bankkrediten und kurzfristigen Schatzanweisungen* bis Ende 1920 etwa 30 *Milliarden Papiermark* angelegt haben. Es bleiben dann von den insgesamt 127 Milliarden Papiermark noch 50 *Milliarden Papiermark* übrig. Diese gewaltige Summe hat das *Ausland* dazu benutzt, um in *Deutschland* Grundstücke, Häuser, Wertpapiere, Geschäftsanteile und andere *Vermögenswerte*, die für die Ausfuhr nicht in Betracht kommen, zu erwerben oder eigene Unternehmungen in Deutschland zu begründen. Zweifellos hat auch diese Anlage ausländischen Kapitals in Deutschland zunächst eine erhebliche Entlastung unserer Zahlungsbilanz zur Folge. Die Veräußerung von Volksvermögen an das Ausland hat uns zum großen Teil die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln seit Kriegsbeginn überhaupt erst möglich gemacht. Aber trotz der Notwendigkeit darf man sich über die große Gefahr dieser Entwicklung nicht täuschen, die darin liegt, daß das Ausland heute bei uns Grundstücke, Häuser, Aktien und Geschäftsanteile in Goldmark erheblich billiger kaufen kann als vor dem Kriege.

Für *landwirtschaftliche Grundstücke* werden heute im Reiche durchschnittlich in Papiermark je nach der Größe der Güter die vier- bis sechsfachen Vorkriegspreise gezahlt, wobei die Preissteigerung bei den kleineren Gütern größer ist. Ein Gut, das vor dem Kriege 100 000 Goldmark gekostet hat, kann also der Ausländer heute bei uns im Durchschnitt etwa für 500 000 Papiermark kaufen. Da die Papiermark gegenüber der Goldmark im Aus-



lande am 30. Juni 1921 auf den fünfzehnten Teil entwertet war[1]), so brauchte der Ausländer für das Landgut zum Preise von 500 000 Papiermark an diesem Tage nur 33 300 Goldmark zu bezahlen, also nur den *dritten Teil* des Preises, den er vor dem Kriege dafür hätte geben müssen.

Die *städtischen Hausgrundstücke* sind für den Ausländer noch erheblich billiger als die landwirtschaftlichen. Der Ertragswert der städtischen Wohnhäuser ist gegenüber der Zeit vor dem Kriege dadurch erheblich vermindert worden, daß die Mieten durch Höchstmietenverordnungen künstlich niedrig gehalten worden sind. Die Hausbesitzer dürfen heute die Mieten gegenüber den Preisen von 1914 im Durchschnitt des Reiches nur um etwa 50 % steigern. Diese geringe Mietsteigerung in Papiermark wird aber durch die erhöhten Verwaltungs- und Instandhaltungskosten vollständig aufgezehrt. So kommt es, daß die städtischen Wohnhäuser heute in Papiermark nur ebensoviel an Mieten einbringen, wie sie vor dem Kriege in Goldmark abgeworfen haben. Am niedrigsten ist der Ertragswert bei Miethäusern mit kleinbürgerlichen Wohnungen. Daher kommt es, daß sich für diese Häuser heute nur selten Käufer finden. Für Häuser mit größeren Wohnungen werden schon eher Preise gezahlt, die über den heutigen Ertragswert etwas hinausgehen. Besser werden unter den Miethäusern die Geschäftshäuser beurteilt, deren Verkaufspreise gegenüber 1914 in Papiermark zuweilen um 75 bis 100 % gestiegen sind, während Villen sogar die zwei- bis zweieinhalbfachen Vorkriegspreise erzielen. Hierbei handelt es sich aber um besondere Liebhaberpreise, die in der Hoffnung auf eine spätere Steigerung des Ertragswertes der Häuser bezahlt werden. Selbst wenn wir von der sehr günstigen Annahme ausgehen, daß die an Ausländer verkauften Häuser im Durchschnitt in Papiermark die dreifachen Preise von 1914 erzielen, so bedeutete das Ende Juni 1921 bei der fünfzehnfachen Entwertung der Papiermark gegenüber der Goldmark im Aus-

---

[1]) In Übereinstimmung damit setzte die Reichsbank am 30. Juni 1921 den Preis für den Ankauf von Goldmünzen auf 300 Papiermark für ein goldenes Zwanzigmarkstück fest. Ende August 1921 war die Mark gegenüber dem amerikanischen Dollar bereits auf den 20. Teil entwertet.

lande, daß der Ausländer in Goldmark nur den fünften Teil des Preises für Häuser bei uns zu zahlen brauchte, den er im Jahre 1914 hätte anlegen müssen.

Aber nicht nur landwirtschaftliche Grundstücke und städtische Häuser, sondern auch Aktien und Geschäftsanteile von industriellen Werken kann der Ausländer heute in Deutschland in Goldmark viel billiger kaufen als vor dem Kriege. Da im allgemeinen angenommen wird, daß es der Industrie am besten gelungen sei, ihre Erträge entsprechend der Entwertung der Mark zu steigern, so wollen wir die Tatsache des billigen Ankaufes von Industriewerken durch das Ausland näher betrachten. Richard Calwer hat im Märzheft 1921 seiner „Monatlichen Diagnose der deutschen Wirtschaft" Kurse einer ganzen Reihe von Industrieaktien nach dem Stande vom 15. März 1921 aus der Papiermark in Goldmark umgerechnet. Er hat dabei in Anlehnung an die Kaufkraft der Mark im Inlande mit einer zehnfachen Entwertung der Papiermark gegenüber der Goldmark gerechnet, weil es ihm darauf ankam, die Entwertung der Vermögen für ihre deutschen Besitzer darzustellen. Wir wollen hier zeigen, wie billig der Ausländer deutsche Industrieaktien kaufen kann. Deshalb dividieren wir den Gesamtwert der alten und der neuen Aktien in Papiermark entsprechend der Entwertung der Papiermark im Auslande am 30. Juni 1921 durch 15. Das Ergebnis unserer Berechnungen, die im Anhang in der Tabelle 1 zusammengefaßt sind und die Vermehrung des Aktienkapitals bis Mitte 1921 berücksichtigen, stellt sich folgendermaßen dar:



| Aktiengesellschaft | Kurs der Stammaktien | | Verhältnis des Kurswertes des Stammaktienkapitals am 30. Juni 1921 zu demjenigen am 30. Juni 1914 unter Berücksichtigung der Aktienvermehrung in Goldmark |
|---|---|---|---|
| | am 30. Juni 1914 in Goldmark | am 30. Juni 1921 in Papiermark | |
| Deutsch-Luxembg. Bergw. . . | 127,10 | 359,75 | 18 % |
| Gelsenkirchener Bergw.-Ges. . | 181,90 | 389,75 | 15 % |
| Harpener Bergbau . . . . | 177,10 | 553,50 | 24 % |
| Hoesch, Eisen- u. Stahlw. . . | 311,10 | 849,50 | 38 % |
| Phoenix, Bergbau-A.-G. . . | 235,— | 760,— | 50 % |
| Augsb.-Nürnbg. Masch.-Fabrik | 180,— | 485,25 | 76 % |
| Gasmotorenfabrik Deutz . . | 121,— | 342,50 | 29 % |
| Allgem. Elektrizitäts-Ges. . . | 240,30 | 305,— | 17 % |
| Siemens, Elektr.-Betr.-A.-G. . | 112,50 | 125,— | 16 % |
| Bremer Wollkämmerei . . . | 289,25 | 575,— | 20 % |
| Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei . . | 141,50 | 480,— | 22 % |
| Kammgarnspinnerei Düsseldorf | 131,25 | 549,— | 27 % |
| Kammgarnspinnerei zu Leipzig | 151,25 | 575,— | 50 % |
| Leipziger Baumwollspinnerei . | 227,— | 552,— | 37 % |
| Mechan. Baumwollspinnerei u. Weberei, Augsburg . . . | 202,— | 638,— | 31 % |
| Vereinigte Glanzstoff-Fabriken | 596,— | 850,— | 51 % |
| Dortmunder Union-Brauerei . | 393,— | 558,— | 21 % |
| Leipziger Bierbrauerei (Riebeck) | 162,— | 295,— | 27 % |
| Hamburg-Amerika-Paketfahrt-A.-G. . . . . . . . . | 125,80 | 165,50 | 9 % |
| Norddeutscher Lloyd . . . . | 109,50 | 147,75 | 17 % |

Aus unserer Übersicht, zu der eine Reihe namhafter Werke aus verschiedenen Industriezweigen ohne jede Tendenz ausgewählt worden ist, geht hervor, wieviel billiger heute der Ausländer bei uns Industrieaktien kaufen kann. Die genaue Berechnung (vergleiche die Tabelle 1 im Anhang) ergibt, daß der Wert des gesamten Stammaktienkapitals der aufgeführten Werke einschließlich der Aktienvermehrungen bis Mitte 1921 in Goldmark nur 25 % des Wertes des gesamten Stammaktienkapitals derselben Werke am 30. Juni 1914 gleichkommt.

Bei den Großbanken liegen die Verhältnisse nicht besser, wie folgende Übersicht zeigt:

| | Kurs der Stammaktien | | Verhältnis des Kurswertes des Stammaktienkapitals am 30. Juni 1921 zu demjenigen am 30. Juni 1914 unter Berücksichtigung d. Aktienvermehrung in Goldmark |
|---|---|---|---|
| | am 30. Juni 1914 in Goldmark | am 30. Juni 1921 in Papiermark | |
| Deutsche Bank . . . . | 234,— | 322,50 | 17 % |
| Diskonto-Gesellschaft . . | 183,10 | 273,50 | 15 % |
| Dresdner Bank . . . . | 146,90 | 227,— | 17 % |

Die genaue Rechnung (vergleiche die Tabelle 1 im Anhange) ergibt, daß das gesamte Stammaktienkapital der drei D-Banken am 30. Juni 1921 unter Berücksichtigung der Aktienkurse und der Vermehrung des Stammaktienkapitals bis Mitte 1921 in Goldmark nur 16 % des Wertes ihres gesamten Stammaktienkapitals am 30. Juni 1914 dargestellt hat.

Unsere Untersuchung zeigt, daß das Ausland heute diejenigen Teile unseres Volksvermögens, die man neuerdings als Goldmarkwerte bezeichnet, nämlich landwirtschaftlichen Grund und Boden, städtische Hausgrundstücke und industrielle Produktionsanlagen in Goldmark zu einem Bruchteil derjenigen Preise erwerben kann, die es im Juni 1914 hätte anlegen müssen. Je billiger aber das Ausland bei uns Vermögenswerte kaufen kann, desto bedenklicher sind die Gefahren des Ausverkaufes unseres Produktivvermögens. Das wird noch von weiten Kreisen unseres Volkes verkannt, die der Meinung sind, daß infolge der Preissteigerung auf dem Weltmarkte auch der Goldmarkwert unseres Volksvermögens gegenüber 1914 gestiegen sei und daß wir ohne dauernden Schaden die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln und die Kriegsentschädigungsforderungen der Alliierten solange durch Hingabe von Teilen unseres Volksvermögens bezahlen können, bis wir durch den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft in die Lage versetzt werden, unser Produktivvermögen vom Auslande allmählich wieder zurückzukaufen. Unsere Untersuchung hat gezeigt, wie unbegründet dieser Optimismus ist und wie sehr der Goldmarkwert unseres Volksvermögens gegenüber 1914 zurückgegangen ist. Wenn wir trotzdem auch weiterhin noch Teile unseres Volksvermögens an das Ausland verkaufen müssen, so müssen wir uns klar darüber sein, daß dieses Leben auf Kosten unserer wirtschaftlichen Zukunft nicht unbegrenzt lange fortgesetzt werden kann.



Wie lange der Übergang deutschen Volksvermögens an das Ausland noch fortschreiten kann, hängt zunächst davon ab, wie lange das Ausland bei der Anlage seines Kapitals in Deutschland noch seinen Vorteil zu finden meint. Die Auffassung des Auslandes über die Vorteilhaftigkeit der Kapitalanlage in Deutschland hat seit dem Waffenstillstande schon verschiedene Wandlungen durchgemacht. Eine Zeitlang wurden moderne Miethäuser in Großstädten von den Ausländern besonders bevorzugt. Diese Vorliebe hat jedoch bereits merklich nachgelassen, da die Höchstmietenverordnungen und die hohen Steuern die Kapitalanlage in deutschen Miethäusern nicht rentabel genug erscheinen lassen und da die Befugnisse des Mieterrates und der Wohnungsämter dem Hausbesitz bereits vielfach den Charakter des Privateigentums genommen haben. Im Mai 1921 sind seitens des Auslandes besonders deutsche Staatspapiere aufgekauft worden. Welche Vermögensobjekte das Ausland bei seiner Anlage künftig noch bevorzugen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls entscheidet sich das Ausland nicht nur nach dem niedrigen Preis in Goldmark allein, sondern auch nach der Rentabilität, die gerade dadurch geringer werden kann, daß eine lebhafte Nachfrage der Ausländer die Preise gewisser Anlageobjekte besonders in die Höhe treibt. Schließlich kann aber auch bei der fortgesetzten Erhöhung der Steuern der Zeitpunkt eintreten, wo ganz allgemein die Kapitalanlage in Deutschland für die Ausländer keinen Reiz mehr bietet, obwohl das ausländische Kapital ja viel mehr Möglichkeiten hat, sich den deutschen Steuern zu entziehen, wie das inländische Kapital. Die Rentabilität der Kapitalanlagen der Ausländer wird aber besonders dadurch gefährdet, daß dem Ausländer die Einkünfte aus seinem Kapital in Deutschland zunächst in Papiermark zufließen und daß er sich diese Papiermarkeinkünfte erst in die Währung seines Landes umtauschen muß. Geht die Bewertung der Mark im Auslande nach dem Erwerb des deutschen Vermögensobjektes

durch den Ausländer zurück, so bekommt der Ausländer für seine Papiermarkeinkünfte in Deutschland weniger Geld seines Landes und die Verzinsung seines in Deutschland angelegten Kapitals wird geringer. So ist denn eigentlich alle Kapitalanlage der Ausländer in Deutschland auf die Hoffnung gegründet, daß die Bewertung der Mark im Auslande und damit zugleich der Wert des in Deutschland erworbenen Vermögensobjektes und der Einkünfte daraus in ausländischer Währung steigt oder doch mindestens gleich bleibt. Sehen sich die Ausländer in dieser Hoffnung immer länger und gründlicher getäuscht, so werden sie ihr Geld nicht mehr bei uns anlegen. Für uns wird dadurch die Möglichkeit immer geringer werden, wie bisher seit dem Waffenstillstande den Überschuß der Einfuhr an Rohstoffen und Nahrungsmitteln und die Kriegsentschädigung an die Alliierten durch den Verkauf von Teilen unseres Volksvermögens zu bezahlen.

Für unsere Valuta würde diese Entwicklung außerordentlich schwere Folgen haben müssen, denn das ganze Schwergewicht des Passivsaldos unserer Zahlungsbilanz würde danach die Bewertung der Mark im Auslande niederdrücken. Sobald aber ein neuer erheblicher Sturz der Markvaluta eintritt, so besteht die Gefahr, daß die Besitzer deutscher Banknoten im Auslande ihre Notenbestände abzustoßen suchen und durch Angstverkäufe die Bewertung der Mark im Auslande noch weiter beeinträchtigen. Wir werden von diesen Verlusten des Auslandes keinen Vorteil haben, denn für uns wird sich der Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln und werden sich alle die vernichtenden Folgen des Vertrages von Versailles erst dann in ihrer ganzen Schärfe fühlbar machen. Zu spät werden dann auch die Privatleute in den alliierten und in den neutralen Ländern einsehen, welche Verluste ihnen die Kriegsentschädigungspolitik der alliierten Staaten eingetragen hat, weil sie ohne Rücksicht auf den Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz uns Tribute diktiert hat, die über unsere Leistungsfähigkeit weit hinausgehen.

Wann diese Gefahren zur Wirklichkeit werden, läßt sich nicht prophezeien. Es können Jahre darüber hingehen. Aber selbst wenn die Nachfrage des Auslandes nach deutschen Vermögenswerten weiterhin stark anhalten würde, so ist doch undenkbar, daß unser Volksvermögen gänzlich in die Hände des Auslandes übergehen kann, denn es ist nicht alles Vermögen bei uns käuflich. Ebensowenig wie der deutsche Arbeiter 14 Stunden arbeiten wird, um in einem Frondienst von mehreren Menschenaltern den Ententestaaten Kriegstribute zu zahlen, ebensowenig werden sich unsere Bauern und Bürger von ihrem Boden und aus ihren Häusern verdrängen lassen und ebensowenig werden alle Aktien und Geschäftsanteile von Industrie und Handel von ihren deutschen Besitzern an das Ausland verkauft werden. Der Bauer wird seinen Hof, auf dem allein er seine Fähigkeiten richtig ausnutzen kann, nicht hergeben, weil er auf seiner Hände Arbeit mehr vertraut als auf ganze Hände voll Papiergeld. Der Handwerksmeister wird an Haus und Werkstatt, der Fabrikant wird an seinem Werke und der Kaufmann wird an seinem Geschäft festhalten. Es handelt sich dabei nicht allein darum, daß jeder, der die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens seit dem Waffenstillstande und namentlich die bisherige und die weiterhin drohende Entwertung der Papiermark mit verständigem Sinne betrachtet hat, genau weiß, daß auch der beste Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken, Häusern, Werkstätten und Industrieanlagen der Gefahr einer schnellen Entwertung ausgesetzt ist, während der Besitz von Produktivvermögen auch bei einer weiteren Entwertung der Papiermark doch immer die Aussicht auf ein gewisses Auskommen bieten wird. Stärker als die wirtschaftlichen Überlegungen wird sich das Heimatgefühl, die Anhänglichkeit an das Erbe der Väter und an den Beruf und das Verlangen nach freier und selbständiger Arbeit der Gefahr der Überfremdung unseres Volksvermögens entgegenstemmen. An dem hartnäckigen Willen des deutschen Bürger- und Bauernstandes, an Haus und Hof auch in den Zeiten der schwersten Not unbedingt festzuhalten, wird die Erpressungspolitik der Alliierten letzten Endes scheitern. Je mehr die Alliierten durch militaristische Kraftentfaltung aus dem wehrlosen Deutschland herauszupressen suchen, desto schneller wird sich die Unerfüllbarkeit ihrer Forderungen zeigen und desto weniger werden sie am Ende von uns erhalten können.



---

# IV. Die Reichsfinanzen.

Nicht allein von der Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande, sondern auch vom Stande der Reichsfinanzen hängt es ab, in welchem Maße und wie lange wir den Alliierten Kriegsentschädigung leisten können. Denn, welcher Art auch die Leistungen sind, welche die Alliierten von uns fordern, immer fällt die Last dieser Leistungen auf die Finanzen des Reiches zurück, das entweder Teile seines Vermögens hingeben oder mit seinen Einkünften und mit neuen Schulden die Kriegsentschädigung bezahlen muß. An Vermögen hat das Reich durch die Enteignung des Reichseigentums in den abgetretenen Gebieten und in den Kolonien und durch die zwangsweise Auslieferung von Schiffen und Material der Reichsmarine, wie wir im zweiten Abschnitt unserer Schrift gesehen haben, bereits Milliardenverluste erlitten. Das Reich muß darüber hinaus die Einzelstaaten entschädigen für ihr in den losgerissenen Gebieten verlorenes Staatseigentum, für das den Alliierten aus Staatsbeständen und Staatswerkstätten zwangsweise gelieferte Eisenbahnmaterial, für Heeresgut und Rücklaßgüter und für die staatlichen Kohlengruben im Saargebiet. Das Reich muß seine Angehörigen entschädigen für das im Auslande liquidierte deutsche Privateigentum und muß die vertriebenen Auslandsdeutschen aufnehmen und unterstützen. Es muß den Reichsangehörigen ihre Zahlungsforderungen gegen Privatleute in den alliierten Staaten auszahlen und muß darüber hinaus bei der Abrechnung der sämtlichen privaten Vorkriegsschulden von Staat zu Staat auf Grund des Vertrages von Versailles die Salden, die sich dabei zu ungunsten Deutschlands ergeben, monatlich an die alliierten Staaten in fremden Devisen zahlen. Das Reich muß bei allen kostenlosen Lieferungen, welche die Alliierten von uns erzwingen, wie z. B. bei der Ablieferung der



Handelsschiffe, bei den Lieferungen von Vieh, Kohle, Chemikalien, Maschinen- und Aufbaumaterial aller Art den deutschen Eigentümern und Lieferanten den Preis der abgelieferten Güter zahlen. Es muß ferner die Privatunternehmungen entschädigen, denen auf Befehl der Entente ihre Fabrikanlagen, in denen sie Kriegsgerät irgendwelcher Art hergestellt haben, zerstört werden, oder deren Flugzeugschuppen und Luftschiffhallen auf Befehl der Ententekommissionen abgerissen werden. Das Reich muß fortlaufend die Kosten der feindlichen Besatzung mit dem Riesenaufwand für Verpflegung, Quartiere, Wohnungs- und Kasernenbauten bis herunter zu den Besatzungskinos bezahlen und muß schließlich die fetten Pfründen der Ententekommissionen aufbringen. Ist es ein Wunder, daß unter diesen Lasten die Ausgaben des Reiches seine Einnahmen weit übersteigen, daß seit dem Waffenstillstand noch jeder Voranschlag eines Reichshaushaltes von der Wirklichkeit um viele Milliarden übertroffen worden ist? —

Schon im Rechnungsjahr 1919[1]) sind die Ausgaben des Reiches und ihr ungedeckter Überschuß über die Ansätze des Voranschlages weit hinausgegangen. Das zeigt folgender Vergleich des Voranschlages mit dem Ergebnis des Rechnungsjahres 1919:

| Rechnungsjahr 1919 | Gesamt-Ausgaben: | davon durch Einnahmen gedeckt: | ungedeckt: |
|---|---|---|---|
| Voranschlag vom 31. Oktober 1919 . . . . . . . . | 58,0 | 15,3 | 42,7 |
| Ergebnis des Rechnungsjahres 1919 . . . . . . . | 79,27 | 16,9 | 62,37 |
| | Milliarden Papiermark | | |

Im Rechnungsjahr 1920 wurde zur Verbesserung der Reichsfinanzen eine Steuerreform durchgeführt, mit deren Hilfe das Steueraufkommen des Reiches gegenüber demjenigen im Rechnungsjahr 1919 erheblich gesteigert worden ist. In Erwartung dieser Einnahmesteigerungen glaubte man deshalb, bei dem ersten Voranschlag des Reichshaushaltes für das Rechnungsjahr 1920 mit einem geringeren Ausgabenüberschuß auskommen zu können als

[1]) 1. April 1919 bis 31. März 1920.

im Rechnungsjahr 1919. Wie diese Hoffnungen durch die tatsächliche Entwicklung der Ausgaben im Rechnungsjahr 1920 widerlegt worden sind, zeigt ein Vergleich des Voranschlages mit den verschiedenen Nachtragsetats für dieses Rechnungsjahr. In der folgenden Vergleichsübersicht sind die Überweisungen an Länder und Gemeinden aus den direkten Steuern des Reiches, die nach dem neuesten Stande 9,4 Milliarden Mark betragen, sowohl von den Einnahmen wie von den Ausgaben abgezogen worden:

| Rechnungsjahr 1920 | Gesamt-Ausgaben: | davon durch Einnahmen gedeckt: | ungedeckt: |
|---|---|---|---|
| Voranschlag vom April 1920 . | 54,8 | 22,95 | 31,85 |
| Nachtragsetat vom Sept. 1920 | 88,9 | 30,4 | 58,5 |
| Nachtragsetat vom Okt. 1920 | 101,0 | 30,4 | 70,6 |
| Nachtragsetat vom 25. April 1921 mit Ergänzungen bis einschl. 3. Mai 1921 . . | 121,0 | 37,8 | 83,2 |
| | Milliarden Papiermark | | |

Die gewaltige Steigerung der Ausgaben im Rechnungsjahr 1920 ist zum großen Teil auf die Verpflichtungen des Reiches aus dem Vertrage von Versailles zurückzuführen. An dem Anwachsen der Ausgaben sind besonders beteiligt: die Kosten der feindlichen Besatzung, die Entschädigung der deutschen Reeder für die Ablieferung ihrer Handelsschiffe, die Entschädigung der Auslandsdeutschen für die Liquidation ihres Eigentums im Auslande, die Unterstützung der Flüchtlinge aus den abgetretenen Reichsgebieten und die Zwangslieferungen an die Alliierten. Abgesehen von den Verpflichtungen aus dem Vertrage von Versailles sind die Ausgaben des Reiches ferner im Rechnungsjahr 1920 gewachsen durch die kostspieligen Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage, in die uns der Vertrag von Versailles gebracht hat. Hierher gehören die Mehrkosten der Besoldungsreform, die Reichszuschüsse für ausländische Nahrungsmittel, Dünge- und Futtermittel, die Kosten der Erwerbslosenfürsorge, der ständig wachsende Zinsendienst der Reichsschuld und die Fehlbeträge der Reichseisenbahn und der Reichspost. Infolge dieser, mit jedem Monat größer werdenden finanziellen Bürde des Reiches sind die ungedeckten Ausgaben im Rechnungsjahr 1920 bis zum 3. Mai 1921 mehr als zweieinhalbmal so groß geworden, wie man sie im Voranschlag vom April 1920 angenommen hat, obwohl die Einnahmen des Reiches, wie unsere Übersicht zeigt, im Laufe des Rechnungsjahres 1920 ebenfalls über die Ansätze des ersten Voranschlages hinausgegangen sind.



Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1921 vom April 1921 veranschlagt die Gesamtausgaben des Reiches (ohne die Überweisungen an Länder und Gemeinden in Höhe von 9,88 Milliarden Mark) auf 80,7 Milliarden Mark. Er geht mit dieser Ausgabensumme über den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1920, der nur Gesamtausgaben von 54,8 Milliarden Mark vorgesehen hatte, schon erheblich hinaus. Es ist aber von vornherein klar, daß das Reich im Rechnungsjahr 1921 nicht mit 80,7 Milliarden Mark Ausgaben auskommen kann, wenn es im Rechnungsjahr 1920 nach den bisherigen Ergebnissen schon 121 Milliarden Mark verbraucht hat. Daß der Voranschlag von dem endgültigen Ergebnis auch im Rechnungsjahr 1921 weit übertroffen werden wird, zeigt sich auch daran, daß bereits am 11. Juli 1921 ein Nachtragsetat notwendig geworden ist, der die Gesamtausgaben des Voranschlags um 17½ Milliarden erhöht, wie folgende Übersicht zeigt:

| Rechnungsjahr 1921 | Gesamt-Ausgaben: | davon durch Einnahmen gedeckt: | ungedeckt: |
|---|---|---|---|
| Voranschlag von April 1921 . | 80,7 | 47,6 | 33,1 |
| Nachtragsetat vom 11. Juli 1921 . . . . . . . . | 98,3 | 48,9 | 49,4 |
| | Milliarden Papiermark | | |

Die Erhöhung der Ausgaben im Nachtragsetat vom 11. Juli 1921 ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Reichsregierung sich genötigt gesehen hat, auch im Rechnungsjahr 1921 Reichszuschüsse zur Verbilligung der Nahrungsmittel zu bewilligen. Die Nahrungsmittelzuschüsse sind in dem Nachtragsetat mit 8,6 Milliarden Mark vorgesehen. Außerdem haben die Zuschüsse des Reiches zu den Fehlbeträgen von Eisenbahn, Post und Telegraphie gegenüber dem Voranschlag vom April 1921 um 6,3 Milliarden Mark erhöht werden müssen. Im übrigen sind an der Erhöhung der Reichsausgaben im Nachtragsetat vom 11. Juli 1921 die Kosten

der Ausführung des Friedensvertrags mit 0,5 Milliarden, die Verzinsung der Reichsschuld mit 0,6 Milliarden und eine ganze Reihe von Posten mit kleineren Summen beteiligt.

Auch nach der Erhöhung vom 11. Juli erscheinen die Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1921 noch immer viel zu gering veranschlagt. Ganz besonders sind die Kosten der Ausführung des Friedensvertrages zu niedrig angesetzt. Das zeigt sich, wenn man die Gesamtausgaben des Reiches im Rechnungsjahre 1920 und die für das Rechnungsjahr 1921 bisher veranschlagten Ausgaben in drei Teile gliedert, nämlich in den allgemeinen Haushalt im engeren Sinne, in den Haushalt des Friedensvertrages und in den Haushalt der Betriebsverwaltungen des Reiches (Eisenbahn, Post und Telegraphie).

| Ausgaben des Reiches | Rechnungsjahr 1920 (vorläufiges Ergebnis) | Rechnungsjahr 1921 (Nachtragsetat vom 11. Juli 1921) |
|---|---|---|
| 1. Allgemeiner Haushalt im engeren Sinne . . . . . . . . . | 57,7 | 52,9 |
| 2. Haushalt des Friedensvertrages | 42,8 | 26,6 |
| 3. Haushalt der Betriebsverwaltungen (Eisenbahn, Post und Telegraphie) . . . . . . | 20,5 | 18,8 |
| zusammen: | 121,0 | 98,3 |
| | Milliarden Papiermark | |

Bei diesem Vergleich fällt besonders auf, daß im Haushalt des Friedensvertrages für das Rechnungsjahr 1921, in dem doch die Zahlung der finanziellen Kriegsentschädigung erst beginnen soll, nur 26,6 Milliarden Mark vorgesehen sind, während im Rechnungsjahr 1920 zur Erfüllung des Friedensvertrages 42,8 Milliarden Mark aufgewendet werden mußten. In den 26,6 Milliarden Papiermark für die Ausführung des Friedensvertrages im Rechnungsjahr 1921 sind bisher für die Kriegsentschädigung nur 11,6 Milliarden Papiermark enthalten, die in Gestalt von Zwangslieferungen in Kohle, Chemikalien, Vieh usw. gemäß dem Vertrag von Versailles und dem Abkommen von Spa zu leisten sind. Wir haben aber nach dem Londoner Finanzdiktat im Rechnungsjahr 1921 im ganzen 2160 Millionen Goldmark als erste Raten der Kriegsentschädigung zu zahlen, die sich auf folgende Zahlungstermine verteilen[1]):



| | Millionen Goldmark |
|---|---|
| 1. Bis 31. August 1921 sind bereits gezahlt worden (als erste Halbjahrsrate auf die feste Annuität von 2 Milliarden Goldmark) . . . . . . . . . . | 1 000 |
| 2. am 15. November 1921 sind zu zahlen (als erste Vierteljahrsrate der 26% des Gesamtwertes unserer Jahresausfuhr von schätzungsweise 5 Milliarden Goldmark) . . . . . . . . . . . . . . . . | 330 |
| 3. am 15. Januar 1922 sind fällig (als drittes Viertel der festen Annuität von 2 Milliarden Goldmark) . | 500 |
| 4. am 15. Februar 1922 sind zu zahlen (als zweite Vierteljahrsrate der 26% des Gesamtwertes unserer Jahresausfuhr) . . . . . . . . . . . . . | 330 |
| zusammen: | 2160 |

Die Grundlage für die Umrechnung der Goldmark in die fremden Devisen, in denen wir die Kriegsentschädigung zu zahlen haben, soll nach den Vorschriften der Entente der amerikanische Dollar sein. Der Dollar kostete in Berlin am 30. April 1921 65,75 M., ist seitdem bis zum 31. August 1921 auf 85,70 M. gestiegen und wird aller Voraussicht nach bis zum 31. März 1922, dem Schluß des laufenden Rechnungsjahres, noch einen höheren Kurs erreichen. Vor dem Kriege kostete der amerikanische Dollar 4,19 Mark. Am 31. August 1921 war er also für uns etwas über zwanzigmal so teuer wie vor dem Kriege. Wenn wir den günstigen Fall annehmen, daß das Reich die Devisen zur Erfüllung des Londoner Finanzdiktates im Durchschnitt des Rechnungsjahres 1921 auf der Grundlage einer zwanzigfachen Verteuerung des Dollars gegenüber der Mark beschaffen kann, so entsprechen den 2160 Millionen Goldmark für Kriegsentschädigung im Rechnungsjahr 1921 43,2 Milliarden Papiermark. Da im Haushaltplan statt dieser Summe bisher nur 11,6 Milliarden Papiermark vorgesehen sind,

1) Vgl. Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich „Die Zahlungen an die Entente", Deutsche Tageszeitung vom 22. Juli 1921, und J. M. Keynes „Gedanken über die wirtschaftliche Zukunft", Deutsche Allgemeine Zeitung vom 20. August 1921.

so muß allein für die Kriegsentschädigung noch ein Nachtragsetat von 31,6 Milliarden Papiermark kommen.

Darüber hinaus ist heute schon für jedermann erkennbar, daß die Zugeständnisse, die das Reich in den Verhandlungen vom 22. bis 25. August 1921 den Vertretungen seiner Beamten, Angestellten und Arbeiter gemacht hat, für das Rechnungsjahr 1921 eine Mehrausgabe von 8 Milliarden Papiermark für Gehälter und Löhne erfordern. Das Reich ist zwar bestrebt, an Beamtenbesoldung in der Weise zu sparen, daß von den planmäßigen Beamtenstellen im Falle ihres Freiwerdens künftig solange nur jede zweite Stelle wieder besetzt werden soll, bis ein Viertel der bewilligten Stellen der gleichen Gattung fortgefallen ist. Aber angesichts dieser Maßnahme muß gegenüber einer weitverbreiteten Ansicht im Publikum doch festgestellt werden, daß die Ersparnisse an Beamten, wie erstrebenswert sie auch sein mögen, bei dem Riesenhaushalt des Reiches doch nicht wesentlich ins Gewicht fallen können. Jedenfalls ändern sie nichts daran, daß das Reich im laufenden Rechnungsjahre für Beamte, Angestellte und Arbeiter 8 Milliarden Papiermark mehr ausgeben muß, als ursprünglich vorgesehen waren.

Die Ausgaben des Reiches im Rechnungsjahr 1921 ergeben also (abgesehen von den Überweisungen des Reiches an Länder und Gemeinden in Höhe von rund 10 Milliarden Papiermark) jetzt schon folgendes Bild:

| | Milliarden Papiermark |
|---|---|
| 1. Im Nachtragsetat vom 11. Juli 1921 vorgesehen . | 98,3 |
| 2. dazu für die Kriegsentschädigungsraten bis 31. März 1922 . . . . . . . . . . . . . . . . | 31,6 |
| 3. für erhöhte Teuerungszulagen an Beamte, Angestellte und Arbeiter . . . . . . . . . . . . . . | 8,0 |
| zusammen: | 137,9 |

Diese 137,9 Milliarden Papiermark stellen nur diejenige Ausgabensumme dar, die jetzt schon klarliegt. Bei diesen Ausgaben wird es aber nicht bleiben. Die Ausgaben werden 137,9 Milliarden Papiermark deshalb aller Voraussicht nach überschreiten, weil die Entwertung der Papiermark im Auslande unter dem Drucke des Londoner Finanzdiktates noch fortschreiten muß. Das geht schon daraus deutlich genug hervor, wie die erste Goldmilliarde der Kriegsentschädigung bis zum 31. August 1921 aufgebracht worden ist und wie sie auf die Markvaluta eingewirkt hat.



Von der Goldmilliarde, die das Reich am 31. August 1921 an die Alliierten gezahlt hat, sind über 250 Millionen Goldmark durch kurzfristige Valutakredite im Auslande aufgebracht worden. Weitere 160 Millionen Goldmark hat das Reich aus den Devisenbeständen entnehmen können, die es schon vor dem 1. Mai 1921 angesammelt hatte, und beinahe 80 Millionen Goldmark sind aus dem Metallschatze der Reichsbank entnommen worden. Das Reich hat also zur Zahlung der ersten Goldmilliarde nur für etwa eine halbe Milliarde Goldmark fremde Devisen im freien Markte aufkaufen müssen und dazu dreieinhalb Monate Zeit gehabt. Trotzdem ist die Markvaluta gegenüber dem amerikanischen Dollar vom 30. April bis 31. August 1921 um 34 % gefallen. Bedenkt man, daß das Reich in den nächsten Monaten die kurzfristigen Valutakredite in Höhe von 1/4 Milliarde Goldmark abdecken muß, die es bei der ersten Kriegsentschädigungsrate hat in Anspruch nehmen müssen, und vergegenwärtigt man sich, daß dann in immer schnellerer Aufeinanderfolge die weiteren Kriegsentschädigungsraten fällig werden, so wird man verstehen, warum John Maynard Keynes[1]) der Ansicht ist, daß Deutschlands Zahlungsunfähigkeit bezüglich der Kriegsentschädigung bereits im Jahre 1922 eintreten wird.

Aus all diesen Gründen kann man mit aller Bestimmtheit sagen, daß das Reich (einschließlich 9,88 Milliarden Mark Überweisungen an Länder und Gemeinden) im Rechnungsjahr 1921 von dem 150-Milliarden-Haushalt nicht herunterkommen wird. Im Gegenteil spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Ausgaben des Reiches bei weiterer Entwertung der Mark im Auslande über 150 Milliarden Mark noch hinausgehen werden. Das Rechnungsjahr 1920 ist insofern ziemlich günstig gewesen, als die Markvaluta in den 12 Monaten vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1921 verhältnismäßig stabil gewesen ist und im Sommer 1920 sogar eine

[1]) Vgl. den Aufsatz „Gedanken über die wirtschaftliche Zukunft“ in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 20. August 1921.

mehrere Monate anhaltende Aufwärtsbewegung erlebt hat. Wenn trotzdem die Ausgaben des Reiches im Rechnungsjahr 1920 von dem Voranschlag von 54,8 Milliarden Mark auf 121 Milliarden Mark gestiegen sind, so ist die Gefahr einer erheblichen Erhöhung der Ausgaben im Rechnungsjahr 1921 erst recht vorhanden.

Will man die Gefahr eines neuen Valutarückganges außer Betracht lassen, so wird man doch zugeben müssen, daß das Londoner Finanzdiktat selbst bei gleichbleibender Bewertung der Mark im Auslande in Verbindung mit den übrigen Bestimmungen des Vertrages von Versailles die Reichsfinanzen in einem Maße belastet, das auf die Dauer unerträglich ist, weil es die Schulden des Reiches immer größer werden läßt. Allein durch das Londoner Finanzdiktat ist dem Reich eine Schuldenlast von 287 Milliarden Goldmark aufgebürdet worden; das ist 53 mal soviel wie die gesamten Schulden des Reiches bei Kriegsausbruch, die an fundierten und an schwebenden Schulden zusammen nur 5,4 Milliarden Goldmark betrugen. Daß die Schuldenlast von 287 Milliarden Goldmark jedenfalls größer ist als der Goldwert des gesamten deutschen Volksvermögens, geht aus den obenstehenden Ausführungen über den Vorkriegswert des deutschen Volksvermögens (vgl. S. 14), über die bisherigen Einbußen an Volksvermögen durch den Vertrag von Versailles und seine Vor- und Nachverträge (vgl. S. 15 bis 23) und über die Verminderung des Goldwertes unseres Volksvermögens infolge der Entwertung der Papiermark (vgl. S. 52 bis 55) zur Genüge hervor. Zu der Riesenschuld von 287 Milliarden Goldmark kommen noch die ständig wachsenden Papiermarkschulden des Reiches, die dadurch entstanden sind, daß das Reich seit dem Waffenstillstande nur etwa ein Drittel seiner Ausgaben durch Einnahmen hat decken können. Auch diese Schulden gehen schon in die hunderte von Milliarden Papiermark. Es ist möglich, daß die von den Alliierten erzwungene Schuldenwirtschaft des Reiches noch eine Reihe von Jahren bestehen kann. Darüber kann aber niemand im Zweifel sein, daß das Anwachsen der Milliardenschulden des Reiches einmal zum Zusammenbruch führen muß, wenn es nicht gelingt, die Ausgaben des Reiches durch Steuern zu decken. Ist das aber möglich? —

---

## V. Steuerlast und Steuerkraft.

Die Alliierten behaupten, unsere Steuerlast könne und müsse noch erheblich erhöht werden, damit wir unseren Entschädigungsverpflichtungen nachkommen können. Besonders hat der Ministerpräsident von Großbritannien auf der Londoner Konferenz am 3. März 1921 behauptet, die deutsche Regierung habe ihrem Volke noch keine Besteuerung auferlegt, die derjenigen der Alliierten vergleichbar wäre. Auch in bezug auf die Steuerlast beständen die Besiegten darauf, besser wegzukommen als die Sieger. Als Beleg für diese Behauptung hat Lloyd George auf der Londoner Konferenz die indirekten Steuern auf Bier, Wein, Spiritus, Tabak, Kaffee, Zucker und Tee in England und in Frankreich mit denjenigen in Deutschland verglichen, indem er die Höhe der Steuern in den drei Ländern in Goldmark umgerechnet hat. Es mag zugegeben werden, daß die indirekten Steuern bei uns noch ausgebaut werden können. Lloyd George hat aber vergessen, daß dasselbe auch für die Einfuhrzölle gilt. Die deutschen Einfuhrzölle auf fremde Waren sind mit dem Goldzuschlag von 900 % auf den Friedenszoll heute noch nicht einmal so hoch wie es der Entwertung der Mark gegenüber dem englischen Pfund entspricht. Außerdem sind die Warenpreise auf dem Weltmarkte gegenüber der Zeit vor dem Kriege gestiegen, was eine Steigerung der Einfuhrzölle über die Vorkriegstarife hinaus rechtfertigen würde. Ganz besonders ist aber zu bedenken, daß wir heute in Deutschland eine Umsatzsteuer haben, die alle Umsätze vom Rohstoff über die verschiedenen Produktionsstufen bis zum fertigen Fabrikat mit 1½ % Steuer belegt und nach den neuen Steuerplänen künftig sogar auf 3 % erhöht werden soll. Es ist selbstverständlich, daß die Einfuhrzölle für Halbfabrikate und Fertigfabrikate um die Höhe der bei uns erhobenen Umsatz-

steuer heraufgesetzt werden müssen, wenn nicht der mit den Einfuhrzöllen bezweckte Schutz der heimischen Produktion illusorisch gemacht werden soll. Wenn also an eine Erhöhung der indirekten Steuern gegangen wird, so muß damit selbstverständlich auch eine erhebliche Erhöhung der Einfuhrzölle Hand in Hand gehen, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um die Einfuhr von Waren aus den Ländern der Alliierten handelt. Abgesehen davon sind aber unsere indirekten Steuern, die Lloyd George auf der Londoner Konferenz als „lächerlich niedrig"[1]) bezeichnet hat, kein Maßstab für die steuerliche Belastung der Reichsbevölkerung, denn wir beginnen mit den direkten Steuern schon bei erheblich kleineren Einkommen als die alliierten Staaten. So weit die niedrigen Einkommen bei uns von der Reichssteuer befreit sind, müssen sie noch von den Gemeinden zur Steuer herangezogen werden, weil die Gemeinden heute jede irgend denkbare Steuerquelle, die ihnen das Reich noch offen gelassen hat, ausschöpfen müssen.

Ein zuverlässiges Bild über unsere Steuerlast kann man nur dann gewinnen, wenn die Gesamtsumme der direkten und indirekten Steuern und Abgaben aller Art, die das Reich einnimmt, zu dem Kopfeinkommen der Reichsbevölkerung ins Verhältnis gesetzt wird. Das Kopfeinkommen des deutschen Volkes ist in einer Denkschrift des Völkerbundes auf 3900 Papiermark geschätzt worden[2]). Eine amtliche deutsche Schätzung ist unter Berücksichtigung der bisherigen deutschen Steuererträge, namentlich auch des Ertrages der monatlichen Lohn- und Gehaltsabzüge für die Einkommensteuer bei Arbeitern, Angestellten und Beamten zu dem Ergebnis gekommen, daß das Einkommen auf den Kopf der Reichsbevölkerung nur 2333 Papiermark betragen könne. Obwohl wir annehmen, daß die letztgenannte Ziffer dem tatsächlichen Kopfeinkommen der Reichsbevölkerung näher kommt als die Schätzung des Völkerbundes, so wollen wir doch bei unseren folgenden Betrachtungen mit der Ziffer der Gegenseite rechnen.

Wie wir in unseren Betrachtungen über die Reichsfinanzen festgestellt haben, werden die Ausgaben des Reiches nach Abzug der Überweisungen an Länder und Gemeinden im Rechnungsjahre 1921 sicher höher sein als im Rechnungsjahr 1920; sie werden mindestens 140 Milliarden Papiermark betragen. Wenn diese Ausgaben durch Steuern gedeckt werden sollen, so bedeutet das auf den Kopf der Reichsbevölkerung von rund 60 Millionen eine Belastung von 2333 Mark. Das sind von dem durchschnittlichen Kopfeinkommen in Höhe von 3900 Papiermark allein schon 60 %. Damit ist aber die notwendige Steuerlast des deutschen Volkes noch nicht in ihrer ganzen Schwere dargestellt. Zu den Reichssteuern kommen nämlich noch die Steuern für Länder und Gemeinden. Wie groß diese Steuern sind, läßt sich in abschließenden Zahlen nicht feststellen. Aber einen ungefähren Begriff von den Riesensummen, welche die Haushalte der Länder und der Gemeinden erfordern, gibt die Tatsache, daß allein die Stadt Berlin einen jährlichen Finanzbedarf von 6 Milliarden Mark hat. Dazu kommt, daß der überwiegende Teil der Reichsbevölkerung, nämlich Kinder, Frauen, Greise, Kranke und Erwerbslose, keine Steuern zu zahlen brauchen und daß für alle diese Nichtsteuerpflichtigen die Steuerlast von den eigentlichen Steuerzahlern mitgetragen werden muß. Wenn man annimmt, daß auf jeden eigentlichen Steuerzahler 3 Personen kommen, die wie Frauen, Kinder, Erwerbslose usw. keine Steuern zahlen können, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die eigentlichen Steuerzahler in Zukunft für das Reich allein im Durchschnitt mindestens 9000 Mark Steuern zahlen müssen, damit die Ausgaben des Reiches gedeckt werden können.

Vor dem Kriege betrug die Steuerlast auf den Kopf der Bevölkerung für Reich, Länder und Gemeinden zusammen 67,80 Goldmark. Künftig soll sie allein für das Reich 2333 Papiermark betragen. Haben sich die Einkommen in dem Maße erhöht, daß sie eine solche Steigerung der Steuern ertragen können? — Wir dürfen uns bei der Beantwortung dieser Frage nicht durch die ziffernmäßig hohen Einkommen täuschen lassen, die heute infolge der Entwertung der Papiermark bei uns üblich geworden sind. Namentlich das Ausland steht bei all seinen Betrachtungen über die Höhe der finanziellen Kriegsentschädigung und ihre Aufbringung durch das deutsche Volk immer noch unter dem Eindruck des Wohlstandes, der das

[1]) Sammlung von Aktenstücken über die Verhandlungen auf der Konferenz zu London, S. 161.
[2]) Vgl. dieselbe Sammlung von Aktenstücken, S. 29.

deutsche Volk vor dem Kriege vor vielen Völkern der Erde ausgezeichnet hat. Es wird dabei übersehen, daß die Einkommen fast aller Kreise unseres Volkes, obwohl sie infolge der Entwertung der Papiermark ziffernmäßig gestiegen sind, heute nicht mehr dieselbe Lebenshaltung gestatten und deshalb auch nicht mehr dieselbe Steuerkraft besitzen wie vor dem Kriege. Das Statistische Reichsamt hat in 47 deutschen Städten eine Teuerungserhebung [1]) veranstaltet, in der die Kosten einer „Normalration" im Jahre 1913/14 mit den Kosten einer Normalration von heute verglichen werden, wobei die heutige Normalration entsprechend unserer schlechteren Lebenshaltung bescheidener bemessen ist, als die Vorkriegsration. Die Erhebung ergibt, daß die Normalration im Juni 1921 8,96 mal so teuer gewesen ist wie die Ration von 1913/14. Es ist klar, daß die Vergleichsziffer auf dieser Grundlage die jetzige Teuerung zu niedrig erscheinen läßt. Dazu kommt noch, daß die Kosten der Bekleidung, die wegen des ausländischen Ursprunges der textilen Rohstoffe besonders hoch sind, in der Normalration nicht enthalten sind. Man kann also mit Sicherheit annehmen, daß der Lebensunterhalt im Juni 1921 im Durchschnitt des Deutschen Reiches mindestens zehnmal so teuer gewesen ist wie 1913/14. Die Einkommen der deutschen Bevölkerung müßten also im Juni 1921 wenigstens 10 mal[2]) so hoch gewesen sein wie vor dem Kriege, wenn sie dieselbe Lebenshaltung ermöglichen und dieselbe Steuerkraft besitzen sollten wie damals. Eine zehnfache Steigerung der deutschen Einkommen gegenüber den Einkommen in der Vorkriegszeit ist aber heute nur bei den Jugendlichen und bei den weiblichen und den ungelernten

---

[1]) Vgl. „Wirtschaft und Statistik" herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, Heft 7, S. 318.

[2]) Wenn wir hier mit einer zehnfachen Entwertung der Papiermark gegenüber der Goldmark rechnen, während wir im Abschnitt III „Unsere Zahlungsbilanz" nach dem Stande vom 30. Juni 1921 mit einer fünfzehnfachen Entwertung der Papiermark gegenüber dem Auslande gerechnet haben, so liegt das daran, daß es uns hier bei der Betrachtung der Steuerkraft darauf ankommt, wieviel man heute für die Papiermark im Inlande noch kaufen kann, während bei den Betrachtungen über unsere Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande festzustellen war, zu welchen Preisen in Goldmark die Ausländer heute bei uns Vermögenswerte kaufen können.



Arbeitern eingetreten. Die übrigen Einkommen sind hinter der zehnfachen Steigerung der Lebenshaltungskosten sehr erheblich zurückgeblieben.

Am wenigsten hat das Einkommen derjenigen Rentner der Teuerung zu folgen vermocht, die ihr Vermögen in festverzinslichen Wertpapieren, Pfandbriefen, Hypotheken usw. angelegt haben. Das Einkommen dieser Rentner beträgt heute in Papiermark nicht mehr als vor dem Kriege in Goldmark; es besitzt also innerhalb Deutschlands bei der zehnfachen Verteuerung des Lebensunterhalts gegenüber 1914 nur noch den zehnten Teil seiner früheren Kaufkraft. Mit diesem geringen Einkommen können die Rentner natürlich trotz aller Bescheidenheit und aller Einschränkungen nicht leben, zumal ihr Zinseinkommen durch die erheblich gesteigerten Einkommen- und Vermögenssteuern weiter vermindert wird. Infolgedessen müssen die Rentner von ihrem Vermögen zehren und Papiere verkaufen. Aber auch der Verkauf ihrer Vermögenswerte kann den Rentnern keine nennenswerte Erleichterung ihrer finanziellen Lage bieten, denn der Verkauf namentlich der Staatspapiere ist mit erheblichen Kursverlusten verbunden. Vierprozentige preußische Konsols sind in der letzten Zeit zum Beispiel etwa mit 70.— M. gehandelt worden; das sind jedoch keine 70 Goldmark, sondern 70 Papiermark. Diese 70 Papiermark entsprechen, wenn man das Verhältnis zwischen Papiermark und Goldmark entsprechend der Kaufkraft der Papiermark im Inlande mit 1 : 10 ansetzt, nur noch 7 Goldmark. Die preußischen Konsols sind also gegenüber ihrem Goldmarkpreise vor dem Kriege nur noch 7 % wert. Andere Staats- und Kommunalpapiere haben noch eine größere Entwertung erfahren. Rentner, die vor dem Kriege von einem in Staatspapieren angelegten Vermögen von 100 000 Mark ein behagliches Leben führen konnten, haben heute, wenn sie sich auch noch so sehr einschränken, in wenigen Jahren ihr gesamtes Vermögen aufgezehrt.

Fast ebenso schlecht wie die wirtschaftliche Lage der Rentner, ist diejenige der Hausbesitzer. Infolge der Höchstmietenverordnungen haben die Hausbesitzer die Mieten bisher gegenüber der Zeit vor dem Kriege im Durchschnitt des Reiches nicht mehr als um 50 % heraufsetzen können. Diese Mietssteigerung bedeutet aber nicht eine Erhöhung ihrer Einkommen um 50 %. Die Einkom-

men der Hausbesitzer sind heute in Papiermark nicht größer, sondern in manchen Fällen sogar kleiner, als sie vor dem Kriege in Goldmark gewesen sind, denn die Mietssteigerung von 50 % reicht kaum aus für die erheblichen Mehrkosten für Verwaltung und Instandhaltung der Häuser. Die Steuerfähigkeit der Hausbesitzer ist also heute im Vergleich zu 1914 nur noch ganz gering und sie kann nur gehoben werden durch eine entsprechende Steigerung der Höchstmieten, d. h. auf Kosten der Mieter, die doch einen großen Teil aller Steuerzahler im Reiche darstellen.

Besser als die Renteneinkommen und die Einkommen aus dem Hausbesitz sind die Arbeitseinkommen der Teuerung gefolgt. Aber auch hier sind die Verhältnisse keineswegs günstig. Die höheren Beamten beziehen heute in Papiermark durchschnittlich das 3- bis 4 fache ihres Gehaltes aus der Zeit vor dem Kriege. Da man schon im Juni 1921 für die Papiermark im Inlande nur noch den zehnten Teil dessen kaufen konnte, was vor dem Kriege in Deutschland für eine Goldmark zu haben war, so stellt sich die Kaufkraft der Einkommen der höheren Beamten auf 30—40% ihrer Kaufkraft vor dem Kriege. Bisher haben die höheren Beamten in vielen Fällen noch etwas von ihrem Vermögen und ihren Ersparnissen aus der Vorkriegszeit zusetzen können. Aber da die Einkommen der Teuerung auch nicht annähernd folgen, so erschöpfen sich die Vermögen zusehends. Die nötigen Ersatzanschaffungen für den Haushalt, die früher laufend aus dem Einkommen bestritten wurden, sind nicht mehr möglich. Dementsprechend ist die Steuerkraft der höheren Beamten heute schon erheblich geringer als vor dem Kriege.

Bei den höheren Angestellten und bei den Angehörigen freier Berufe (Ärzte, Künstler usw.) liegen die Verhältnisse im Durchschnitt nicht viel besser als bei den höheren Beamten, wenn auch bei diesen Berufsgruppen die Einkommen vielleicht auf die vier- bis fünffache Vorkriegshöhe gestiegen sind. Dem steht aber gegenüber, daß den höheren Angestellten und den Angehörigen freier Berufe keine Pensionsberechtigung zusteht wie den Beamten.

Die männlichen kaufmännischen Angestellten, soweit sie bei der Reichsversicherung für Angestellte versichert sind, hatten im Januar 1921 durchschnittlich die 6,6 fachen Friedensgehälter [1]). Die Kaufkraft ihrer Einkommen war also gegenüber der Zeit vor dem Kriege auf 66% zurückgegangen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse nicht gebessert. Auch die Angestellten müssen deshalb Ersparnisse zusetzen und auf die fortlaufende Instandhaltung ihres Hausrates verzichten, die vor dem Kriege als selbstverständlich gegolten hat. — Daß die mittleren Beamten in ihrem Einkommen nicht besser, sondern eher schlechter gestellt sind als die bei der Reichsversicherung für Angestellte versicherten Angestellten geht daraus hervor, daß die Eisenbahn durchschnittlich auf den Kopf ihrer Beamten, Hilfsbeamten, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1920 nur rund 570% der Gehälter und Löhne von 1913 [2]) gezahlt hat.

Am besten haben noch die Arbeiter ihr Einkommen der Entwertung der Mark anzupassen gewußt, die gelernten Arbeiter allerdings in geringerem Maße als die ungelernten. So haben im dritten Quartal 1920 die eigentlichen, unter Tag arbeitenden Bergarbeiter im Stein- und Braunkohlenbergbau durchschnittlich die 9,3 fachen Schichtlöhne von 1913 [3]) bezogen, während die über Tag beschäftigten ungelernten Arbeiter im gesamten Kohlenbergbau zur gleichen Zeit durchschnittlich die 10 fachen Vorkriegslöhne erhielten. Noch stärker wie bei den ungelernten Arbeitern sind die Löhne bei den Jugendlichen und den weiblichen Angestellten und Arbeitern gestiegen. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Einkommen dieser Berufsgruppen heute noch dieselbe Kaufkraft besitzen wie vor dem Kriege. Die Notlage unserer Volkswirtschaft, die durch die bisher schon durchgeführten Bestimmungen des Vertrages von Versailles verursacht ist, hat vielfach Erwerbslosigkeit und die Einführung der verkürzten Arbeitszeit zur Folge gehabt. Immerhin reicht das Einkommen der Arbeiterschaft vielleicht noch am ehesten von den Einkommen aller Berufsgruppen dazu hin, die vor dem Kriege übliche Lebensführung wieder zu ermöglichen. Aber auch bei den Arbeitern besteht nicht mehr die Möglichkeit, Möbel, Wäsche usw. durch Er-

[1]) Vgl. die Teuerungs- und Gehaltsstatistik in „Wirtschaft und Statistik", Heft 4 S. 185.

[2]) „Wirtschaft und Statistik", Heft 4 S. 191.

[3]) „Wirtschaft und Statistik", Heft 4 S. 188.

satzanschaffungen auf der ursprünglichen Höhe zu erhalten. Auch die Arbeiter müssen ihren Hausrat abwirtschaften und auch sie leben deshalb vom Vermögen.

Die Entwicklung der Einkommen der verschiedenen Berufsgruppen unseres Volkes zeigt also, daß die schwere Last der Steuern, die künftig sogar noch auf das Dreifache ihrer bisherigen Höhe gebracht werden müssen, von einem Volke getragen werden soll, dessen Steuerkraft schon außerordentlich geschwächt ist. Dieser geringen Steuerkraft unseres Volkes muten die Alliierten nicht nur die Kriegsentschädigung von 287 Milliarden Goldmark, sondern obendrein noch die phantastisch hohen Kosten ihrer Besatzungsheere zu. Die Alliierten haben kürzlich der deutschen Kriegslastenkommission mitgeteilt, daß sie bis Dezember 1920 3½ Milliarden Goldmark für den Unterhalt ihrer Besatzungstruppen in Deutschland ausgegeben haben. In 2½ Jahren 3½ Milliarden Goldmark! Bisher ist diese Riesensumme auf die bereits von uns vollzogenen Zwangslieferungen angerechnet worden. Künftig müssen wir die Besatzungskosten neben der Kriegsentschädigung laufend bezahlen. Uns wird von den Alliierten gesagt, daß wir mehr Steuern zahlen und an Beamtengehältern sparen sollen. Dabei wird völlig übersehen, daß die in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung gänzlich unproduktiven Besoldungen der feindlichen Besatzungstruppen unsere Beamtengehälter weit übertreffen und noch dazu von einem Volke aufgebracht werden müssen, das in allen Kreisen von seinem Vermögen zehren muß.

Nun wird allerdings vom Auslande behauptet, daß die Steuerkraft unserer Industrie bisher nur zum geringen Teil ausgenutzt worden sei. Mit ganz besonderer Vorliebe werden in der Presse der Alliierten die Agitations- und Sensationsartikel deutscher Zeitungen über angebliche Riesengewinne unserer Industrie wiedergegeben, und neuerdings ist die Ansicht von der Aufbringbarkeit der Kriegsentschädigung und der Besatzungskosten bestärkt worden durch die Absicht des Reichskabinetts Wirth, die Goldmarkwerte, d. h. den landwirtschaftlichen und den städtischen Grundbesitz und den Besitz an industriellen Produktionsmitteln, mit besonders hohen Steuern zum Ausgleich des Reichshaushaltes heranzuziehen. Dem Plan der hohen Besteuerung der Goldmarkwerte liegt unter anderem der Gedanke zugrunde, daß die Besitzer des Bodens und der gewerblichen Produktionsmittel am ehesten in der Lage seien, ihr Einkommen der Geldentwertung entsprechend zu steigern, während alle anderen Einkommen nicht der Teuerung entsprechend erhöht werden können und in ihrer Kaufkraft und Steuerkraft zurückgehen. Ist wirklich die Steuerkraft der Besitzer der sogenannten Goldmarkwerte so groß, wie sie angenommen wird? —



Daß der städtische Haus- und Grundbesitz infolge der Höchstmietenverordnung heute in Papiermark kaum ein größeres Einkommen hat als vor dem Kriege in Goldmark und daß seine Steuerkraft dadurch außerordentlich geschwächt ist, haben wir bereits festgestellt. Der städtische Grund- und Hausbesitz kann also für die erhöhte Besteuerung der Goldmarkwerte nur dann in Betracht kommen, wenn ihm die Möglichkeit gegeben wird, seine Erträge durch Mieterhöhungen entsprechend zu steigern. Diese Mieterhöhungen würden aber so hoch sein müssen, daß sie eine erhebliche Schwächung der Steuerkraft aller Mieter zur Folge haben müßten. Selbst wenn die erforderlichen Mieterhöhungen die Zustimmung der Reichstagsmehrheit finden würden, was doch bei den weitgehenden sozialen Wirkungen starker Mieterhöhungen sehr zweifelhaft ist, so würde für die Staatsfinanzen dadurch kaum etwas gewonnen sein.

Auch die Landwirtschaft kann die neue starke Besteuerung der Goldmarkwerte nur dann ertragen, wenn sie in der Lage ist, die Steuererhöhung auf die Preise zu schlagen. Dafür ist an sich die Möglichkeit solange noch gegeben, wie die Inlandspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse unter den Weltmarktpreisen liegen. Welche Gefahren würden aber entstehen, wenn z. B. die inländischen Getreidepreise auf Weltmarktpreise erhöht würden! Wenn das wirklich geschehen würde, so müßte dadurch wieder die Steuerkraft aller anderen Kreise der Bevölkerung empfindlich geschwächt werden. Wird aber der Landwirtschaft die hohe Steuer auf die Goldmarkwerte auferlegt und ihr gleichzeitig die Möglichkeit genommen, ihre Preise entsprechend zu erhöhen, so kann sie schließlich ihre Produktionskosten nicht mehr decken. Dadurch würde nicht nur die Steuerkraft der Landwirtschaft in kurzer Zeit

ausgeschöpft werden, sondern es würde zum Schaden des ganzen Volkes die landwirtschaftliche Erzeugung zurückgehen müssen.

Dasselbe gilt für die Industrie. Entweder kann sie die hohen Steuern auf die Goldmarkwerte durch Preiserhöhungen einbringen, wodurch die Steuerkraft der Gesamtheit ihrer Abnehmer vermindert würde, oder sie kann ihre Preise mit Rücksicht auf die Konkurrenz des Auslandes nicht der Steuererhöhung gemäß heraufsetzen und vermag infolgedessen ihre Selbstkosten nicht mehr zu decken. Die industrielle Produktion kann unter dem Druck einer zu hohen Belastung seitens des Staates in verhältnismäßig kurzer Zeit soweit zurückgehen, daß eine große Arbeitslosigkeit um sich greift. Es droht also die Gefahr, daß der Staat durch die Übertreibung der Steuern nicht nur die Steuerkraft der Industrie, sondern ebenso die Steuerkraft all derer zu seinem eigenen Schaden schwächt, die bisher in der Industrie ihren Lebensunterhalt gefunden haben. Das Einkommen und das Vermögen der Industrie unterliegen heute schon starken Steuern. Ist das Einkommen der Industrie wirklich mit der Entwertung der Papiermark soweit gestiegen, daß die bisherigen Steuern noch durch eine besondere Besteuerung der Goldmarkwerte erheblich erhöht werden können?

Bei allen tendenziösen Darstellungen von Riesengewinnen der deutschen Industrie wird außer acht gelassen, daß wir im Kriege und vollends nach der Revolution von der alten Goldwährung auf eine neue Währung, nämlich auf die Papiermarkwährung übergegangen sind, deren Geld Ende Juni 1921 im Inlande nur noch den zehnten Teil von dem Werte des alten Währungsgeldes von 1914 besessen hat. Wenn wir den Währungswechsel auch äußerlich durch eine neue Bezeichnung der Währungseinheit zum Ausdruck gebracht hätten und in den Bilanzen nicht Goldmark und Papiermark wie gleiche Größen mit demselben Ausdruck bezeichneten, sondern die zehnfach entwertete Papiermark zum Unterschiede von der Goldmark Groschen oder Rappen nennen würden, so würde jedermann erkennen, daß die großen Gewinnziffern unserer Industrie tatsächlich nur Scheingewinne sind. Wenn man die jetzigen Dividenden unserer Industrie auf Goldmark umrechnet und mit ihren Goldmarkdividenden vor dem Kriege und mit den Dividenden vergleicht, welche die Industrien derjenigen Länder, die immer noch



eine vollwertige Goldwährung besitzen, heute noch geben, so erscheinen die Gewinnausschüttungen unserer Industrie sehr bescheiden, wenn nicht gar dürftig. Das beweisen die Beispiele der folgenden Übersicht, die sich noch beliebig vermehren lassen würden:

| Aktiengesellschaft | Dividende auf alte und neue Stammaktien zusammen nach dem Stande am 30. Juni 1921 | | Dividende auf das alte Stammaktienkapital im letzten Geschäftsjahre vor dem Kriege |
|---|---|---|---|
| | in Papiermark | in Goldmark | in Goldmark |
| Deutsch-Luxembg. Bergw. . . | 15 % | 1,5 % | 10 % |
| Gelsenkirchener Bergw.-Ges. . | 9 % | 0,9 % | 11 % |
| Harpener Bergbau . . . . . | 12 % | 1,4 % | 11 % |
| Hoesch, Eisen- u. Stahlw. . . | 24 % | 4,8 % | 24 % |
| Phoenix, Bergbau-A.-G. . . . | 20 % | 4,4 % | 18 % |
| Augsburg-Nürnb. Masch.-Fabr. | 12 % | 4,5 % | 16 % |
| Gasmotorenfabrik Deutz . . . | 10 % | 1,5 % | 9 % |
| Allgem. Elektrizitäts-Ges. . . | 14 % | 2,8 % | 14 % |
| Siemens, Elektr.-Betriebs-A.-G. | 0 % (1918/19) | 0 % | 6,5 % |
| Bremer Wollkämmerei . . . | 25 % | 3,7 % | 20 % |
| Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei . . . . | 32 % | 3,2 % | 10 % |
| Kammgarnspinnerei Düsseldorf | 12 % | 1,2 % | 8 % |
| Kammgarnspinnerei zu Leipzig | 40 % | 7,6 % | 5 % |
| Leipziger Baumwollspinnerei . | 25 % | 5,4 % | 15 % |
| Mechan. Baumwollspinnerei u. Weberei, Augsburg . . . . | 24 % | 3,5 % | 10,5 % |
| Vereinigte Glanzstoff-Fabriken | 20 % | 9,4 % | 34 % |
| Dortmunder Union-Brauerei . | 45 % | 9,8 % | 25 % |
| Leipziger Bierbrauerei (Riebeck) | 10 % (1919) | 2,1 % | 10 % |
| Hamburg-Amerika-Paketfahrt-A.-G. . . . . . . . . | 8 % | 0,8 % | 10 % |
| Norddeutscher Lloyd . . . . | 8 % | 1,4 % | 8 % |

Die durchschnittliche Dividende (einschließlich Bonus) der in unserer Übersicht aufgeführten Aktiengesellschaften hat vor dem Kriege 11,8 % betragen, erreichte dagegen in Goldmark umgerechnet (vgl. die Berechnung in der Tabelle 2 im Anhang) unter Berücksichtigung der Aktienvermehrung am 30. Juni 1921 nur 2,1 %. Würde man in die Berechnung die Dividende auf Vorzugsaktien mit hineinnehmen, so würde das Bild noch ungünstiger aussehen. Das

Ausland hat, soweit es nicht einen ähnlichen Währungswechsel durchgemacht hat wie wir, jedenfalls in Goldgeld höhere Dividenden aufzuweisen.

Dazu kommt aber noch, daß das Ausland heute bei der Ausschüttung der Dividenden noch dieselben Grundsätze anwendet, die vor dem Kriege in allen Industrieländern üblich gewesen sind, während wir infolge des Währungswechsels von diesen Grundsätzen, welche unsere Industrie vor dem Kriege zur Blüte gebracht haben, schon in sehr wichtigen Punkten abgewichen sind. Vor dem Kriege galt es in allen Industrieländern für notwendig, mit Rücksicht auf die Abnutzung der Maschinen und der Gebäude und auf die Notwendigkeit, den Betrieb allen technischen Neuerungen entsprechend maschinell immer auf der Höhe zu halten, einen gewissen Teil von dem Geschäftsgewinn zurückzubehalten und auf diese Weise dem Betriebe die Kapitalkraft zu geben, die zur Anschaffung neuer Maschinen erforderlich war. Es wurde dabei je nach der Abnutzung der Maschinen und dem Fortschreiten der Technik in den verschiedenen Industriezweigen eine bestimmte Betriebsdauer für die Maschinen angenommen, nach deren Verlauf dem Betriebe die nötigen Geldmittel zur Anschaffung neuer Maschinen zugeführt sein mußten. Wurde z. B. in einer Industrie mit einer 20jährigen Betriebsdauer der Maschinen gerechnet, so wurden jährlich 5 % von dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis der Maschinen entweder auf der Aktivseite der Bilanz abgeschrieben oder auf der Passivseite der Bilanz auf einem „Erneuerungsfonds" angesammelt. Der Übergang von der Goldmarkwährung zu der Papiermarkwährung hat dazu geführt, daß die Maschinen heute in Papiermark durchschnittlich wenigstens 15mal so teuer sind wie vor dem Kriege. Wie diese Verteuerung auf die Vorsorge für die Neubeschaffung von Maschinen eingewirkt hat, zeigt am einfachsten ein Beispiel:

Eine Aktiengesellschaft, deren Maschinen vor dem Kriege einen Anschaffungswert von 2 Millionen Goldmark gehabt haben, hat zehn Jahre lang jährlich 5% davon, also jährlich 100000 Goldmark zur Neubeschaffung von Maschinen zurückbehalten. In den vergangenen zehn Jahren ist also 1 Million Mark auf diese Weise dem Betriebskapital der Aktiengesellschaft zugeführt worden. Wenn die Aktiengesellschaft weiter in der bisherigen Höhe Abschreibungen vornimmt, so wird sie nach Verlauf der restlichen zehn Betriebsjahre, für welche die Maschinen noch verwendbar sind, ihrem Betriebskapital 2 Millionen Mark zugeführt haben. Wenn wir die Goldwährung beibehalten hätten, so würden diese Rücklagen zur Neubeschaffung der Maschinen nach 20jähriger Betriebsdauer ausgereicht haben. Jetzt aber, nachdem aus den 2 Millionen Goldmark ebensoviel Papiermark geworden sind, reichen die 2 Millionen nicht mehr entfernt zur Neubeschaffung aus. In unserem Beispiele braucht die Aktiengesellschaft zur Neubeschaffung der Maschinen entsprechend der wenigstens 15fachen Steigerung der Maschinenpreise in Papiermark gegenüber den Goldmarkpreisen vor dem Kriege nicht 2 Millionen Papiermark, sondern 30 Millionen Papiermark. Da bisher in den vergangenen zehn Jahren im ganzen nur 1 Million zurückgelegt worden ist, so müssen in den restlichen zehn Betriebsjahren der Maschinen noch 29 Millionen angesammelt werden, d. h. es müssen von jetzt ab jährlich von der Jahreseinnahme der Gesellschaft mindestens 2,9 Millionen vor der Gewinnausschüttung zurückbehalten werden, während vor dem Kriege jährlich nur 100000 Mark auf die Maschinen abgeschrieben zu werden brauchten. Die Rückwirkung des Währungswechsels auf die Rücklagen für Neuanschaffung von Maschinen wird um so ungünstiger, je länger die Maschinen schon im Betriebe sind und je schneller infolgedessen ihre Ersetzung durch neue Maschinen notwendig wird. Wären z. B. die Maschinen der oben erwähnten Aktiengesellschaft schon 15 Jahre lang im Betriebe, so wären in dieser Zeit 1,5 Millionen angesammelt worden und die restlichen 28,5 Millionen müßten innerhalb von fünf Jahren zurückgelegt werden. Dann würden sich die jährlichen Rücklagen von 2,9 Millionen Mark auf 5,7 Millionen Mark erhöhen und damit nominell 57mal so groß sein wie vor dem Kriege. Wird nicht auf diese Weise für die rechtzeitige Ersetzung der Maschinen vorgesorgt, so muß die Industrie sehr bald technisch veralten und ist jedenfalls nicht in der Lage, mit der ausländischen Industrie zu konkurrieren, die infolge der Beibehaltung der Goldwährung in den betreffenden Ländern die Abschreibungen immer noch nach denselben Grundsätzen vornimmt wie vor dem Kriege. Der objektive Beobachter

wird zugeben müssen, daß unsere Industrie heute schon vielfach nicht genug verdient, um die erforderliche Vorsorge für die Neubeschaffung von Maschinen treffen zu können. Die Verwirrung aller Wertbegriffe durch die Entwertung der Papiermark hat sogar in sehr vielen Fällen dazu geführt, daß Scheingewinne ausgeschüttet werden, die in Wirklichkeit nichts anderes sind als das unentbehrliche Kapital der Industrie, das durch die unselige Markentwertung so aufgebläht erscheint. Wer sich in die wirtschaftlichen Folgen der Papiermarkentwertung hineingedacht hat, kann weder durch die Bilanzen noch durch die Dividenden unserer Industrie darüber getäuscht werden, daß auch unsere Industrie heute in großem Umfange von dem Vermögen lebt, das sie in besseren Zeiten durch Fleiß und Energie erworben hat. Die heutige Steuerkraft unserer Industrie ist deshalb nicht im geringsten ermutigend, sondern sie steht hinter der Steuerkraft, die sie vor dem Kriege besessen hat und die heute noch die Industrien in den Goldwährungsländern besitzen, erheblich zurück.

Wenn wir demnach auch bei der Betrachtung der finanziellen Lage unserer Industrie zu dem Ergebnis kommen, daß gar keine Aussicht besteht, die Steuern in dem erforderlichen Maße zu erhöhen, so scheint diesem Ergebnis doch die Tatsache zu widersprechen, daß die Gesamtguthaben der Einleger auf den öffentlichen und nichtöffentlichen Sparkassen in Deutschland gegenüber der Zeit vor dem Kriege erheblich angewachsen sind. Aber auch bei den Sparguthaben täuscht wieder der Übergang von der Goldmark- zur Papiermarkwährung. Bei näherer Prüfung ergibt sich, daß die Sparguthaben zwar nominell zugenommen haben, daß aber ihre Kaufkraft, die doch allein als ein Maßstab der Steuerkraft angesehen werden kann, infolge der Entwertung der Mark heute viel geringer ist als am Ende des Jahres 1913. Ende 1920 betrugen die Gesamtguthaben der Einleger auf den öffentlichen und nichtöffentlichen deutschen Sparkassen 46 Milliarden Papiermark[1]). Führt man diese Summe entsprechend der zehnfachen Entwertung der Papiermark im In-

[1]) Vgl. „Richtlinien für die zeitgemäße Ausgestaltung der Sparkassengeschäfte", Vortrag von Oberbürgermeister a. D. Künzer auf dem Allgemeinen Deutschen Sparkassentag in Dresden, am 7. Dezember 1920.



lande auf Goldmark zurück, so stellt sich heraus, daß Ende 1920 die Gesamtguthaben der Einleger bei den öffentlichen und nichtöffentlichen deutschen Sparkassen einen Wert von 4,6 Milliarden Goldmark gehabt haben, während sie Ende 1913 einen Wert von 19,7 Milliarden Goldmark aufgewiesen haben. Der ursprüngliche Goldmarkwert der Gesamtguthaben ist also von Ende 1913 bis Ende 1920 auf weniger als den vierten Teil zurückgegangen.

Bei den Lebensversicherungen, deren besondere Verhältnisse allerdings zu beachten sind, haben die Bestände der großen Versicherung auf den Todesfall, der großen Versicherung auf den Lebensfall und der Volksversicherung nach „Masius' Rundschau" (Verlag Bär & Hermann, Leipzig) am Ende des Jahres 1913 16,2 Milliarden Goldmark betragen. Nach den Angaben derselben Zeitschrift im September-Heft 1921 haben die Bestände der genannten Zweige der Lebensversicherung am Ende des Jahres 1920 zusammen 27,8 Millarden Papiermark erreicht. Sie haben also mit der zehnfachen Entwertung der Papiermark im Inlande nicht Schritt gehalten. Ihr Goldwert ist vielmehr auf 2,78 Milliarden Goldmark, d. h. auf den sechsten Teil des Goldwertes derselben Versicherungsbestände von Ende 1913 zurückgegangen.

Das Ergebnis unserer Untersuchungen ist also auf der ganzen Linie ein Rückgang der Kaufkraft der Einkommen und eine Entwertung der Vermögen und der Ersparnisse in Deutschland. Mag auch zugegeben werden, daß die indirekten Steuern und die Zölle noch erhöht werden können, so muß doch andererseits betont werden, daß indirekte und direkte Steuern von denselben Einkommen getragen werden und daß es schließlich auf dieselbe Wirkung hinauskommt, ob man die Steuerkraft mehr durch indirekte Steuern oder mehr durch direkte Steuern erschöpft. Daß die direkten Reichssteuern heute schon nahezu bis an die Grenze des möglichen gesteigert worden sind, haben die Sachverständigen der Alliierten in einem Gutachten festgestellt[1]), in dem es wörtlich heißt: „Die gegenwärtigen Tarife für die direkten Steuern scheinen bis auf das Höchstmaß gesteigert worden zu sein, vielleicht wird man

[1]) Sammlung von Aktenstücken über die Verhandlungen auf der Konferenz zu London vom 1. bis 7. März 1921, S. 99.

sogar, wenn die Veranlagung wieder in Ordnung ist und die Steuern vollen Ertrag bringen, zu der Feststellung kommen, daß im Interesse des fiskalischen Ergebnisses, welches mit dem wirtschaftlichen Wohlstand Deutschands eng verbunden ist, eine Ermäßigung gewisser direkter Steuern zu erwägen sein wird, besonders derjenigen, die auf Handel und Industrie lasten".

Trotz dieser Feststellung der Gegenseite müßten wir nun die Reichssteuern auf die dreifache bisherige Höhe bringen, damit das Reich in den kommenden Jahren seine Ausgaben durch ordentliche Einnahmen bestreiten kann. — Das ist aber bei unseren jetzigen Einkommens- und Vermögensverhältnissen auf eine gesunde Methode nicht möglich[1]). Sobald das Reich die Steuern über das erträgliche Maß hinaufsetzt, so entstehen dadurch neue Preissteigerungen und neue Lohnforderungen, die keine Regierung in Deutschland abzulehnen vermag. Eine neue Teuerungswelle muß sich dann über unsere ganze Volkswirtschaft ausbreiten, die schließlich auch eine neue Steigerung aller Ausgaben des Reiches herbeiführen muß. Auch dem Auslande gegenüber kann unsere finanzielle Lage durch übermäßige Steuern nicht gebessert werden, denn sobald durch die Steuern die Preise steigen und die Kaufkraft der Mark im Inlande sinkt, geht auch ihre Bewertung im Auslande weiter zurück und alle Zahlungen an das Ausland erfordern dann in Papiermark um so größere Summen. Trotz dieser Bedenken wird das Reich wohl oder übel unter dem Zwange des Londoner Diktates und unter den Drohungen der Entente mit der Besetzung weiterer Reichsgebiete neue Steuergesetze erlassen müssen. Wir sind ja nun einmal in Deutschland soweit, daß die Kommissionen der Entente bestimmen, welche Gesetze der Reichstag beschließen muß.

So sind denn auch durch eine amtliche Mitteilung vom 6. August 1921 die neuen Steuerpläne des Reichsfinanzministeriums der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden. Es handelt sich um nicht weniger als 15 neue Steuergesetzentwürfe, von denen drei bereits dem Reichstag vorliegen. Zu den neuen Steuerplänen gehören: Die siebenfache Erhöhung der Zuckersteuer; ein neues Süßstoffsteuergesetz; die fünffache Erhöhung der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol; die Erhöhung der Leuchtmittelsteuer, Verdoppelung der Süßwasser- und Mineralwassersteuer, Erhöhung der Biersteuer auf das Vierfache, Ausbau der Tabaksteuer; Zollerhöhungen für Genußmittel und für eine Reihe von Luxuswaren; Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 vom Hundert des Wertes; ein neues Rennwettgesetz; wesentliche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer unter Einschluß der Lastkraftwagen; Erhöhung der Versicherungssteuer; Verdoppelung der Umsatzsteuer; Erhöhung der Körperschaftssteuer auf 30 vom Hundert des gesamten steuerbaren Einkommens der Erwerbsgesellschaften; ein neues Kapitalverkehrssteuergesetz unter Umgestaltung des Reichsstempelgesetzes; Erhöhung der Börsensteuer; eine neue Vermögenssteuer, die von drei zu drei Jahren oder in kürzeren Zeitabschnitten veranlagt und zusammen mit einem Zuschlag von 300% so hoch bemessen sein soll, daß sie „in vielen Fällen einen Eingriff in die Vermögenssubstanz unvermeidlich" macht; dazu kommen ein neues Vermögenszuwachssteuergesetz bis zum Höchstsatz von 10% und eine Abgabe vom Vermögenszuwachs[2]) aus der Nachkriegszeit seit 1919, die bei Vermögen von 200 000 Mark und einem Zuwachs von 100 000 Mark beginnt und von 5—30% gestaffelt ist.

Obwohl diese Steuerpläne an Stattlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, so werden sie doch nicht annähernd eine Lösung der Reichsfinanznot bringen können. Zunächst ist noch nicht erwiesen, daß es der Reichsregierung mit Hilfe dieser neuen Steuern und Zölle gelingt, ihre Einnahmen auf die veranschlagte Höhe von 80 Milliarden Mark zu bringen. Bekanntlich hat dasselbe Reichskabinett das Londoner Ultimatum und damit die Bestimmung unterschrieben, daß die Schuldverschreibungen auf

---

[1]) Vgl. Gustav Cassel, „Das Geldproblem der Welt", München 1921, S. 123.

[2]) „Abgabe vom Vermögenszuwachs" ist eigentlich ein falscher Ausdruck. In den meisten Fällen handelt es sich nur darum, daß die Papiermark im Inlande weiter an Kaufkraft verloren hat und daß die Vermögen dieser Geldentwertung teilweise gefolgt sind. Nur wenn die Aufblähung der Vermögen über das Verhältnis der Entwertung der Papiermark im gleichen Zeitabschnitt hinausgeht, kann von einem Vermögenszuwachs mit Recht gesprochen werden.

die deutsche Kriegsentschädigung „von allen deutschen Steuern und Lasten jeder Art jetzt oder in Zukunft frei sein“ sollen. Wieviel Steuern dadurch dem Reiche entzogen werden, bleibt abzuwarten. Wir wollen immerhin annehmen, daß es der Reichsregierung gelingt, ihre Papiermarkeinkünfte aus Steuern und Zöllen auf 80 Milliarden zu bringen. Dann bleibt doch immer noch die Tatsache bestehen, daß die Ausgaben des Reiches im Rechnungsjahr 1921 schon jetzt auf mindestens 150 Milliarden Mark (unter Einschluß der Überweisungen an Länder und Gemeinden in Höhe von 9,88 Milliarden Mark) zu berechnen sind. Es bleiben also trotz der Steuerreform immer noch 70 Milliarden Mark Reichsausgaben in diesem Jahre ungedeckt. Und dabei wird es nicht bleiben! Man überlege sich nur, welche Preissteigerungen durch die Erhöhung der Kohlensteuer und der Umsatzsteuer und fast durch sämtliche Steuern des neuen Steuerplanes hervorgerufen werden müssen und wie dadurch wieder die Ausgaben des Reiches anwachsen. Wenn es nur darauf ankommen würde, die Steuereingänge in Papiermark zu erhöhen, so würde es ja leicht sein, diese Steuererhöhungen durch eine allgemeine Steigerung der Einkommen mit Hilfe der Notenpresse zu unterstützen. Aber damit ist ja dem Reiche nicht geholfen. Es handelt sich um nicht weniger als um die Notwendigkeit, daß wir die Steuereingänge des Reiches auf die dreifache Höhe bringen, ohne daß dabei eine Verminderung der Kaufkraft der Mark im Inlande und eine Entwertung der Mark im Auslande eintritt und ohne daß die Ausgaben des Reiches wieder in die Höhe schnellen. Die Steuereingänge müssen also jede mögliche Steigerung der Reichsausgaben übertreffen. Diese Herkulesarbeit kann niemand, der die Zusammenhänge von Steuerpolitik und Volkswohlstand kennt, der ausgesaugten deutschen Volkswirtschaft zumuten. Alle Drohungen und Gewaltmaßnahmen des Ententemilitarismus, alle wohlgemeinten Ratschläge des internationalen Pazifismus und alle ehrlichen Bemühungen unseres Volkes, sich aus der drückenden Schuldknechtschaft und aus der Überwachung durch die Kontrollkommissionen und die Besatzungsheere der Entente durch immer neue Milliardentribute loszukaufen, werden an dieser Unmöglichkeit scheitern.

## VI. Die Notenpresse.

Unsere Steuerkraft reicht, wie wir gesehen haben, nicht mehr hin, um dem Reiche die finanziellen Mittel zu geben, die es zur Deckung seiner laufenden Ausgaben auch dann noch brauchen würde, wenn es keinerlei Kriegslasten zu tragen hätte. Die Steuereinnahmen des Reiches werden also erst recht niemals so groß sein, daß sie über die eigenen schweren Kriegslasten hinaus noch die Ausgaben für die Kosten der feindlichen Besatzung und die finanzielle Kriegsentschädigung der Alliierten decken können. Um trotzdem ihre Forderungen sicherzustellen, haben die Alliierten der deutschen Regierung mit dem Londoner Ultimatum das Zugeständnis abgepreßt, alle deutschen See- und Landzölle und Abgaben aller Art, besonders die Erträgnisse aus den Einfuhr- und Ausfuhrabgaben und die Einkünfte von solchen direkten oder indirekten Steuern oder anderen Fonds, „welche die deutsche Regierung vorschlagen kann“, in erster Linie zur Bezahlung der Kriegsentschädigung und der Besatzungskosten an die Alliierten zu verwenden. Die Alliierten haben zur Kontrolle der Reichsfinanzen ein sogenanntes Garantiekomitee eingesetzt, das bestimmt, in welcher Höhe und in welchen Raten das Reich aus seinen Zoll- und Steuereinnahmen Zahlungen an die Alliierten zu leisten hat. Die Zahlungen sollen in Gold oder solchen fremden Währungen, die das Garantie-Komitee der Alliierten billigt, auf Konten eingezahlt werden, die auf den Namen des Garantiekomitees lauten und von ihm überwacht werden. Wenn in den Bedingungen des Londoner Ultimatums gesagt ist, die deutsche Regierung könne die abzuführenden Einkünfte vorschlagen und das Garantiekomitee sei nicht ermächtigt, sich in die deutsche Verwaltung einzumischen, so bedeutet das nur, daß die Alliierten

die Eintreibung ihrer Tribute lieber der deutschen Regierung überlassen wollen. Die Alliierten wissen sehr wohl, daß sie ohne die Hilfe deutscher Behörden trotz aller militärischen Gewaltmittel ebensowenig die Milliardentribute aus unserem Lande herausholen können, wie sie ohne deutsche Mitwirkung unsere Waffen hätten zerstören und deutsche Offiziere und Mannschaften als „Kriegsverbrecher" hätten aburteilen lassen können. Die Alliierten glauben eben, uns so behandeln zu können, als gehörten wir schon zu den passiven Völkern, denen die Lebenskraft fehlt, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden. In Wahrheit ist heute die Finanzhoheit des Reiches mehr beschnitten, als es jemals diejenige Chinas oder der Türkei gewesen ist. Die Sieger haben gerade in diesem Punkte den Bogen in einer Weise überspannt, die ihnen selbst auf die Dauer gefährlich werden muß.

Wenn die Alliierten alle ordentlichen Einkünfte des Reiches für sich in Anspruch nehmen, so ändern sie damit nichts daran, daß das Reich auch Geld braucht, um seine notwendigen Funktionen ausüben zu können. Das Reich muß zur Bewältigung seiner Aufgaben in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung und für die Erfüllung seiner vielen kulturellen und sozialen Pflichten eine große Anzahl von Behörden und Beamten bezahlen. Es muß zum Schutze seines Staatsgebietes die Reichswehr unterhalten und es muß nicht zuletzt für die Erhebung der Steuern und Zölle, die doch im Interesse der Alliierten erfolgt, das große Heer der Finanzbeamten besolden. Wenn die Alliierten dem Reiche die Zoll- und Steuereinkünfte wegnehmen, so ist das Reich gezwungen, Kredit aufzunehmen, um damit seine unbedingt nötigen Ausgaben zu bezahlen.

Bei der Kreditaufnahme stehen dem Reiche zwei Wege zur Verfügung. Es kann entweder festverzinsliche Anleihen ausgeben, die es überhaupt nicht oder erst nach einer längeren Reihe von Jahren tilgt (langfristige oder fundierte Schuld), oder es kann Schatzanweisungen ausgeben, die schon in einigen Monaten, selten aber später als nach einem Jahre zurückgezahlt werden (schwebende Schuld). Mehrjährige Schatzanweisungen können mit Zinsscheinen ausgestattet werden, kurzfristige Schatzanweisungen sind dagegen formell unverzinslich und werden wie Wechsel diskontiert.



Während des Krieges hat das Reich seinen Geldbedarf so gedeckt, daß es zunächst den laufenden Ausgaben entsprechend Schatzanweisungen ausgegeben und diese dann mit den Ergebnissen langfristiger Anleihen (sog. Kriegsanleihen), die von Zeit zu Zeit aufgenommen wurden, wieder eingelöst hat. Nach der Umwälzung Ende 1918 ist es dem Reiche nicht mehr möglich gewesen, langfristige Anleihen unterzubringen. Infolgedessen ist mit den ins Riesenhafte wachsenden ungedeckten Ausgaben des Reiches die Summe der kurzfristigen Schatzanweisungen gewaltig angestiegen. Soweit es möglich ist, die Schatzanweisungen an Privatleute im Inlande und im Auslande abzusetzen, ist damit der Geldbedarf des Reiches vorübergehend gedeckt. Werden die alten Schatzanweisungen fällig, so muß eben versucht werden, an ihrer Stelle wieder neue Schatzanweisungen unterzubringen. So haben sich am 30. Juni 1921 für 105,4 Milliarden Mark Schatzanweisungen in Privathänden befunden. Da mit dieser Summe der Geldbedarf des Reiches aber nicht hat gedeckt werden können, so ist eine weitere Riesensumme von Schatzanweisungen — am 30. Juni 1921 sind es 79,6 Milliarden Mark gewesen — im Wechselportefeuille der Reichsbank geblieben und die Reichsbank hat hierfür das Geld mit Hilfe der Notenpresse beschaffen müssen.

Schon bisher hat die Vermehrung des Papiergeldumlaufes in Deutschland größte Besorgnis erregt. Der Gesamtumlauf an Banknoten, Reichskassenscheinen und Darlehnskassenscheinen betrug

| | | |
|---|---|---|
| am 30. Juni 1914 . . . | 2,4 | Milliarden Mark |
| „ 1. Januar 1919 . . | 32,9 | „ „ |
| „ 30. Juni 1921 . . . | 84,0 | „ „ |

Nach der Inanspruchnahme aller ordentlichen Einkünfte des Reiches für die Kriegsentschädigung und die Kosten der alliierten Besatzungsheere droht die Ausgabe neuer Banknoten künftig noch erheblich größeren Umfang anzunehmen. Es ist zwar damit zu rechnen, daß es der Reichsfinanzverwaltung auch künftig gelingt, Geld mit Hilfe von Reichsschatzanweisungen zu beschaffen, die namentlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1920 von Industrie und Handel wegen der damals herrschenden Geschäftsstockung zur

vorübergehenden verzinslichen Anlage ihrer unbeschäftigten Kapitalien gesucht gewesen sind. In welchem Umfange das aber künftig gelingen wird, läßt sich nicht voraussehen. Jedenfalls ist die Ausgabe von Schatzanweisungen immer nur als eine vorübergehende Entlastung der Banknotenpresse anzusehen, weil die Gefahr vorliegt, daß die Schatzanweisungen kurzfristig zur Einlösung vorgelegt werden können, wenn ihre Besitzer das darin angelegte Geld für andere Zwecke benötigen oder der Anlage nicht mehr trauen.

Angesichts der Tatsache, daß das Reich nach dem Londoner Finanzdiktat ganz auf die Notenpresse angewiesen ist, drängt sich uns die Frage auf: Warum legen die Alliierten solches Gewicht darauf, daß ihre Forderungen mit dem Papiergeld bezahlt werden, das dem Reiche aus den Zoll- und Steuereinnahmen zufließt? Ist nicht das Papiergeld aus den Zoll- und Steuerkassen zur selben Zeit ebensoviel oder ebensowenig wert wie das Papiergeld, das frisch von der Notenpresse kommt? — Man würde nach unserer Meinung die wirtschaftspolitische und finanzpolitische Einsicht der Alliierten unterschätzen, wenn man ihnen nicht zutraute, daß sie sich diese Frage mit einem Ja beantworten. Wir glauben, die Alliierten würden den kostspieligen Apparat der Finanzkontrolle in Deutschland und der Zollkontrolle im besetzten Gebiet und das damit verbundene Odium der Tyrannei vermeiden, wenn sie nicht damit einen ganz besonderen Zweck verfolgen würden: Den Alliierten liegt daran, möglichst schnell einen möglichst großen Teil der erhofften Kriegsbeute in Sicherheit zu bringen. Deshalb wollen sie die Schuldverschreibungen auf die deutsche Kriegsentschädigung, und zwar zunächst die Serien A und B (vgl. oben S. 2), in kleiner Stückelung in allen Ländern begeben. Um den Ankauf dieser Schuldverschreibungen, die auf Goldmark lauten und deshalb auch „Goldbons" genannt werden, vorteilhaft erscheinen zu lassen, soll in der ganzen Welt durch die Beschlagnahme der deutschen Zoll- und Steuererträgnisse und deren ratenweise Einzahlung in Gold oder Devisen auf das Konto des Garantiekomitees der Eindruck erweckt werden, daß die Verzinsung und Amortisation der Schuldverschreibungen in Gold oder goldwertigen Devisen für alle Zukunft sichergestellt sei.



In Wirklichkeit gibt es freilich eine solche Sicherstellung der Verzinsung und Amortisation der Schuldverschreibungen in Gold oder fremden Devisen nicht.

Je mehr Banknoten das Reich zur Deckung seiner Ausgaben im Inlande unter dem Druck des Londoner Finanzdiktates ausgeben muß, desto geringer wird im Laufe der Zeit die Kaufkraft der Mark im Inlande werden. Je mehr Papiergeld das Reich dazu aufwenden muß, um sich die fremden Devisen zur Zahlung der Kriegsentschädigung zu beschaffen, desto mehr werden wir genötigt sein, die Papiermark im Auslande zu Kursen abzusetzen, die noch niedriger sind, als es zur selben Zeit der Kaufkraft der Mark im Inlande entspricht, weil wir dem Auslande durch niedrige Kurse einen gewissen Anreiz zum Ankauf der Papiermark bieten müssen. Deshalb wird unter dem Drucke des Londoner Finanzdiktates die Bewertung der Mark im Auslande immer weiter zurückgehen müssen, und wir werden die Goldbons *nur so lange* in Gold oder goldwertigen Devisen verzinsen und amortisieren können, *wie sich Ausländer finden, die uns für unsere Papiermark die nötigen Devisen geben.*

Wir werden eben in Zukunft *zwei Arten von ausländischen Gläubigern* haben:

*Erstens* die *Gold- oder Devisengläubiger*, das sind die alliierten Staaten und alle, die ihnen die Goldbons auf die deutsche Kriegsentschädigung abkaufen, und

*zweitens* die *Papiermark-„Gläubiger"*[1]), das sind diejenigen Ausländer, die unsere Papiermark nehmen und uns dafür außer Rohstoffen und Lebensmitteln auch die fremden Devisen geben, die wir zur Verzinsung und Amortisation der von den Alliierten ausgegebenen Goldbons brauchen.

Die Gold- oder Devisengläubiger können nur so lange von uns befriedigt werden, wie sich Papiermark-„Gläubiger" finden. *Jede Milliarde Goldmark, die wir an das Ausland zahlen sollen, muß uns vorher vom Auslande gegeben werden*, weil unsere Zahlungsbilanz, wie wir im dritten Abschnitt unserer Schrift gesehen haben, selbst wenn wir gar keine

[1]) Korrekt gesprochen: Die Besitzer deutscher Papiermark.

Kriegsentschädigung zu zahlen hätten, schon einen jährlichen Passivsaldo von mehreren Milliarden Goldmark aufweisen würde.

Wenn die Belastung unserer Zahlungsbilanz durch die Kriegsentschädigung Jahr für Jahr so, wie es in dem Londoner Diktat festgelegt ist, anhält, so wird schließlich die Gesamtheit der Papiermark-„Gläubiger" im Auslande einsehen müssen, daß sie an der Papiermark verloren haben und daß ihre Verluste unseren Gold- und Devisengläubigern zu Gewinnen geworden sind.

Wenn erst diese Einsicht unter den Papiermark-„Gläubigern" im Auslande so weit reift, daß sie uns nicht mehr so bereitwillig wie bisher für unsere Papiermark fremde Devisen geben, dann werden auch für unsere Gold- und Devisengläubiger die guten Zeiten zu Ende gehen und die Enttäuschungen kommen. Darum werden auch die Inhaber der Goldbons auf die deutsche Kriegsentschädigung einmal erkennen müssen, daß weder die Beschlagnahme aller deutschen Zölle und Steuern durch die Alliierten, weder die Finanzkontrolle des Garantiekomitees, noch der Goldcharakter der Schuldverschreibungen ihnen eine Verzinsung und Amortisation in Gold auf die Dauer sichern können.

Die Welt wird erfahren, daß die Alliierten *uns die Unterschrift* unter das unerfüllbare Londoner Finanzdiktat, die wir nicht geben wollten, weil wir ihre Folgen voraussahen, mit der Androhung neuer militärischer und wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen *zu dem Zwecke abgepreßt* haben, *um die ganze Welt* mit den Goldbons auf unsere Kriegsentschädigung zu *prellen*. Je mehr dieser *Preß- und Prellscheine* die Alliierten ausgeben werden, desto schneller wird sich zeigen, daß ihre Verzinsung und Amortisation in Gold oder goldwertigen Devisen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Nutzen haben von den Preß- und Prellscheinen nur die Alliierten, indem sie sich möglichst viele Milliarden von der Kriegsbeute, die sie trotz ihrer kostspieligen Besatzungsheere aus Deutschland nicht herausholen können, von den Käufern der Preß- und Prellscheine im voraus bezahlen lassen. Die Alliierten werden aber ihre Hände in Unschuld waschen und nur aufs neue die Atmosphäre aller Länder mit den sattsam bekannten Verleumdungen des deutschen Volkes zu vergiften suchen, wenn die Käufer der famosen Goldbons ihre



Milliardenverluste erkennen. In welchem Umfange die Goldbons auf die deutsche Kriegsentschädigung Absatz finden werden und wie groß der Kreis der Geschädigten sein wird, läßt sich nicht voraussehen.

Jedenfalls ist den Erfindern der Preß- und Prellscheine schon jetzt der Ruhm sicher, das geniale Assignatenvorbild der französischen Revolution und die Milliarden-Tagesdruckerei der bolschewistischen Rubelpresse in bezug auf Zweckmäßigkeit für ihre Staatsfinanzen weit übertroffen zu haben. Die französische Revolution und der Bolschewismus haben durch ihre Papiergeldwirtschaft doch schließlich fast nur ihre eigenen Staatsangehörigen geschädigt. Die Alliierten dagegen suchen durch das System der Preß- und Prellscheine die gesunde Wirtschaftskraft anderer Länder und Völker für ihre eigenen Staatsfinanzen nutzbar zu machen.

Für uns wird der Zusammenbruch des Preß- und Prellsystems der Alliierten nur ein schwacher Trost sein, denn unter der Herrschaft des Londoner Finanzdiktates wird unsere Markvaluta weiter empfindlich entwertet werden, wird das Reich dem Staatsbankrott verfallen und wird unsere Volkswirtschaft noch mehr verarmen.

Die Anfänge einer erneuten *Entwertung der Mark im Auslande infolge des Londoner Finanzdiktates* haben sich bereits gezeigt.

Vorübergehende Besserungen der Markvaluta sind selbstverständlich auch nach der Annahme des Londoner Ultimatums möglich. Aber auf die Dauer muß der deutsche Mehrbedarf an fremden Devisen für die Kriegsentschädigung die Bewertung der Mark im Auslande herabdrücken. Selbst wenn die Reichsbank dazu übergeht, der deutschen Volkswirtschaft, namentlich den am Außenhandel beteiligten Kreisen von Industrie und Handel, die von ihnen durch Ausfuhrgeschäfte erworbenen fremden Devisen für die Zwecke der Kriegsentschädigung abzunehmen, so kann dadurch eine verstärkte deutsche Nachfrage nach fremden Devisen mit ihren wertvermindernden Wirkungen für die deutsche Mark nicht vermieden werden. Der gesamte Devisenanfall wird ja durch die Devisenablieferung an die Reichsbank nicht größer. Industrie und Handel würden sich nach der Devisenablieferung eben im freien Markt für die von der Reichsbank entzogenen fremden Devisen um jeden

Preis Ersatz suchen müssen, weil der Wert der unbedingt nötigen Einfuhr ausländischer Rohstoffe und Nahrungsmittel, wie wir im Abschnitt „Zahlungsbilanz" gesehen haben, dauernd erheblich größer sein wird, als der Gesamtwert der deutschen Ausfuhr.

Welche Folgen die weitere Entwertung der Mark haben kann, läßt sich an den bisherigen Wirkungen der Markentwertung am besten ermessen. Die deutsche Mark besaß an den neutralen Börsen in Zürich, Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm und Christiania Mitte Oktober 1918, also kurz nach dem deutschen Waffenstillstandsangebot, im Durchschnitt noch einen Wert von 60 Goldpfennigen. Anfang Mai 1921, zur Zeit der Überreichung des Londoner Ultimatums, wurde sie an den genannten fünf neutralen Börsen im Durchschnitt nur noch mit 8 Goldpfennigen bewertet. Die Entwertung der Mark auf 60 Goldpfennige um Mitte Oktober 1918 bewirkte, daß wir zu jener Zeit für alle Nahrungsmittel, Rohstoffe und Waren aus dem Auslande Preise zahlen mußten, die um zwei Drittel höher waren als diejenigen, die wir bei einer vollwertigen Mark zu zahlen gehabt hätten. Als der Markwert auf 8 Goldpfennige gesunken war, hatten sich die Preise ausländischer Waren für deutsche Käufer bereits auf das Zwölfeinhalbfache verteuert.

Bei der Überreichung des Londoner Ultimatums hatten wir von dem Werte der Mark im Auslande noch 8 Goldpfennige zu vergeben. Der Verlust jedes weiteren Goldpfennigs vom ursprünglichen Werte der Mark bedeutet künftig ein immer stärkeres Ansteigen der Preise für ausländische Rohstoffe und Nahrungsmittel.

Die Preise der Auslandswaren steigen bei einer weiteren Entwertung der Mark

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| von | 8 | auf | 4 | Goldpfennige | auf das | 25fache | in | Papiermark |
| „ | 4 | „ | 2 | „ | „ „ | 50fache | „ | „ |
| „ | 2 | „ | 1 | „ | „ „ | 100fache | „ | „ |
| „ | 1 | „ | 1/2 | „ | „ „ | 200fache | „ | „ |
| „ | 1/2 | „ | 1/4 | „ | „ „ | 400fache | „ | „ |

Ein Paar Lederstiefel, das in England 20 Shilling = 20 Goldmark kostet, würde demnach bei einer Entwertung der Mark auf 8 Goldpfennige zwölfeinhalbmal 20 Goldmark = 250 Mark, bei



einer Entwertung der Mark auf 1 Goldpfennig 100 mal 20 Goldmark = 2000 Papiermark und bei einer Entwertung der Mark auf 1/2 Goldpfennig 200 mal 20 Goldmark = 4000 Papiermark kosten. Die Entwertung der Mark auf 1 Goldpfennig würde ungefähr dem Stande der österreichischen Krone Ende Juni 1921, die weitere Entwertung der Mark auf 1/2 Goldpfennig würde ungefähr dem gleichzeitigen Werte der polnischen Mark entsprechen.

Bei diesen besorglichen Aussichten stellen wir uns die Frage: Ist mit einem *schnellen Zusammenbruch* der Markvaluta zu rechnen *oder* wird sich die *Entwertung der Mark längere Zeit* hinziehen? — Es ist nicht ausgeschlossen, daß unvorhergesehene Ereignisse einen schnellen Zusammenbruch der Markvaluta herbeiführen. Wir neigen aber der Meinung zu, daß die Entwertung der Mark unter dem Drucke des Londoner Finanzdiktates langsam vor sich gehen wird und daß sogar vorübergehende Besserungen eintreten können, weil sich auch Kräfte gegen die Entwertung der Mark einsetzen. An den optimistischen Aussagen der Ausländer, die nach Deutschland kommen und hier Ordnung, Pünktlichkeit des Verkehrs und unermüdlichen Unternehmungsgeist beobachten, ist schon etwas Wahres. Es wird wieder gearbeitet in Deutschland, und nicht alle nehmen es mit dem Achtstundenarbeitstag so genau wie weite Kreise unserer Arbeiterschaft. Je mehr wir arbeiten, desto mehr wird die Entwertung der Mark verlangsamt. Auch die Ausländer, die im Vertrauen auf deutschen Fleiß und deutsche Intelligenz die Mark günstig beurteilen, wirken dem schnellen Verfall der Markvaluta entgegen. So können, wenn auch auf die Dauer eine Entwertung der Mark infolge des Londoner Finanzdiktates unabwendbar erscheint, doch Jahre darüber hingehen, bis diese Entwertung zum Zusammenbruch führt.

Es kommt hinzu, daß die gute Meinung des Auslandes von der Mark noch dadurch bestärkt werden kann, daß das Wirtschaftsleben in Deutschland gerade bei fallender Markvaluta den Eindruck eines glänzenden Geschäftsganges machen kann. Es ist noch jedermann in Erinnerung, wie durch den Sturz der Markvaluta im Winter 1919/20 und im Frühjahr 1920 eine *Belebung des Geschäftes* in Deutschland eintrat. Die deutschen Käufer suchten ihren Bedarf nach den aus dem Auslande kommenden

Nahrungsmitteln und Rohstoffen möglichst schnell einzudecken, um nicht kurze Zeit später erheblich höhere Preise zahlen zu müssen. Bald stiegen auch alle inländischen Waren im Preise, weil mit der Preissteigerung der eingeführten Nahrungsmittel, Rohstoffe und Fertigerzeugnisse der gesamte Lebensunterhalt in Deutschland und damit die Arbeitslöhne, Gehälter und sonstigen Produktionskosten teurer wurden. Die durch das Fallen der Markvaluta hervorgerufene Preissteigerung führte schon damals dazu, daß jeder, der über Geld verfügte, dies möglichst schnell in Ware umzusetzen suchte. Jeder Anreiz zum Sparen hörte auf, weil man voraussah, daß man vom Gelde um so weniger haben würde, je länger man es in der Sparbüchse ließ. Zu der verstärkten Nachfrage des Inlandes kamen zahlreiche Aufträge aus dem Auslande. Die Bewertung der Mark im Auslande sank im Winter 1919/20 so schnell, daß die Preise in Deutschland ihr nicht schnell genug in die Höhe folgten und daß die ausländischen Käufer in Deutschland die gewünschten Waren zu viel niedrigeren Preisen bekommen konnten, als sie im Auslande dafür zahlen mußten. — Es ist möglich, daß eine solche Belebung des Inlands- und Auslandsgeschäftes, wie wir sie im Winter 1919/20 und im Frühjahr 1920 erlebt haben, wiederum eintritt, wenn die Bewertung der Mark im Auslande unter dem Drucke der finanziellen Kriegsentschädigung sich weiter abwärts bewegt.

Zu dem Sturz der Markvaluta, der im Winter 1919/20 die Geschäftsbelebung verursacht hat, kommt nun nach dem Londoner Finanzdiktat noch die vermehrte Papiergeldausgabe im Inlande, zu der das Reich schreiten muß, weil es seine Ausgaben nur zu einem Drittel durch die Einnahmen aus Steuern und Zöllen decken kann. Die vermehrte Tätigkeit der Notenpresse wirkt ebenfalls auf eine Belebung der Kauflust hin. Das frisch gedruckte Papiergeld wandert, wie es im zweiten Teil von Goethes „Faust“ heißt,

> „... zum Fleischer, Bäcker, Schenken.
> Die halbe Welt scheint nur an Schmaus zu denken,
> Wenn sich die andre neu in Kleidern bläht.
> Der Krämer schneidet aus, der Schneider näht.“



Es ist möglich, daß gerade durch den Druck des Londoner Finanzdiktates auf die Markvaluta und auf die Reichsfinanzen zunächst eine Hochkonjunktur in Deutschland herbeigeführt wird. Dieser äußere Anschein von Wohlstand darf uns aber darüber nicht täuschen, daß die Geldentwertung allmählich zur Verarmung unserer Volkswirtschaft führen muß. Wir haben in dem Abschnitt „Steuerlast und Steuerkraft“ gesehen, wie bisher die Einkommen in Deutschland nicht annähernd mit der Entwertung der Mark im Inlande Schritt gehalten haben und wie im Gegenteil die Papiermarkeinkommen der Rentner, der Hausbesitzer, der Beamten und Angestellten und der Angehörigen der freien Berufe gegenüber den Goldmarkeinkommen derselben Kreise vor dem Kriege einen empfindlichen Rückschritt bedeuten. Wir haben festgestellt, daß selbst die gesteigerten Papiermarkeinkommen der Industrie, wenn man sie in Goldmark umrechnet, heute schon viel kleiner sind als die Einkommen der industriellen Unternehmungen vor dem Kriege. Die Verarmung unserer Volkswirtschaft, die bisher schon durch die Entwertung der Papiermark eingetreten ist, äußert sich, wie wir gesehen haben, auch darin, daß die in festverzinslichen Wertpapieren, in Häusern, in Industrieaktien und sogar auch die in landwirtschaftlichen Gundstücken angelegten Vermögen, in Gold gesprochen, einen großen Teil ihres früheren Wertes eingebüßt haben. Diese Verarmung infolge des Sinkens der Markvaluta muß weiter fortschreiten, wenn wir die Kriegsentschädigung zahlen, die in dem Londoner Finanzdiktat festgelegt ist.

D e u t s c h l a n d muß bei Aufrechterhaltung des Vertrages von Versailles und des Londoner Diktats mit der Zeit z u e i n e m K u l i l a n d e w e r d e n , d a s u m j e d e n P r e i s f ü r d e n E x p o r t a r b e i t e n m u ß , um die Rohstoffe und Nahrungsmittel einführen zu können, ohne die es nicht leben kann. Für die Siegerstaaten droht die deutsche Kulikonkurrenz zu einer schweren Gefahr zu werden, denn sie wird nicht nur billiger verkaufen, als es die Länder mit hoher Währung können, sondern sie wird dank der hohen Entwicklung unserer Industrie und der Bildung unseres Volkes zu billigeren Preisen hochwertige Waren liefern, gegen welche die Industrien der Siegerstaaten vor dem Kriege schon bei

gleichen Preisen sehr schweren Stand gehabt haben. Dabei handelt es sich nicht nur darum, daß der deutsche Arbeiter um billigeren Lohn arbeiten wird als die Arbeiter aller anderen Industrieländer. Auch das in unseren Produktionsmitteln angelegte Kapital arbeitet, wie wir Seite 79 gesehen haben, in dem verzweifelten Existenzkampfe mit einer geringeren Goldmarkrente als das Kapital im Auslande. Die letzten 2½ Jahre haben gezeigt, daß der Krieg, den die Alliierten, und namentlich England, mit Maßnahmen, die schon seit Jahrhunderten im Völkerrecht für abgeschafft galten, gegen das deutsche Privateigentum, gegen den einzelnen deutschen Kaufmann im Auslande und gegen den deutschen Reeder geführt haben, sein Ziel der Vernichtung des deutschen Konkurrenten nicht erreicht hat. Im Gegenteil haben die Alliierten durch die Überspannung ihrer Forderungen im Vertrage von Versailles und im Londoner Finanzdiktat nur bewirkt, daß die deutsche Konkurrenz ihren Industrien gefährlicher geworden ist denn je. Je tiefer die Markvaluta niedergedrückt wird, um so hartnäckiger wird unsere Exportindustrie mit billigen Preisen um ihre Existenz kämpfen. Nur eine völlige Entwertung der Mark im Auslande würde diesem Verzweiflungskampf ein Ende bereiten. Aber auch dadurch müßten die Alliierten selbst geschädigt werden, indem sie ihren Absatz nach Deutschland vollends verlieren.

Wie lange wird es dauern, bis die Mark im Auslande nichts mehr wert ist? — Wenn man sich vorstellt, daß die Mark von 8 auf 4 Goldpfennige und so immer weiter je auf die Hälfte entwertet wird und daß andererseits die Preise in Papiermark immer höher steigen, so könnte es, mathematisch betrachtet, bis zur völligen Entwertung der Mark unendlich lange dauern. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall. In der französischen Revolution wurden die Platten, mit denen die Assignaten gedruckt worden waren, am 19. Februar 1796 öffentlich vernichtet, nachdem der Kurs der Assignaten auf ⅓% gefallen war. Am 18. März 1796 wurde ein Dekret erlassen, wonach die Assignaten zu 30% gegen sogenannte mandats territoriaux umgetauscht werden sollten. Die mandats fielen jedoch bis Ende desselben Jahres auch ihrerseits auf 2½% und verschwanden in der Versenkung, ehe noch die zunächst ausgegebenen Zwischenscheine in endgültige



Stücke umgetauscht werden konnten. Wo bei der Mark die Entwertungsgrenze liegen wird, läßt sich nicht voraussehen. Wird sie aber einmal erreicht, so werden die Folgen davon für Deutschland mit seiner hohen industriellen Entwicklung und seiner Abhängigkeit von dem Bezuge ausländischer Rohstoffe und Nahrungsmittel viel schlimmer sein als für ein Land, in dem die Landwirtschaft noch überwiegt.

Ob die Mark jemals völlig entwertet werden wird, hängt davon ab, wie lange wir noch die Kriegsentschädigungsraten an die Alliierten zahlen. Vorläufig können noch Jahre hingehen, ohne daß trotz des Passivsaldos unserer Zahlungsbilanz eine völlige Entwertung der Mark eintreten muß. Das Ausland wird noch weiter unsere Papiermark in Zahlung nehmen. Soweit es sich um Länder handelt, die einen Überschuß an Rohstoffen und Nahrungsmitteln besitzen und die ihre volle Produktion nur dann verkaufen können, wenn sie auch auf dem deutschen Markt Absatz finden, liegt für das Ausland sogar ein gewisser Zwang vor, unsere Papiermark in Zahlung zu nehmen. Die ausländischen Verkäufer werden die Annahme der Papiermark auch gar nicht so bedenklich finden, weil für sie im einzelnen Falle ja immer noch die Möglichkeit vorliegt, die Mark sogleich in fremde Devisen umzutauschen. Außerdem kann auch trotz einer in der großen Linie abfallenden Bewegung der Markvaluta immer noch an der Papiermark verdient werden, wenn die vorübergehenden Besserungen durch entsprechende Spekulationen ausgenutzt werden.

Während das deutsche Wirtschaftsleben trotz der Entwertung der Mark, die uns das Londoner Finanzdiktat bringen muß, zunächst vielleicht noch einigermaßen gedeihen kann, so wird das Reich infolge der Belastung seiner Finanzen immer mehr in Not geraten. Wenn auch mit weiterer Entwertung der Mark die Einkommen steigen, so wird es doch dem Reiche mit jedem Jahre immer weniger möglich sein, seine Steuereinnahmen den Ausgaben anzupassen. Die Veranlagung und die Erhebung der Steuern wird, mag auch das Heer der Finanzbeamten noch immer größer werden, niemals der Aufblähung der Einkommen folgen können und niemals dem Reiche Einnahmen schaffen können, die der Entwertung des Geldes entsprechen. Außerdem werden aber auch die Ein-

kommen, wie wir gesehen haben, immer weniger steuerkräftig werden, je tiefer die Mark im Werte sinkt. Je mehr das Reich in finanzielle Schwierigkeiten gerät, desto mehr werden wir alle spüren, was es bedeutet, in einem notleidenden Staate zu leben. Wir werden verzichten müssen auf die sozialen Einrichtungen, mit denen das Deutsche Reich nach 1870 allen Ländern der Erde vorangegangen ist. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, daß der Staat für Kultur und Volksbildung immer weniger Mittel zur Verfügung stellen kann. Wir werden sogar, wie das Beispiel Oberschlesiens heute schon zeigt, nicht mehr das Gefühl haben können, in einem Staate zu leben, der seine Bürger zu schützen vermag gegen fremden Rechtsbruch, Raub und Mord[1]). Mit jeder Goldmilliarde, die das Reich an die Alliierten zahlt, mit jeder Papiermilliarde neugedruckter Banknoten, die es zur Ableistung der Kriegsentschädigung und zur Deckung seiner übrigen Ausgaben in Umlauf bringen muß, rückt der Staatsbankrott des Reiches näher. Die Alliierten scheinen für diese notwendigen Folgen ihrer Politik kein Verständnis zu haben. Sie betrachten Deutschland als ihr Ausbeutungsobjekt und zwingen unsere Regierung, so lange Noten zu drucken, bis der Zusammenbruch da ist. Ihrer Verantwortung gegenüber allen Völkern Europas scheinen sich die Alliierten dabei gar nicht bewußt zu sein. Nach diesem Kriege hat es einzig und allein in der Macht der Sieger gelegen, dafür zu sorgen, daß durch eine vernünftige Politik möglichst schnell die wirtschaftlichen Wunden geheilt würden, die der Krieg allen Völkern Europas und darüber hinaus allen Völkern der Erde geschlagen hat. Die Alliierten haben den Frieden so unvernünftig gestaltet, wie es nur irgend gedacht werden kann. Jahrzehntelange Handelsverbindungen sind zerschnitten. Mitten durch einheitliche Wirtschaftsgebiete sind willkürlich politische Grenzen gezogen worden. Und nun zwingen die Alliierten auch noch ein Land wie Deutschland, das man wegen seiner großen weltwirtschaftlichen Bedeutung mit Recht mit einem starken Pfeiler verglichen hat, auf dem das ganze Gewölbe des europäischen Wirtschafts-

[1]) Vgl. die amtliche Denkschrift „Das Martyrium der Deutschen in Oberschlesien. Gewaltakte und Greueltaten der Polen während des dritten Aufstandes in Oberschlesien im Mai und Juni 1921."



gebäudes ruht, fortwährend neues Papiergeld zu drucken und so seine ehemals blühende Volkswirtschaft zugrunde zu richten. Wie sollen sich unter diesen Umständen in Europa wieder gesunde wirtschaftliche Verhältnisse entwickeln können? — Wenn die deutsche Wirtschaft zusammenbricht, so wird sie noch andere Volkswirtschaften mit sich zu Boden reißen. Je länger die Alliierten fortfahren, die deutsche Volkswirtschaft und die deutschen Reichsfinanzen durch ihre maßlosen und unberechtigten Forderungen zu ruinieren, desto geringer wird die Aussicht, auch für die übrigen am Kriege beteiligten europäischen Staaten, sich aus ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Notlage aufzuraffen. Wenn nicht noch rechtzeitig die Bedingungen des Vertrages von Versailles und des Londoner Finanzdiktates von Grund auf beseitigt werden, so wird das Deutsche Reich nicht der einzige europäische Staat sein, dessen Finanzen durch die unvernünftige Politik der Alliierten zugrunde gehen.

---

# VII. Die europäische Währungskrisis.

Wir haben oben im Abschnitt „Unsere Zahlungsbilanz" gesehen, daß die Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande bzw. die Bewertung unserer Mark im Auslande das Barometer darstellt, an dessen Stande man die Aussichten für die weitere Entwicklung unserer Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse erkennen kann. Auch bei den übrigen europäischen Ländern ist der Stand der Währungen ein Maßstab für die Beurteilung ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Lage. Bei einem Vergleich der Kurse, die vor dem Kriege in deutscher Mark für die verschiedenen Währungen bezahlt worden sind, mit den Kursen, die wir heute in der entwerteten Papiermark dafür anlegen müssen, lassen sich drei Gruppen unterscheiden: die erste Gruppe bilden die Währungen der europäischen Neutralen, die ganz hoch über unserer Papiermark stehen und nur noch vom amerikanischen Dollar übertroffen werden; die zweite Gruppe bilden die Währungen der alliierten Staaten in Europa ausschließlich Polen, die sämtlich mehr oder minder die Papiermark im Werte übertreffen, und die dritte Gruppe bilden die Währungen unserer Verbündeten im Kriege und Polens, die alle — zum Teil sehr erheblich — unter der Mark liegen. Wir wollen diese drei Währungsgruppen nacheinander etwas näher betrachten, indem wir ihre Notierungen an der Berliner Börse am 30. April 1921 und am 31. August 1921 mit ihrer Vorkriegsparität gegenüber der Mark vergleichen, um festzustellen, wievielmal mehr als vor dem Kriege wir an den beiden Terminen in der entwerteten Papiermark für die Währungen der Neutralen und der Alliierten zahlen mußten (Entwertungsfaktor der Mark) und wievielmal weniger wir für die Währungen unserer Verbündeten im Kriege und Polens



infolge des verhältnismäßig höheren Wertes unserer Papiermark anzuwenden brauchten (Verhältnis der Überwertigkeit der Mark). Wir beginnen mit der ersten Gruppe der Währungen und betrachten:

**Die Entwertung der Mark gegenüber dem amerikanischen Dollar und den Währungen der europäischen Neutralen.**

| Währung | Amerik. Dollar | Schweiz. Frank | Schwed. Krone | Holländ. Gulden | Span. Peseta | Dänische Krone | Norweg. Krone |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mark | Mark | Mark | Mark | Mark | Mark | Mark |
| Vorkriegs-Parität . | 4,20 | 0,81 | 1,12.5 | 1,68.7 | 0,81 | 1,12.5 | 1,12.5 |
| Berliner Notierung am 30. April 1921 | 66,12 | 11,56 | 15,46 | 23,20 | 9,17 | 11,97 | 10,25 |
| Entwertungsfaktor am 30. April 1921 | 15,7 | 14,3 | 13,7 | 13,7 | 11,3 | 10,6 | 9,1 |
| Berliner Notierung am 31. August 1921 | 86,37 | 14,76 | 18,62 | 27,25 | 11,27 | 15,15 | 11,77 |
| Entwertungsfaktor am 31. August 1921 | 20,6 | 18,2 | 16,6 | 16,2 | 13,9 | 13,5 | 10,5 |

Der Vergleich zeigt zunächst, wie sehr die Mark gegenüber dem Dollar und den Währungen der europäischen Neutralen im Werte gesunken ist. Dann aber gibt er einen Begriff davon, wie sehr Europa gegenüber Amerika an Wohlstand und Wirtschaftskraft durch den Krieg eingebüßt haben muß, wenn sogar die Währungen der europäischen Neutralen, die doch vom Weltkriege verschont geblieben sind und im Gegenteil während des Krieges als Lieferanten der Kriegführenden Riesengewinne erzielt haben, gegenüber dem amerikanischen Dollar 9—49 % ihres ursprünglichen Wertes eingebüßt haben. Wir stehen dieser Entwicklung zuungunsten Europas noch viel zu nahe, um ihre Bedeutung für die Zukunft übersehen zu können. Die Währungslage der europäischen Neutralen ist aber noch günstig zu nennen, wenn man sie dem Werte der Währungen der europäischen Alliierten gegenüberstellt, die mit der alleinigen Ausnahme des englischen Pfundes weit unter den neu-

tralen Währungen stehen, wie an den Entwertungsfaktoren der Mark gegenüber diesen Währungen in folgender Übersicht zu erkennen ist.

**Die Entwertung der Mark gegenüber den Währungen der europäischen Alliierten.**

| Währung | Engl. Pfund | Franz. Frank | Belg. Fr. | Griech. Drachme | Italien. Lira | Südslaw. Dinar | Rumän. Leu | Tsch.-Slow. Krone |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mark | Mark | Mark | Mark | Mark | Mark | Mark | Mark |
| Vorkriegs-Parität . . . | 20,43 | 0,81 | 0,81 | 0,81.7 | 0,81 | 0,81 | 0,81 | 0,85 |
| Berliner Notierung am 30. April 1921 . . | 262,— | 5,12.5 | 5,12 | 4,04 | 3,16 | 1,88 | 1,04 | 0,90 |
| Entwertungsfaktor am 30. April 1921 . . . . | 12,8 | 6,3 | 6,3 | 5,— | 3,9 | 2,3 | 1,28 | 1,06 |
| Berliner Notierung am 31. August 1921 . | 320,50 | 6,76 | 6,55 | 4,65 | 3,76 | 2,30 | 1,01.7 | 1,02.6 |
| Entwertungsfaktor am 31. August 1921 . | 15,7 | 8,3 | 8,1 | 5,7 | 4,6 | 2,8 | 1,26 | 1,2 |

Nach diesen Kursvergleichen stand am 31. August 1921 das englische Pfund 24 % unter dem amerikanischen Dollar, aber dem Werte nach doch mitten zwischen den Währungen der europäischen Neutralen. Auf der nächsten Stufe folgen der französische und der belgische Frank, die doppelt so stark entwertet sind wie das englische Pfund. In etwas kleinerem Abstande vom französischen und vom belgischen Frank bilden die griechische Drachme und die italienische Lira eine Gruppe und tief unter diesen beiden stehen dann die Währungen Südslawiens, Rumäniens und der Tschecho-Slowakei, die nur noch ein geringer Wertunterschied von dem Tiefstande der Markvaluta trennt. Wohin sollen diese Währungsverhältnisse der



alliierten Staaten in Europa führen? Besteht begründete Aussicht auf Besserung? —

England steht von allen europäischen Alliierten weitaus am besten da. Es hat auch während des Krieges von allen europäischen Kriegführenden die vernünftigste Finanzpolitik getrieben und es sieht so aus, als ob es aus eigener Kraft seinen Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht bringen könne. Aber Englands Außenhandel hat, namentlich nach Deutschland, Österreich, Ungarn und Rußland nach den Berichten des „Board of Trade Journal" schwere Einbußen erlitten. England schuldet den Vereinigten Staaten von Amerika mehr als 4 Milliarden Dollar und es fragt sich, ob es nicht außerdem noch als Bürge für seine Verbündeten die Schulden von Frankreich und Belgien an die Vereinigten Staaten im Gesamtbetrage von rund 4½ Milliarden Dollar abtragen muß, wenn Frankreich und Belgien zahlungsunfähig werden, eine Gefahr, mit der gerechnet werden muß.

Die Währung von Frankreich ist schon heute, wie wir gesehen haben, doppelt so stark entwertet, wie diejenige Englands. Die Aussichten auf Besserung sind hier um so geringer, als Frankreichs Finanzen schon vor dem Kriege schlecht standen und das französische Volk nicht annähernd in dem Maße an direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen gewöhnt ist, wie es zur Ordnung der französischen Finanzen erforderlich sein würde. Frankreich hat im Rechnungsjahr 1920 bis zum 31. Dezember 1920 bereits 20,5 Milliarden Franken mehr an Ausgaben bewilligt, als Einnahmen vorhanden waren. Für das Rechnungsjahr 1921 ist das Defizit des französischen Staatshaushaltes auf 38 Milliarden Franken veranschlagt worden, aber es ist zweifelhaft, ob es bei diesem Defizit bleiben wird, denn Frankreich verschwendet für seine machtpolitischen Ziele am Rhein und für die Unterstützung seines polnischen Verbündeten unmäßig viel Geld. Es vergißt, daß es von uns um so weniger Kriegsentschädigung bekommen wird, je höhere Kosten es uns mit dem unnötigen, finanziell und wirtschaftlich gleich fruchtlosen Aufwand seiner Besatzungstruppen bereitet. Frankreich erwartet von unserer Kriegsentschädigung viel zu viel und wird schon deshalb nicht die Kraft zu einer Sanierung seiner

Finanz- und Währungsverhältnisse finden. Dazu kommen die Verluste, die Frankreich mit seinen Milliardenanleihen an Rußland bereits erlitten hat und mit den Anleihen an Polen noch erleiden wird, und schließlich seine Zahlungsverpflichtungen an England und die Vereinigten Staaten von Amerika, die ebenfalls in die Milliarden gehen. Der französische Senator Chéron hat deshalb die französischen Finanz- und Währungsverhältnisse wirklich nicht zu pessimistisch beurteilt, als er am 16. März 1921 als Berichterstatter über den französischen Staatshaushalt im Senat gesagt hat, wenn Deutschland nicht zahle, sei das Problem der Ordnung der französischen Finanzen unlösbar, dann sei Frankreich ruiniert. — In der Tat hängt Frankreichs finanzielles und wirtschaftliches Schicksal vollständig von dem unseren ab. Da unsere Währung sich unter den Bedingungen des Vertrages von Versailles und des Londoner Finanzdiktates nicht erholen kann, so ist auch Frankreichs Aussicht für die Zukunft schlecht.

Ähnlich liegen die Verhältnisse von Belgien. Während der belgische Frank, wie wir gesehen haben, mit dem französischen Frank nahezu auf gleicher Stufe steht, sind die Finanzen von Belgien bisher noch schlechter gewesen als die französischen. Der belgische Staatshaushalt hat im Rechnungsjahr 1919 einen Fehlbetrag von 5,9 Milliarden Franken und im Rechnungsjahr 1920 einen solchen von 11,5 Milliarden Franken aufgewiesen. Für Belgiens Bevölkerung von 7½ Millionen bedeutet das mehr, als das Defizit Frankreichs von 20,5 Milliarden Franken im selben Jahre für dessen Bevölkerung von 38 Millionen.

Auch Griechenland ist nicht in der Lage, seinen Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und muß die Notenpresse zu Hilfe nehmen. Das Land hat zwar im Weltkrieg verhältnismäßig wenig Lasten zu tragen gehabt, aber dafür hat es doch schon den Balkankrieg hinter sich und hat unter inneren Partei- und Verfassungsstreitigkeiten sehr gelitten. Jetzt muß nun Griechenland in Kleinasien langwierige und kostspielige Kämpfe führen, um die ehemals türkischen Gebiete zu behaupten, die ihm von den Alliierten bei der Aufteilung der Türkei zugesprochen worden sind. Unter diesen Umständen sind die Aussichten für Griechenlands Finanz- und Währungsverhältnisse noch völlig ungeklärt und trübe.



In Italien hat der Schatzminister am 27. Juli 1921 den Fehlbetrag für das Rechnungsjahr 1920/21 auf 10,3 Milliarden Lire angegeben und das Defizit für das Rechnungsjahr 1921/22 nach vorläufiger Schätzung auf ungefähr 5 Milliarden Lire veranschlagt. Er scheint also in finanzieller Beziehung auf eine Besserung zu hoffen. Dieser Hoffnung steht aber doch entgegen, daß Italien in wirtschaftlicher Beziehung in hohem Maße von uns abhängig ist. Es braucht unsere Rohstoffe, braucht wieder den starken deutschen Reiseverkehr, der vor dem Kriege viel Geld nach Italien gebracht hat; es ist auf den Austausch seiner Erzeugnisse mit Deutschland angewiesen und bedarf auch der Befruchtung seiner Industrie mit deutschem Kapital und deutschem Unternehmungsgeist. Zur Zeit ist die Lage der italienischen Industrie keineswegs ermutigend, und es erscheint mehr als zweifelhaft, ob Italien die Steuern aufbringen kann, die es zum Ausgleich der Ausgaben und der Einnahmen seiner Staatsfinanzen braucht. Auch Italien ist mit unserem Schicksal verkettet und seine Finanz- und Währungsverhältnisse werden sich nicht bessern können, wenn Deutschlands Lage sich verschlechtert.

Die Währungen von Süd-Slawien, Rumänien und der Tschecho-Slowakei stehen, wie wir gesehen haben, heute schon fast auf gleichtiefer Stufe wie unsere Papiermark, und es fällt besonders auf, daß sich in der Zeit vom 30. April bis 31. August dieses Jahres der südslawische Dinar, der rumänische Leu und die tschechische Krone gegenüber der Papiermark im Werte nur wenig gehoben haben, während gleichzeitig die Papiermark gegenüber dem amerikanischen Dollar 34 % ihres Wertes vom 30. April 1921 eingebüßt hat. Daraus geht hervor, daß die Währungen Südslawiens, Rumäniens und der Tschecho-Slowakei mit der deutschen Papiermark das Schicksal der fortschreitenden Entwertung teilen.

Südslawien hat zwar in Steiermark, Krain, Kroatien, Slawonien, Bosnien, Herzegowina, Montenegro, Südungarn und Bulgarien landwirtschaftliche Gebiete gewonnen, aber es wird wie bisher so auch künftig bei der Verwaltung der nicht serbisch sprechenden Gebiete, die einen großen Teil Südslawiens ausmachen, große Schwierigkeiten zu überwinden haben. Außerdem

hat Serbien kurz nacheinander drei Kriege durchgemacht, den Krieg der Balkanstaaten gegen die Türkei, den Krieg gegen Bulgarien und den Weltkrieg. Im Weltkriege sind Serbiens Verluste unter allen Kriegführenden prozentual die schwersten gewesen. Deshalb wird Südslawien, das bisher seinen Finanzbedarf nur mit Hilfe der Notenpresse gedeckt hat, auch in den kommenden Jahren nicht genug Steuern aufbringen können und weiter zur Notenpresse greifen müssen. Wie soll sich aber bei der Vermehrung des Notenumlaufes und bei dem Einfuhrüberschuß in der Handelsbilanz Südslawiens die südslawische Valuta erholen können?

In Rumänien sind die Finanz- und Währungsverhältnisse noch ungünstiger als in Südslawien. Seit Kriegsende hat die Notenpresse nicht stillgestanden. Ob die grundlegende Steuerreform Rumäniens das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt herstellen kann, wird im Lande selbst stark bezweifelt, weil die rumänischen Steuerzahler noch gar nicht an hohe Steuern gewöhnt sind und die Steuermoral wohl in keinem Lande auf einer gleich niedrigen Stufe steht. Außerdem hat Rumänien ebenfalls Schwierigkeiten bei der Verwaltung und der Steuererhebung in den fremdsprachigen Gebieten, die es durch den Friedensschluß bekommen hat, und schließlich muß Rumänien zur Sicherung seines vergrößerten Landbesitzes, namentlich gegen den Bolschewismus, ein Heer halten, das ihm verhältnismäßig sehr hohe Lasten aufbürdet.

Die Tschecho-Slowakei steht in finanzieller Beziehung durchaus nicht so günstig da, wie es ihr amtlicher Optimismus und das auf dem Papier vorhandene Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und den Einnahmen des Staates erscheinen lassen. Die junge Republik hat zwar von Österreich einen ausgebauten Verwaltungsapparat übernommen, verfügt über reiche Bodenschätze, über eine blühende Landwirtschaft und über den größten Teil der ehemals zu Österreich-Ungarn gehörenden Industrien. Aber die wirtschaftliche Zukunft der Tschecho-Slowakei ist trotzdem nicht rosig, weil die Absatzgebiete für den Überschuß ihrer volkswirtschaftlichen Produktion zum weitaus größten Teil in Deutschland, Österreich,



Polen, Ungarn und auf dem Balkan liegen und weil auch die Einfuhr der Tschecho-Slowakei zum großen Teile aus Deutschland und Österreich stammt. Die Tschecho-Slowakei kann wirtschaftlich und finanziell nicht gesunden, wenn ihre Nachbarn durch schwere wirtschaftliche und finanzielle Krisen geschwächt sind. Das zeigt zunächst der Tiefstand der tschecho-slowakischen Krone und ferner die Tatsache, daß die tschecho-slowakische Krone der Entwertung der Papiermark gegenüber dem amerikanischen Dollar seit Anfang Mai 1921 in kurzem Abstande gefolgt ist. Aber nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung wird sich die Tschecho-Slowakei nicht halten können, wenn alle Staaten ringsum von dem Fieber heftigster Finanz- und Wirtschaftskrisen erfaßt werden. Die Tschecho-Slowakei leidet an einem Mangel an Absatzgebieten für den Ausfuhrüberschuß, den ihre Volkswirtschaft zu leisten vermag, während ihre Nachbarn unter der Notwendigkeit leiden, mehr einführen zu müssen, als sie auszuführen vermögen. Die Störung des wirtschaftlichen Verkehrs, die durch die Festsetzung der Grenzen der Tschecho-Slowakei entstanden ist und fortwirken wird, muß früher oder später zu einem natürlichen Ausgleich führen. Man braucht nur einen Blick auf die Karte der Tschecho-Slowakei zu werfen, um zu erkennen, daß dieses schmale Landgebilde, das mit seinen langgestreckten Grenzen an vier Nachbarstaaten stößt, in der jetzigen Form ernsthafte politische Konflikte nicht überstehen kann, zumal ein großer Teil seiner Bevölkerung fremder Zunge ist und wider den eigenen Willen dem Landhunger und dem politischen Ehrgeiz der Tschechen zum Opfer gefallen ist.

So sind denn die Finanz- und Währungsverhältnisse der europäischen Alliierten — mit der einzigen Ausnahme Englands — genau so ungesund wie die unsrigen. Während Frankreich, Belgien, Griechenland und Italien noch eine längere Schonfrist haben als wir, scheinen sich die Währungen Südslawiens, Rumäniens und der Tschecho-Slowakei in einer Linie mit der Papiermark auf der schiefen Ebene der Entwertung unaufhaltsam abwärts zu bewegen. Unterhalb dieser Linie befinden sich nur noch die Währungen unserer Verbündeten im Kriege, Bulgariens, Ungarns und Deutsch-Österreichs, und allen weit voraus eilt die polnische Mark

der völligen Entwertung entgegen. Das zeigt folgende Zusammenstellung der

**Überwertigkeit der Mark gegenüber den Währungen unserer Verbündeten im Kriege und Polens:**

| Währung | Bulgarische Lewa | Ungarische Krone | Österreichische Krone | Polnische Mark |
|---|---|---|---|---|
| | Mark | Mark | Mark | Mark |
| Vorkriegs-Parität | 0,81 | 0,85 | 0,85 | 1,— |
| Kurs am 30. April 1921 | 0,76 | 0,30 | 0,17.2 | 0,07.7 |
| Überwertigkeit der Mark am 30. April 1921 | 1,07 | 2,8 | 5 | 12,9 |
| Kurs am 31. August 1921 | 0,68.5 | 0,21.8 | 0,10.7 | 0,03 |
| Überwertigkeit der Mark am 31. August 1921 | 1,19 | 3,9 | 7,9 | 33 |

Die Lage von Bulgarien ist unvergleichlich schlimmer als diejenige Südslawiens, Rumäniens und der Tschecho-Slowakei. Das Land hat kurz nacheinander drei schwere Kriege durchgemacht. Es hat im Kriege der Balkanstaaten gegen die Türkei den Löwenanteil an der kriegerischen Arbeit geleistet und ist dann von seinen eigenen Verbündeten überfallen und um den größten Teil der Beute beraubt worden. Im Weltkriege schien es die früheren Verluste wieder einbringen zu können, bis der Zusammenbruch der Mittelmächte, der ja von Bulgarien ausging, ihm einen schweren Friedensschluß brachte. Bulgarien hat einen Teil seines Gebietes an Südslawien verloren und muß an die Alliierten im Laufe von 27 Jahren eine Kriegsentschädigung von 2¼ Milliarden Goldlewa zahlen. Die erste Rate dieser Kriegsentschädigung in Höhe von 135 Millionen Goldlewa, die in diesem Jahre fällig werden soll, ist unter Berücksichtigung der Entwertung der Papierlewa eben so groß, wie die gesamten Staatsausgaben Bulgariens im Rechnungsjahr 1921/22, die auf 2,15 Milliarden Papierlewa veranschlagt worden sind. Eine Verdoppelung der Einnahmen des



bulgarischen Staates ist bei den beschränkten Mitteln des kleinen Landes nicht denkbar, zumal der gegenseitige Haß der Parteien und die unvernünftigen Fesseln, die dem Handel in Bulgarien kommunistischen Ideen zuliebe angelegt worden sind, die Ergebnisse der Steuererhebung sehr vermindern. Die bulgarische Lewa besitzt nur zwei Drittel vom Werte der deutschen Papiermark und wird in ihrer Entwertung nicht mehr aufzuhalten sein.

Ungarn hat durch den Friedensschluß an allen Enden schwerste Gebietsverluste erlitten. Seine Handelsbilanz ist passiv geworden. Sein Staatshaushalt hat im Rechnungsjahr 1920/21 mit einem Defizit von 12 Milliarden Kronen abgeschlossen, und trotzdem muß Ungarn noch eine Kriegsentschädigung an die Alliierten leisten. Man kann gespannt darauf sein, ob es der großen Finanzreform vom Frühjahr 1921 gelingen wird, die Defizitwirtschaft des kleinen ungarischen Staates abzustellen. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dagegen, denn Ungarn leidet genau so wie wir an der fallenden Währung, die immer wieder die Staatsausgaben anschwellen läßt und bewirkt, daß die Steuererhebung mit der Entwertung des Geldes und dem damit steigenden Finanzbedarf des Staates nicht Schritt halten kann.

In noch viel stärkerem Maße leiden die Finanzen von Deutsch-Österreich unter diesem Valutaelend. Der österreichische Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1920/21 wies schon Ende Februar 1921 ein Defizit von über 40 Milliarden Kronen auf, wovon die Hälfte allein auf die Zuschüsse des Staates zu der Einfuhr von Nahrungsmitteln aus dem Auslande entfiel. Österreich brauchte diese Nahrungsmitteleinfuhr, weil seine 6 Millionen Einwohner sich nach der Losreißung seiner besten landwirtschaftlichen Überschußgebiete nicht mehr durch die Erzeugnisse des eigenen Landes ernähren können. Aber nicht nur die notwendige Landwirtschaft sondern auch die exportschaffende Industrie ist Österreich durch das Friedensdiktat der Alliierten in einem solchen Maße genommen worden, daß das hilflose Konsumentenland aus eigener Kraft weder leben noch sterben kann und früher oder später bei Deutschland Anschluß suchen muß, wenn ihm die Alliierten nicht eine Invalidenrente aussetzen wollen. Zieht man dann noch in Betracht, wie weit die Entwertung der österreichischen Krone schon gediehen

ist, daß z. B. ein Hut, der vor dem Kriege 5 Kronen gekostet hat, heute mit 1200 bis 1500 Kronen bezahlt werden muß, so wird man jeden Gedanken an eine Sanierung der österreichischen Finanz- und Währungsverhältnisse als aussichtslos ablehnen müssen.

**Polen** ist als Kriegsgewinnlerstaat wie kein anderer Staat in Europa mit landwirtschaftlichen Überschußgebieten ausgestattet worden und hat obendrein im Lodzscher Gebiet eine Industrie bekommen, deren Vorkriegsproduktion den gesamten Textilbedarf der 30 Millionen zählenden Bevölkerung des polnischen Staates weit zu überdecken vermocht hätte. Polen hat von uns und von Rußland riesige Werte an Staatseigentum aller Art erhalten, und wir liefern ihm auf Grund des Vertrages von Versailles kostenlos große Mengen von Eisenbahnmaterial, von Eisenbahnwagen und Lokomotiven und von Pferden. Dazu kommt die staatlich geförderte Ausplünderung der Deutschen in den an Polen gefallenen deutschen Gebieten. Was hat die sprichwörtliche „polnische Wirtschaft" aus all dem Reichtum gemacht, der Polen in den Schoß gefallen ist? — Die polnische Mark ist, wie wir sahen, bis zum 31. August 1921 auf den 33. Teil des Wertes unserer Papiermark gesunken, die zu gleicher Zeit schon auf den 20. Teil entwertet gewesen ist. Die Währung Polens ist also **in drei Jahren auf $^{1}/_{666}$, d. h. auf 0,15 % ihres ursprünglichen Wertes gefallen.** Das ist wahrhaftig ein fabelhaftes Zeichen für die Lebensfähigkeit dieses Saisonstaates. Gibt es da noch ein Halten auf der abschüssigen Bahn? Ist es verständlich, daß vernünftige Politiker darüber ratschlagen können, einem solchen Staate auch nur kleine Teile eines für die ganze mitteleuropäische Wirtschaft so wichtigen Gebietes auszuliefern, wie Oberschlesien es ist? Die polnische Wirtschaft ist nicht mehr zu halten. Die polnische Valuta geht reißend abwärts. Vom 31. Dezember 1919 bis Mitte August 1921 ist der Banknotenumlauf in Polen von 5 Milliarden auf 125 Milliarden polnische Mark angeschwollen. Er wird weiter anwachsen unter dem Defizit des polnischen Staatshaushaltes, das für das laufende Rechnungsjahr auf 74 Milliarden polnische Mark veranschlagt worden ist, obwohl die uns entrissenen Gebiete zu den polnischen Finanzen einen Überschuß von 6 Milliarden liefern müssen. Selbstverständlich kann es angesichts des ständigen Sinkens der polnischen



Valuta und der haltlosen polnischen Finanzpolitik, die für ein großes Heer und für die Raubpläne in Oberschlesien ungezählte Milliarden hinausschleudert, bei dem Defizit von 74 Milliarden im Rechnungsjahr 1921 nicht bleiben. Da Polen im Gegensatz zu seinen Militärausgaben für soziale Zwecke fast nichts tut und seine sozialen Verhältnisse im Inneren auch noch ganz unfertig sind, so fragt man sich vergeblich, wie Polen vor dem schließlichen Versinken in russische Zustände bewahrt bleiben soll.

Wie verzweifelt die Verhältnisse in **Rußland** liegen, ist bekannt. Keine Worte vermögen das Elend zu schildern, daß die bolschewistische Wirtschaft über das russische Volk gebracht hat. Nachdem unter der zerstörenden Politik des Bolschewismus die landwirtschaftliche Produktion in Rußland schon unter ein Fünftel der Vorkriegsproduktion gesunken war, hat nun eine Mißernte im Wolgagebiet Millionen von Russen in eine Hungersnot gebracht, deren Folgen sich erst im kommenden Winter und im nächsten Frühjahr im vollen Maße auswirken werden. Die Gefahr ist zu groß, als daß sie durch eine noch so groß angelegte Hilfsaktion verhütet werden könnte. Von Währungs- und Finanzverhältnissen kann man in Rußland schon nicht mehr sprechen. Der Bolschewistenrubel hat auf dem internationalen Geldmarkt keinen Kurs mehr.

Wir sind am Schluß der Betrachtung der europäischen Währungskrisis. Ein Bild der Verwirrung und der völligen Haltlosigkeit! — Nach diesem Kriege hätte es allein in der Macht der Sieger gelegen, durch Mäßigung dem allgemeinen Verfall Einhalt zu tun. Die Sieger sind heute noch nicht so weit von ihrer Siegespsychose geheilt, daß sie die Lage richtig erkennen. Kann wirklich ein verständiger Mensch glauben, daß die europäische Währungskrisis durch Kriegsentschädigungen, durch Befehle oder auch durch Reparationsverhandlungen vom grünen Tische aus beseitigt werden kann? —

---

# VIII. Das Ende.

J. M. Keynes hat in einem Aufsatze in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 20. August 1921 die Ansicht ausgesprochen, daß Deutschland an einem bestimmten Zeitpunkt, der zwischen Februar und August 1922 liegen würde, der unvermeidlich eintretenden Zahlungsunfähigkeit erliegen müsse. Keynes hat diese Ansicht damit begründet, daß nach dem Februar 1922 die Kriegsentschädigungsraten so schnell aufeinander folgen, daß sie durch Zwangslieferungen und durch die Erlöse aus dem Export und aus den Markverkäufen an den Börsen nicht mehr aufgebracht werden können. Er meint, daß die Bedenkzeit für die Alliierten nur bis zum Eintreten unserer Zahlungsunfähigkeit reichen wird und daß die Alliierten dann das Londoner Finanzdiktat abändern müssen.

Wir schließen uns Keynes insofern an, als auch wir die Zeit kommen sehen, da sich herausstellen muß, daß Deutschland die fremden Devisen für die Kriegsentschädigungsraten nach dem Londoner Finanzdiktat nicht mehr aufbringen kann. Diese Zahlungsunfähigkeit gegenüber den Alliierten wird aber noch nicht den vollen Staatsbankrott bedeuten, denn im Inlande wird das Reich mit Hilfe der Notenpresse zahlungsfähig bleiben. Daß die Zahlungsunfähigkeit des Reiches gegenüber den Alliierten eintreten muß, hat seinen Grund in dem Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz und in dem langsam einsetzenden Streik der Papiermark-„Gläubiger“ im Auslande, denen allmählich die Erkenntnis kommt, welche Verluste ihnen drohen, wenn sie uns noch weiter fremde Devisen zur Bezahlung der Kriegsentschädigung verkaufen und dafür unsere Papiermark in Zahlung nehmen.

Der Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz ist also der Angelpunkt der Kriegsentschädigungsfrage. Weil die Kriegsentschädigungsraten nach dem Londoner Finanzdiktat den Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz vergrößern, deshalb beschleunigen sie den Eintritt der Zahlungsunfähigkeit des Reiches gegenüber den Alliierten. Nun ist Keynes der Ansicht, daß die Alliierten nach dem Eintritt der Zahlungsunfähigkeit des Reiches das Londoner Finanzdiktat revidieren müssen, das heißt also wohl, daß sie die Zahlungstermine hinausschieben und vielleicht auch die einzelnen Kriegsentschädigungsraten herabsetzen müssen. Eine solche Revision des Londoner Finanzdiktates wird indessen nicht mehr genügen, weil die Markvaluta durch die Wirkungen des Vertrages von Versailles schon zu krank geworden ist. Auch ohne Kriegsentschädigungsraten muß die Markentwertung fortdauern, weil wir durch den Verlust der landwirtschaftlichen und industriellen Überschußgebiete im Osten und Westen des Reiches, durch die Liquidation des Auslandseigentums, durch den Verkauf und die Beschlagnahme der ausländischen Wertpapiere in deutschem Besitz, durch den Verlust unserer Kolonien und die Ablieferung unserer Handelsflotte unentbehrliche Aktivposten in unserer Zahlungsbilanz eingebüßt haben und weil wir andererseits durch den Vertrag von Versailles zum Schaden unserer Zahlungsbilanz zu einer größeren Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, zur Zahlung von Frachten an ausländische Reeder und von Tributen an das in Deutschland angelegte fremde Kapital gezwungen werden. Diese Ursachen der Markentwertung müssen beseitigt werden. Selbstverständlich lassen sich nicht alle Verluste, die uns der Vertrag von Versailles und seine Vor- und Nachverträge gebracht haben, auf die Weise ausgleichen, daß unsere Volkswirtschaft restlos in alle Teile ihres seit 1914 verlorenen Besitzes wieder eingesetzt wird. Aber das steht fest: ehe nicht die Verluste in unserer Zahlungsbilanz durch den Vertrag von Versailles rückerstattet, ersetzt oder sonstwie ausgeglichen sind, bleiben die Ursachen der Markentwertung und unserer ganzen finanziellen und wirtschaftlichen Not noch weiter bestehen. Alle die anderen Erscheinungen des Verfalles, um die der Streit in der inneren Politik tobt, die leichte Bereicherung durch Warengewinne, durch Aktienspekulation und durch Devisenspekulation, sind nur Folgen der Zerstörung unserer Zahlungsbilanz durch den Friedensvertrag. Diese Folgen sind von jeher und in allen Ländern eingetreten, deren Zahlungsbilanz ebenso wie die unsere aus dem Gleichgewicht gebracht worden war. Sie sind so in der Natur des Menschen und der Wirtschaft begründet, daß alle moralische Entrüstung, alle Gesetzesparagraphen und alle noch so harten Strafen dagegen wirkungslos bleiben müssen. Aussicht auf Besserung

bietet allein das Streben nach der Beseitigung des Passivsaldos in unserer Zahlungsbilanz. Wir brauchen wieder die festen Grundlagen unserer ehemals gesunden Zahlungsbilanz. Wir brauchen ein abgerundetes Wirtschaftsgebiet, den Wiederaufbau unserer Handelsflotte, die Reorganisation unseres Außenhandels, die Erwerbung neuen Auslandseigentums und die Heimischmachung des in Deutschland angelegten fremden Kapitals, dessen Tributforderungen jetzt unsere Zahlungsbilanz belasten. Es ist die höchste Zeit, daß das deutsche Volk über diese Lebensnotwendigkeiten aufgeklärt wird und nicht in innerpolitischen Bruderkämpfen, die zur Beseitigung des wirklichen Grundes unserer Not nicht das geringste beitragen, seine Kräfte vergeudet und seine Moral zugrunde richtet. Es ist gänzlich aussichtslos, durch innerpolitische Maßnahmen den Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz, den wahren Urgrund unserer finanziellen, wirtschaftlichen und valutarischen Not, auszugleichen. Dazu genügt nicht einmal die Nichtigerklärung des Londoner Finanzdiktates. Was wir zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft unbedingt brauchen, ist die vollständige Beseitigung des Vertrages von Versailles und seiner sämtlichen Vor- und Nachverträge, die allein das Gleichgewicht in unserer Zahlungsbilanz wieder herstellen kann. Alles andere ist Nebensache.

Daß die Alliierten von einem Verzicht auf ihre — zum größten Teil doch nur eingebildeten Gewinne — noch weit entfernt sind, ändert nichts an der unwiderleglichen Schlüssigkeit dieser Gedanken.

Nicht allein Deutschland, sondern fast sämtliche am Kriege beteiligten europäischen Länder leiden infolge der Friedenspolitik der Alliierten daran, daß ihre Zahlungsbilanz im Verkehr mit dem Auslande das gesunde Gleichgewicht verloren hat. Die Grenzen, welche die Alliierten in ihrem Siegerwahn kreuz und quer durch Europa gezogen haben, laufen nicht nur den Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes, sondern den wirtschaftlichen Bedürfnissen fast sämtlicher europäischen Völker zuwider und müssen deshalb berichtigt werden. Die Alliierten haben ihren Schützlingen mehr Land gegeben, als sie verdauen können, und haben den Deutschen, den Deutschösterreichern und den Ungarn mehr Land



genommen, als diese auf die Dauer zur Aufrechterhaltung ihrer Volkswirtschaft entbehren können. Kulturell hochstehende Volksteile sind von den Alliierten der Herrschaft tieferstehender Völker unterworfen worden, die, wie Polens Beispiel zeigt, die reiche Beute unglaublich schnell zugrunde richten. Rußland ist durch Krieg und Revolution zugunsten Rumäniens und der Randstaaten zu einem Binnenstaat geworden. Diese Zustände sind unhaltbar. Die Karte Europas hat in bezug auf ethnographische, machtpolitische und wirtschaftspolitische Erfordernisse seit Jahrhunderten keinen so unfertigen Eindruck gemacht wie nach diesem Friedensschluß. Die natürliche Bewegung zur Berichtigung der europäischen Staatengrenzen wird kommen und sich mit unwiderstehlicher Kraft durchsetzen, mag sie auch zunächst noch Jahre oder Jahrzehnte auf sich warten lassen, mag sie in der Form der Volkserhebung oder der Revolution oder auch des Krieges vor sich gehen.

Aber nicht nur in Europa, sondern auch in Übersee leiden die am Welthandel beteiligten Länder an dem gestörten Gleichgewicht ihrer Zahlungsbilanz. Gerade dadurch wird die natürliche Bewegung zum Ausgleich aller Zahlungsbilanzen auf einer neuen Grundlage immer mehr an Stärke gewinnen und mit der Zeit die Widerstände überwinden, die jetzt noch der Beseitigung der von den Alliierten diktierten Friedensverträge im Wege stehen. Betrachtet man den heutigen Stand der Zahlungsbilanzen der verschiedenen Länder, so kann man zwei Gruppen unterscheiden. Die eine Gruppe, zu der die europäischen Neutralen, ein Teil der sogenannten Siegerstaaten und die überseeischen Rohstoffländer, namentlich aber die Vereinigten Staaten von Amerika gehören, kranken an dem Überwiegen der Aktivposten in ihrer Zahlungsbilanz und an dem dadurch hervorgerufenen Hochstande ihrer Währungen. Die andere Gruppe von Ländern, der außer den besiegten Staaten in Europa auch der größte Teil der alliierten Staaten in Europa angehört, leiden unter einem Passivsaldo in ihrer Zahlungsbilanz und einer dadurch herabgedrückten Valuta. Vorläufig scheint es so, als ob der Passivsaldo in unserer Zahlungsbilanz, solange die Mark im Auslande noch nicht ganz entwertet ist, uns die Möglichkeit gebe, durch Unterbietung der Konkurrenz der valutastarken Länder allmählich

unsere verlorenen Außenhandelspositionen wieder zu gewinnen und unsere Produktion dem Friedensstande näherzubringen, während die valutastarken Länder in gewissen Zeitabständen immer wieder unter Absatzstockung und Beschäftigungsmangel leiden. Beschäftigungsmöglichkeit für die Arbeiter ist aber heute für alle Industrieländer mehr denn je eine Lebensfrage. Arbeit ist der Inhalt des Menschenlebens und die Grundlage des Volkslebens. Deshalb werden auch die valutastarken Länder je länger je mehr zu der Einsicht kommen, daß die Friedenspolitik der Alliierten auch sie schädigt und der Wiederherstellung eines gesunden Gleichgewichtes im weltwirtschaftlichen Verkehr hindernd im Wege steht.

Schon jetzt sind unverkennbare Tendenzen vorhanden, die auf den Ausgleich der Zahlungsbilanzen der am Welthandelsverkehr beteiligten Länder hinwirken. Eine dieser Bewegungen haben wir schon kennengelernt. Es ist die Unterbietung der valutastarken Länder durch die billige Konkurrenz der valutaschwachen Länder. Wenn sich auch die valutastarken Länder gegen diese Unterbietung durch Antidumping-Gesetze und hohe Sperrzölle zu schützen suchen, so können sie dadurch doch keine Gesundung der Verhältnisse herbeiführen, weil ihre Sperrmaßnahmen auch die valutaschwachen Länder zur Erhebung hoher Schutzzölle veranlassen müssen.

Eine weitere Tatsache, die auf den Ausgleich der Zahlungsbilanzen hinwirkt, ist die Preiskrisis in den überseeischen Rohstoffen. Die überseeischen Rohstoffländer zahlen seit etwa Jahresfrist den übrigen Ländern in der Form zu niedriger Rohstoffpreise, die nicht mehr ihre eigenen Produktionskosten decken, die Übergewinne zurück, die sie während des Krieges erzielt haben. Ein klassisches Beispiel hierfür bietet die Preisentwicklung der Wolle in Übersee.

Zunächst stiegen nach Kriegsende die Wollpreise. Aber es war von Anfang an vorauszusehen, daß über kurz oder lang ein Preissturz der Wolle eintreten mußte. Die Wollvorräte, die sich während der 4½ Kriegsjahre in Übersee angesammelt hatten, waren zu groß, um Absatz finden zu können, und mußten deshalb die Preise herabdrücken. Waren doch Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen, Belgien und Nordfrankreich, die vor dem Kriege etwa 45 % der



auf die großen Wollmärkte gebrachten Wollmengen verarbeitet hatten, während des ganzen Krieges in Übersee als Wollkäufer ausgefallen. Auch nach Kriegsende setzte ihr Wolleinkauf in Übersee erst allmählich wieder ein. Zunächst hinderten Verkehrsstockungen, mangelnder Arbeitswille und Streiks fast in allen Ländern die Produktion der Wollindustrien. In Deutschland kam zu diesen Hindernissen in der Wollverarbeitung noch der Kohlenmangel infolge der Kohlenzwangslieferungen an die Alliierten. Hierzu trat der Achtstundentag, der nach der Revolution von Deutschland ausgehend in allen Industrieländern der Welt eingeführt wurde. Für uns war die Einführung des Achtstundentages günstig, ja sie war zu einer Zeit, da wir selbst für unsere Arbeiter kaum vier Stunden Beschäftigung hatten, geradezu ein Geniestreich, denn sie bewirkte, daß die Produktion der übrigen Länder um ein Fünftel eingeschränkt wurde und daß infolgedessen die deutsche Industrie um so schneller wieder zur Befriedigung des Weltbedarfes herangezogen werden mußte. Für die Wolle produzierenden Länder in Übersee bedeutete die Einführung des Achtstundentages in der Wollindustrie aber eine weitere Einschränkung des Wollverbrauches um ein Fünftel. So kam es denn, daß die Wollvorräte, die nach Kriegsende in Übersee lagerten, nicht kleiner, sondern im Gegenteil größer wurden, weil der Wollverbrauch nicht einmal der Menge der neu anfallenden Schuren entsprach. Infolge dieses Mißverhältnisses von Angebot und Nachfrage setzte im Frühjahr 1920 auf den großen Wollmärkten der Preisrückgang der Wolle ein. Die Preise für Kreuzzuchtwolle, die in Übersee schon auf die zwei- bis dreifache Vorkriegshöhe angestiegen waren, wurden unter die Vorkriegspreise zurückgeworfen. Die Preise für Merinowollen, die schon drei- bis fünffache Vorkriegshöhe erreicht hatten, wurden mit Ausnahme besonders feiner und seltener Qualitäten wieder auf den Vorkriegsstand herabgedrückt. Für die Wollfarmer bedeuten aber die Vorkriegspreise nicht einmal eine Rückerstattung ihrer Produktionskosten, denn diese sind auch in den überseeischen Rohstoffländern gegenüber 1913/1914 mindestens um 50 % gestiegen. Die Wolle produzierenden Länder zahlen also schon seit längerer Zeit die Übergewinne, die sie während des Krieges und kurz nach dem Kriege erzielt haben, durch die Lieferung von Wolle unter

Selbstkostenpreisen wieder an die Wolle verbrauchenden Länder zurück. Auch jetzt ist die Absatzkrisis — darüber darf man sich durch vorübergehende Besserungen der Wollpreise nicht täuschen lassen — für die Wolländer noch nicht behoben, weil die unverkauften Wollvorräte nicht abnehmen, sondern eher zunehmen. — Was ist nun aus den Drohungen der Alliierten geworden, die uns in den letzten Jahren des Krieges damit einzuschüchtern suchten, daß sie uns nach dem Kriege keine Wolle liefern wollten? — Nicht wir haben die Wollkrisis, sondern die Alliierten; Englands Dominions leiden unter einer Wollkrisis, wie sie schlimmer noch nicht dagewesen ist! — Es werden noch manche Drohungen der Alliierten in nichts zusammensinken, und es wird noch mancher Pfeil auf sie zurückschnellen, mit dem sie den deutschen Konkurrenten niederzustrecken gedachten.

Ähnlich wie bei der Wolle liegen die Verhältnisse bei den übrigen Rohstoffen, bei denen allen im Jahre 1920 der Abbau der während des Krieges gewaltig angestiegenen Preise stattgefunden hat. Baumwolle ist von den drei- bis fünffachen Vorkriegspreisen wieder auf die Preise von 1913/14 zurückgegangen, Kautschuk und Kupfer sind unter Vorkriegspreise gesunken. Auch Tee, Kaffee, Kolonialzucker, Kakao und Tabak haben erhebliche Preiseinbußen erlitten. Die Absatzkrisis der Rohstoffländer wird, mögen auch die Preise vorübergehend Besserungen erfahren, noch lange Jahre anhalten, weil zuviel Rohstoffvorräte in der Welt vorhanden sind.

Wie die Absatzkrisis in den überseeischen Rohstoffländern wirkt auch die Krisis auf dem internationalen Markte der Seefrachten auf einen Ausgleich der Zahlungsbilanzen der am Welthandelsverkehr beteiligten Länder hin. Auch hier sind es gerade die valutastarken Länder, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, England und die europäischen Neutralen, die infolge der zu niedrigen Frachtsätze den valutaschwachen Ländern von ihrem Reichtum abgeben müssen, während die Handelsflotten der valutaschwachen Länder infolge ihrer geringeren Selbstkosten mit den Frachtsätzen eher auskommen.

Zu den Bewegungen, die zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen beitragen, gehört ferner die Entwertung der mittel- und osteuropäischen Währungen. An allen valutaschwachen



Ländern ist seit Kriegsende schon fortgesetzt Geld verloren worden. Wer vor dem Sieg des Bolschewismus in Rußland Kapital angelegt hat — in Frage kommt hierfür hauptsächlich Frankreich — hat es heute schon restlos eingebüßt. Auch durch den haltlosen Sturz der polnischen Mark, die nur noch den Bruchteil von einem Prozent ihres früheren Wertes besitzt, haben die Angehörigen aller Länder schon so viel von ihrem Vermögen verloren, daß ihnen an der polnischen Mark zu verlieren fast nichts mehr übrigbleibt. Nicht viel geringer sind die Verluste, welche die Entwertung der österreichischen Krone den Ländern mit besserer Währung gebracht hat. Auch an Ungarn und Bulgarien ist infolge ihres Währungsverfalles viel internationales Vermögen verlorengegangen. Demgegenüber sind die Einbußen des Auslandes an der deutschen Papiermark noch verhältnismäßig klein. Aber es bleibt ja auch nicht bei dem Zusammenbruch dieser Währungen. Wir haben gesehen, daß die Währungen Südslawiens, Rumäniens und der Tschecho-Slowakei mit unserer Mark Ende August 1921 schon ungefähr auf gleich tiefer Stufe gestanden haben. Wir halten es gar nicht für ausgeschlossen, daß diese drei Länder trotz der großen Landgewinne auf Kosten ihrer Nachbarstaaten der deutschen Mark auf dem Wege der Entwertung noch vorausgehen. In Südslawien sind bereits bedenkliche Anzeichen hierfür vorhanden. Auch Griechenlands Währung kann durch den mißlungenen Feldzug in Kleinasien nicht besser werden. An diesen Ländern können also die internationalen Geldgeber noch ebensolche Verluste erleiden wie an Rußland, Polen, Österreich usw. Die Bewegung zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen durch Verluste an den entwerteten Währungen wird schließlich vor Frankreich, Belgien und Italien und sogar auch vor diesem oder jenem neutralen europäischen Lande nicht haltmachen. Das gilt besonders für die Zeit, da in Ost- und Mitteleuropa die Staatsbankrotte beginnen, da die Zinsendienste der Staatsanleihen eingestellt und die Staatsanleihen annulliert werden und da die schon auf Bruchteile von Prozenten entwerteten Währungen den letzten Rest ihres Wertes verlieren. Dann werden die valutaschwachen Länder von ihren Auslandsschulden befreit und in der Zahlungsbilanz entlastet, während ihre ausländischen Gläubiger die Guthaben und Zinseinkünfte verlieren und in der Zahlungs-

bilanz ihrer Länder entsprechende Aktivposten fortfallen. Die Anwendung von Gewaltmitteln seitens der Gläubigerländer gegen diejenigen Staaten, die den Bankrott erklären müssen und deren Währung vollends zusammenbricht, ist nicht zu erwarten. Wer schon 99 % verloren hat, führt um 1 % keinen Krieg mehr, ganz abgesehen davon, daß ein solcher Krieg zur Eintreibung der Schulden vielleicht noch Werte zerstören, keinesfalls aber Werte schaffen kann.

Daß Europa auf den Abweg des Währungsverfalles und des Bankrottes geraten ist, ist die Folge der Friedenspolitik von Wilson, Lloyd George und Clemenceau. Selbstverständlich muß zugegeben werden, daß bei Abschluß des Krieges auch die Sieger sich in einer sehr schweren Lage befunden haben und daß es leider auf der Gegenseite an der nötigen Kraft gefehlt hat, ihren Forderungen vernünftige Schranken zu setzen. Was das Triumvirat in Versailles aber zustande gebracht hat, kann nur mit dem Worte Maßlosigkeit bezeichnet werden. Maßlos ist die Überschätzung der eigenen Macht und die Unterschätzung der geschichtlich gewordenen Tatsachen, mit der die Staatsmänner der Entente ohne Rücksicht auf wirtschaftspolitische Notwendigkeiten und in ganz einseitiger Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Grenzen der europäischen Staaten in einer Weise verschoben haben, die zu den schwersten politischen Folgen führen muß. Maßlos sind die gewaltsamen Eingriffe in das Privateigentum der Angehörigen der unterlegenen Völker. Maßlos ist die Wehrlosmachung des deutschen Volkes, während alle anderen europäischen Staaten in Rüstungen starren und gar nicht daran denken, bei sich die Abrüstung durchzuführen. Maßlos und unverzeihlich sind die Demütigungen, mit denen die Alliierten dem deutschen Volke den letzten Rest seiner Ehre abzuschneiden versucht haben: Das Verlangen nach Auslieferung des Kaisers, der Heerführer und der sogenannten Kriegsverbrecher, über die jetzt deutsche Richter auf Befehl der Entente zu Gericht sitzen müssen, während die zahlreicheren Kriegsverbrecher in den alliierten Staaten unbestraft bleiben. Maßlos ist die fünfzehnjährige Besetzung des Rheinlandes und die Verwendung farbiger Truppen zur Unterdrückung eines Kulturvolkes. Über alle vernünftigen Begriffe geht das unwürdige Spiel, das die Alliierten nun schon seit $2^1/_2$ Jahren mit Oberschlesien treiben. Die folgenschwerste Demütigung unseres Volkes ist aber die Erpressung der Anerkennung der Lüge von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands. Auf dieser Lüge ist der ganze Vertrag von Versailles aufgebaut[1]). An dieser Lüge krankt jetzt Europa, und an dieser Lüge wird auch die Friedenspolitik der Alliierten zusammenbrechen. Selbst wenn die Alliierten jetzt die Fehler ihrer Friedenspolitik einsehen würden, so käme die Erkenntnis doch sicher zu spät. Die Verwicklung der Weltpolitik durch die Friedensverträge läßt sich nicht mehr auf dem Wege der Verhandlungen entwirren. Die Völker Europas müssen den Weg der Not gehen, den ihnen ehrgeizige und kurzsichtige Politiker gewiesen haben. Alles steuert auf eine gewaltsame Lösung hin. Wie eine Prophezeiung der Zukunft Europas klingen die Worte, die Thomas Carlyle in seinem Werke „Die französische Revolution[2])" über das Jahr 1783 geschrieben hat:

> „Ehre dem Bankrott, der immer im großen gerecht ist, obgleich im einzelnen so grausam! Unermüdlich untergräbt er alle Lügen. Und stiege eine Lüge himmelhoch und bedeckte die Welt, so wird doch der Bankrott sie eines Tages hinabstürzen und uns von ihr frei machen."

Wir sind uns keinen Augenblick im Zweifel über das Elend, dem wir entgegengehen. Aber unser Volk hat in seiner Geschichte schon so viel Proben seiner Widerstandskraft gegeben, daß es uns als ein Unrecht erscheinen würde, daran zu zweifeln, daß uns nach den schweren Prüfungen der kommenden Jahre auch einmal wieder ein Aufstieg beschieden sein wird. Möge die Not die Stämme und Stände unseres Volkes einigen und uns die Männer bringen, die uns aus dem Niedergange wieder emporführen.



---

[1]) Vgl. die von den „Süddeutschen Monatsheften" in München herausgegebene Schrift „Der große Betrug. Neue Urkunden zur Schuldfrage" (Juli 1921), dazu auch das Juni-Heft 1921 der „Süddeutschen Monatshefte" mit dem Titel „Gegenrechnung. Die Verbrechen an kriegsgefangenen Deutschen." (Preis beider Hefte je 4,50 Mark.)

[2]) Aus dem Englischen übersetzt, Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig 1919, 1. Bd. S. 69.

**Tabelle 1 zum Abschnitt „Unsere Zahlungsbilanz“** Seite 55.

**Wie teuer kauft das Ausland in Goldmark heute deutsche Industrieaktien?**

**(1 Goldmark = 15 Papiermark.)**

| 1. Aktiengesellschaft | 2. Alte Stammaktien Ende 1913 Mark | 3. Neue Stammaktien ab 1914 bis Mitte 1921 Mark | 4. Aktienkapital in Stammaktien bis Mitte 1921 (2. u. 3. Sp.) Mark | 5. Kurs der Stammaktien 30. Juni 1914 Goldmark | 6. Kurs der Stammaktien 30. Juni 1921 Papiermark | 7. Kurswert des Stammaktienkapitals am 30. Juni 1914: damaliges Kapital Goldmark | 8. Kurswert des Stammaktienkapitals am 30. Juni 1914: unter Hinzurechnung des Goldwertes der neuen Stammaktien Goldmark | 9. Kurswert des Stammaktienkapitals am 30. Juni 1921: in Papiermark | 10. Kurswert des Stammaktienkapitals am 30. Juni 1921: in Goldmark (1 Goldmark = 15 Papiermark) | 11. Verhältnis des Kurswertes des Stammaktienkapitals v. 30. Juni 1921 (Sp. 10) z. 30. Juni 1914 (Sp. 8) % |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Deutsch-Luxemb. Bergw. . . . . . . | 130 000 000 | — | 130 000 000 | 127,10 | 359,75 | 165 230 000 | 165 230 000 | 467 675 000 | 31 178 333 | 18 |
| Gelsenkirchener Bergw.-Ges. . . . . | 180 000 000 | 8 000 000 | 188 000 000 | 181,90 | 389,75 | 327 420 000 | 328 390 133 | 732 730 000 | 48 848 600 | 15 |
| Harpener Bergbau . . . . . . . . | 85 000 000 | 15 000 000 | 100 000 000 | 177,10 | 553,50 | 150 535 000 | 152 306 000 | 553 500 000 | 36 900 000 | 24 |
| Hoesch, Eisen- und Stahlwerke . . . . | 20 000 000 | 25 000 000 | 45 000 000 | 311,10 | 849,50 | 62 220 000 | 67 405 000 | 382 275 000 | 25 485 000 | 38 |
| Phoenix, Bergbau-Akt.-Ges.. . . . . | 106 000 000 | 169 000 000 | 275 000 000 | 235,— | 760,— | 249 100 000 | 275 576 666 | 2 090 000 000 | 139 333 333 | 50 |
| Augsburg-Nürnberger Masch.-Fabrik . | 18 000 000 | 82 000 000 | 100 000 000 | 180,— | 485,25 | 32 400 000 | 42 240 000 | 485 250 000 | 32 350 000 | 76 |
| Gasmotorenfabrik Deutz . . . . . . | 22 002 000 | 14 004 000 | 36 006 000 | 121,— | 342,50 | 26 622 420 | 27 752 076 | 123 320 550 | 8 221 370 | 29 |
| Allgem. Elektrizitäts-Ges. . . . . . . | 155 000 000 | 195 000 000 | 350 000 000 | 240,30 | 305,— | 372 453 000 | 403 704 000 | 1 067 500 000 | 71 166 666 | 17 |
| Siemens, Elektr.-Betriebs-A.-G. . . . | 17 500 000 | 22 500 000 | 40 000 000 | 112,50 | 125,— | 19 687 500 | 21 375 000 | 50 000 000 | 3 333 333 | 16 |
| Bremer Wollkämmerei . . . . . . | 5 000 000 | 3 000 000 | 8 000 000 | 289,25 | 575,— | 14 460 000 | 15 038 500 | 46 000 000 | 3 066 666 | 20 |
| Norddeutsche Wollk. u. Kammgarnsp. . | 22 500 000 | — | 22 500 000 | 141,50 | 480,— | 31 837 500 | 31 837 500 | 108 000 000 | 7 200 000 | 22 |
| Kammgarnspinnerei Düsseldorf . . . . | 2 000 000 | — | 2 000 000 | 131,25 | 549,— | 2 625 000 | 2 625 000 | 10 980 000 | 732 000 | 27 |
| Kammgarnspinnerei zu Leipzig . . . | 2 250 000 | 2 550 000 | 4 800 000 | 151,25 | 575,— | 3 403 000 | 3 660 125 | 27 600 000 | 1 840 000 | 50 |
| Leipziger Baumwollspinnerei . . . . | 3 000 000 | 4 500 000 | 7 500 000 | 227,— | 552,— | 6 810 000 | 7 491 000 | 41 400 000 | 2 760 000 | 37 |
| Mech. Baumwollsp. u. Weberei, Augsburg | 4 500 000 | 2 500 000 | 7 000 000 | 202,— | 638,— | 9 090 000 | 9 426 666 | 44 660 000 | 2 977 333 | 31 |
| Vereinigte Glanzstoff-Fabriken . . . . | 7 500 000 | 52 500 000 | 60 000 000 | 596,— | 850,— | 44 700 000 | 65 560 000 | 510 000 000 | 34 000 000 | 51 |
| Dortmunder Union-Brauerei . . . . | 4 000 000 | 6 000 000 | 10 000 000 | 393,— | 558,— | 15 720 000 | 17 292 000 | 55 800 000 | 3 720 000 | 21 |
| Leipziger Bierbrauerei (Riebeck) . . . | 4 000 000 | 6 000 000 | 10 000 000 | 162,— | 295,— | 6 480 000 | 7 128 000 | 29 500 000 | 1 966 666 | 27 |
| Hamburg-Amerika-Paketfahrt-A.-G. . . | 180 000 000 | — | 180 000 000 | 125,80 | 165,50 | 226 440 000 | 226 440 000 | 297 900 000 | 19 860 000 | 9 |
| Norddeutscher Lloyd . . . . . . . | 125 000 000 | 125 000 000 | 250 000 000 | 109,50 | 147,75 | 136 875 000 | 146 000 000 | 369 375 000 | 24 625 000 | 17 |
| | | Gesamtes Stammaktienkapital der aufgezählten Werke | | | | | 2 016 477 666 | Durchschnittl. Entwert i. Goldmark | 499 564 300 | 25 |
| Deutsche Bank . . . . . . . . . | 200 000 000 | 200 000 000 | 400 000 000 | 234,— | 322,50 | 468 000 000 | 499 200 000 | 1 290 000 000 | 86 000 000 | 17 |
| Diskonto-Gesellschaft . . . . . . . | 200 000 000 | 110 000 000 | 310 000 000 | 183,10 | 273,50 | 366 200 000 | 379 627 333 | 847 850 000 | 56 523 333 | 15 |
| Dresdner Bank . . . . . . . . . | 200 000 000 | 150 000 000 | 350 000 000 | 146,90 | 227,— | 293 800 000 | 308 490 000 | 794 500 000 | 52 966 666 | 17 |
| | | Gesamtes Stammaktienkapital der aufgezählten drei D-Banken | | | | | 1 187 317 333 | Durchschnittl. Entwert. i. Goldmark | 195 489 999 | 16 |

## Tabelle 2 zum Abschnitt „Steuerlast und Steuerkraft" Seite 79.

### Die Dividenden der deutschen Industrie in Goldmark vor und nach dem Kriege.

(1 Goldmark = 10 Papiermark.)

| 1. Aktiengesellschaft | 2. Altes Stammaktienkapital bis Ende 1913 in Goldmark | 3. Neues Stammaktienkapital ab Anfang 1914 bis Mitte 1921 in Papiermark | 4. Neues Stammaktienkapital in Goldmark umgerechnet nach dem Verhältnis 1 Goldmark = 10 Papiermark | 5. Letzter bis zum 1. Aug. 1921 bekannter Dividendenbeschluß in Papiermark | 6. Summe der Dividendenausschüttung auf altes und neues Stammaktienkapital in Papiermark | 7. Summe der Dividendenausschüttung auf altes und neues Stammaktienkapital in Goldmark 1 Goldmark = 10 Papiermark | 8. Summe des alten Stammaktienkapitals und des neuen Stammaktienkapitals in Goldmark | 9. Letzte Dividende in Goldmark auf altes Stammaktienkapital in Goldmark und neues Stammaktienkapital in Goldmark | 10. Letzter für das Geschäftsjahr 1912/13 bekannter Dividendenbeschluß in Goldmark auf das alte Stammaktienkapital |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Sp. 3 dividiert durch 10 | % | Sp. 2 u. Sp. 3 × Spalte 5 | Sp. 6 dividiert durch 10 | Sp. 2 u. Sp. 4 | Sp. 7 zu Sp. 8 in % | % |
| Deutsch-Luxemb. Bergw. | 130 000 000 | — | — | 15 | 19 500 000 | 1 950 000 | 130 000 000 | 1,5 | 10 |
| Gelsenkirchener Bergw.-Ges. | 180 000 000 | 8 000 000 | 800 000 | 9 | 16 920 000 | 1 692 000 | 180 800 000 | 0,9 | 11 |
| Harpener Bergbau | 85 000 000 | 15 000 000 | 1 500 000 | 12 | 12 000 000 | 1 200 000 | 86 500 000 | 1,4 | 11 |
| Hoesch, Eisen- und Stahlwerke | 20 000 000 | 25 000 000 | 2 500 000 | 24 | 10 800 000 | 1 080 000 | 22 500 000 | 4,8 | 24 |
| Phoenix, Bergbau-A.-G. | 106 000 000 | 169 000 000 | 16 900 000 | 20 | 55 000 000 | 5 500 000 | 122 900 000 | 4,4 | 18 |
| Augsburg-Nürnberger Masch.-Fabrik | 18 000 000 | 82 000 000 | 8 200 000 | 12 | 12 000 000 | 1 200 000 | 26 200 000 | 4,5 | 16 |
| Gasmotorenfabrik Deutz | 22 002 000 | 14 004 000 | 1 400 400 | 10 | 3 600 600 | 360 060 | 23 402 400 | 1,5 | 9 |
| Allgem. Elektrizitäts-Ges. | 155 000 000 | 195 000 000 | 19 500 000 | 14 | 49 000 000 | 4 900 000 | 174 500 000 | 2,8 | 14 |
| Siemens, Elektr.-Betr.-A.-G. | 17 500 000 | 22 500 000 | 2 250 000 | 0 (1918/19) | — | — | 19 750 000 | — | 6,5 |
| Bremer Wollkämmerei | 5 000 000 | 3 000 000 | 300 000 | 25 | 2 000 000 | 200 000 | 5 300 000 | 3,7 | 20 |
| Norddeutsche Wollk. u. Kammgarnsp. | 22 500 000 | — | — | 32 | 7 200 000 | 720 000 | 22 500 000 | 3,2 | 10 |
| Kammgarnspinnerei Düsseldorf | 2 000 000 | — | — | 12 | 240 000 | 24 000 | 2 000 000 | 1,2 | 8 |
| Kammgarnspinnerei zu Leipzig | 2 250 000 | 2 550 000 | 255 000 | 40 | 1 920 000 | 192 000 | 2 505 000 | 7,6 | 5 |
| Leipziger Baumwollspinnerei | 3 000 000 | 4 500 000 | 450 000 | 25 | 1 875 000 | 187 500 | 3 450 000 | 5,4 | 15 |
| Mech. Baumwollsp. u. Weberei, Augsburg | 4 500 000 | 2 500 000 | 250 000 | 24 | 1 680 000 | 168 000 | 4 750 000 | 3,5 | 10,5 |
| Vereinigte Glanzstoff-Fabriken | 7 500 000 | 52 500 000 | 5 250 000 | 20 | 12 000 000 | 1 200 000 | 12 750 000 | 9,4 | 34 |
| Dortmunder Union-Brauerei | 4 000 000 | 6 000 000 | 600 000 | 45 | 4 500 000 | 450 000 | 4 600 000 | 9,8 | 25 |
| Leipziger Bierbrauerei (Riebeck) | 4 000 000 | 6 000 000 | 600 000 | 10 (1919) | 1 000 000 | 100 000 | 4 600 000 | 2,1 | 10 |
| Hamburg-Amerika-Paketfahrt-A.-G. | 180 000 000 | — | — | 8 | 14 400 000 | 1 440 000 | 180 000 000 | 0,8 | 10 |
| Norddeutscher Lloyd | 125 000 000 | 125 000 000 | 12 500 000 | 8 | 20 000 000 | 2 000 000 | 137 500 000 | 1,4 | 8 |
| Summe des Aktienkapitals | 1 093 252 000 | | | | Insgesamt | 24 563 560 | 1 166 507 400 | Durchschnittl. 2,1 % | Durchschnittl. 11,8 % |
| Deutsche Bank | 200 000 000 | 200 000 000 | 20 000 000 | 18 | 72 000 000 | 7 200 000 | 220 000 000 | 3,3 | 12,5 |
| Diskonto-Gesellschaft | 200 000 000 | 110 000 000 | 11 000 000 | 16 | 49 600 000 | 4 960 000 | 211 000 000 | 2,3 | 10 |
| Dresdner Bank | 200 000 000 | 150 000 000 | 15 000 000 | 12,5 | 43 750 000 | 4 375 000 | 215 000 000 | 2 | 8,5 |
| Summe des Aktienkapitals | 600 000 000 | | | | Insgesamt | 16 535 000 | 646 000 000 | Durchschnittl. 2,5 % | Durchschnittl. 10,3 % |

In neuer Auflage erschien soeben:

## Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu David Ricardos

# Grundgesetze der Volkswirtschaft und der Besteuerung

Von **Karl Diehl**

**Erster Teil** (Dritte Auflage):
Die Ricardosche Werttheorie. — Ricardos Grundrententheorie. XV, 427 S. Preis M. 45.—, geb. M. 60.—

**Zweiter Teil** (Zweite Auflage):
Lohntheorie. — Zins und Unternehmergewinn. — Geldtheorie. — Auswärtige Handelspolitik. — Krisen, Überproduktion und Maschinenwesen. — Steuerlehre. — Bedeutung Ricardos. — Bibliographie und Register. VIII, 529 S. Preis M. 55.—, geb. M. 70.—

Ricardos Grundzüge bieten neben einzelnen Mängeln so viel des Tiefen, behandeln so viele noch heute nicht erledigte, zum Teil gerade heute wieder aktuell gewordene Fragen so scharfsinnig, daß eine gründliche Erläuterung seiner Thesen an der Hand der seit ihrer Aufstellung gemachten Erfahrungen und veröffentlichten Kritiken und Theorien für das volkswirtschaftliche Erkennen außerordentlich förderlich sein kann. Ed. Bernstein in d. Dokumenten d. Sozialismus.

Das Werk wird nicht nur dem Theoretiker, sondern auch dem praktischen Nationalökonomen eine nützliche und notwendige Lektüre sein. Volkswirtschaftliche Blätter.

Diehls Erläuterungen werden den nationalökonomischen Unterricht befruchten und den seminaristischen Übungen besonders förderlich sein. Ein bibliographischer Anhang und zwei Register bilden eine seltene Zugabe. Schmollers Jahrbuch.

Diehls Kritik von Ricardo wird zu einem umfassenden Kursus der theoretischen Nationalökonomie. Archiv f. Sozialwissenschaft.

Da ich das Studium des Hauptes der klassischen Schule der Nationalökonomien für die beste Schulung des Denkens halte, so begrüße ich die russische Ausgabe des Diehlschen Kommentars mit großer Freude. Prof. A. Posnikoff (Petersburg).

**Verlag von Felix Meiner in Leipzig**

# Der Deutsche Geschichtskalender

Herausgeber Dr. **Friedrich Purlitz**

erscheint seit 1885, ist in der Fachwelt als reichhaltigstes, unparteilichstes und zuverlässigstes Nachschlagewerk bekannt und ist dennoch nicht so tief in alle politisch interessierten Kreise eingedrungen, wie er es verdient.

## Der Deutsche Geschichtskalender bietet

eine **zusammenhängende, verständliche und objektive,** genau datierte Schilderung der Vorgänge in Deutschland und im Ausland. Erschöpfende Berichte über die **Parlamentsverhandlungen,** wichtige Kongresse usw. des Auslandes (auf Grund ausländischer Quellen). Wortgetreuen Abdruck des **diplomatischen Notenwechsels** und sonstiger Veröffentlichungen. Ausführliche **Halbjahrsregister.**

## Der Deutsche Geschichtskalender ist

eine unentbehrliche **Chronik der Gegenwart,** als Darstellung interessant, da es einem „erst durch sie recht klar wird, wieviel in der Gegenwart vorgeht und in wieviel Strömen die Bewegung verläuft“ (Rudolf Eucken), und als **Nachschlagewerk unentbehrlich.** Ein wichtiges **Hilfsmittel zur Völkerverständigung** auf Grund besseren Verständnisses. **Ein Werk ohne Konkurrenz in der gesamten Weltliteratur.**

## Der Deutsche Geschichtskalender kostet

die Serie 1885—1914 I (59 Leinwandbände) M. 1000.—
die Serie 1914 II—1918 II (15 Halbleinenbände, über 11000 Seiten) . . . . . . . . . . . . . . M. 700.—
3 Sonderbände (Die deutsche Revolution — Vom Waffenstillstand zum Frieden von Versailles — Die deutsche Reichsverfassung, etwa 2000 Seiten) geb. M. 120.—
Jahrgang 1921 (2 Abteilungen, A Inland, B Ausland) jedes Heft (100—120 Seiten) . . . . . . . . M. 8.—

**Verlag von Felix Meiner in Leipzig**

# Zentralblatt der Reichsversicherung

Herausgegeben von Prof. Dr. **Stier-Somlo**

Preis halbjährlich M. 25.—

Der Zeitschrift, ursprünglich unter dem Titel: „**Reformblatt** der Arbeiterversicherung“ gegründet, erwächst aus diesem **seit siebzehn Jahren** verfochtenen Grundgedanken erneut hohe praktische Bedeutung. Unübersehbar war die Reformarbeit, die während der Kriegs- und Nachkriegszeit in Verordnungen und Gesetzesnovellen geleistet wurde. Hier hat sich das „Zentralblatt“ als **zuverlässiger und nicht zu entbehrender Führer** bewährt. Jetzt steht eine

**großzügige Gesamtreform**

der sozialen Versicherung bevor, als Vorbedingung des Wiederaufstiegs Deutschlands. Es genügt, an das Problem der **Arbeitslosenversicherung** zu erinnern. Sie bedarf, soll sie etwas Wertvolles und einigermaßen Dauerhaftes schaffen, umsichtigster Arbeit aller Sachverständigen. **Unparteiisch, jeder ernsthaften, auf soziale Wohlfahrt gerichteten Stimme offen, nur bedacht auf das wahre Interesse der arbeitenden Deutschen,** so ist das Zentralblatt der Reichsversicherung **die berufene**

**Diskussionsstätte der Sozialreform.**

Es erbittet deshalb die Beachtung und die Mitarbeit jedes Politikers und jedes Führers der Wirtschaft auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Schreiben Sie

**sofort eine Postkarte**

und erbitten Sie unter Bezugnahme auf diese Anzeige die unentgeltliche Zusendung von drei aufeinander folgenden Probenummern.

**Verlag von Felix Meiner in Leipzig**

Druck von Julius Klinkhardt in Leipzig.

## Sozialismus und Christentum

Von Rudolf Stammler

Preis M. [illegible], in [illegible] M. [illegible]

[illegible] es nur einem aus dem Vollen schöpfenden [illegible] Denker möglich ist.“ [illegible]

[illegible] dieser [illegible] Schrift bietet der berühmte Berliner [illegible] Zusammenstellung seiner grundlegenden Lehren über das Ver[illegible] Form und der Materie des sozialen Lebens. In vier [illegible] er überaus tiefbohrend die sozialistische Wirtschaft, die [illegible] sozialen Frage, soziales und religiöses Leben, sowie den [illegible] Menschengeschlechts. Besonders glücklich ist der überzeugende [illegible] Unvollständigkeit ja der Unrichtigkeit der berühmten materialistischen [illegible]auffassung. Plastisch stellt es der Verfasser uns vor Augen, daß das Streben [illegible]scher Art der Wirtschaft bloß ein technisch bedingtes Mittel ist, d[illegible] Christentum Ewigkeitswert und -gehalt besitzt, ganz unabhängig von der Art [illegible] jeweils geltenden Wirtschaftsordnung, es ist eine rechte Ordnung unserer [illegible] und Lebensführung. Die kleine Schrift besitzt hohen bleibenden Wert.“ Soziale [illegible]

**Einen kurzen Überblick über das ereignisreiche Jahr 1919 bietet:**

## Das erste Jahr der deutschen Revolution

Mit einer genauen Zeittafel

Von **Ernst Scheiding**. 90 Seiten. Preis M. 4.—

In sachlicher, objektiver Schilderung, unter Vermeidung aller Werturteile wird die Vorgeschichte der Revolution von den „Spartakus-Briefen“ bis zum offenen Ausbruch und die weitere Entwicklung durch das ereignisreiche Jahr 1919 bis zum 10. Januar 1920 dargelegt. Die sich überstürzenden Ereignisse noch einmal im Zusammenhang zu überblicken, ist nicht nur interessant. Es kann lehrreich sein.

## Der kommunistische Gedanke in der Philosophie

Von **Karl Paul Hasse**. Kartoniert M. 7.—

Aufklärung über die geschichtliche Entwicklung der kommunistischen Lehren und ihre philosophischen Zusammenhänge tut unserm Volke bitter not. Nur Vertiefung in die Geistesgeschichte ermöglicht ein selbständiges Urteil über diese Gedankenwelt deren Schlagworte heute die breiten Massen und viele leicht begeisterte Intellektuelle mit sich fortreißen.

## Der demokratische Gedanke

Von **Carl Gebhardt**. Kartoniert M. 5.—

Die Entstehung des demokratischen Gedankens aus dem Schoße des deutschen Geisteslebens (Kant, Fichte), seine Entfaltung und endliche Ausprägung, seine Bedeutung für die nahe und ferne Zukunft bilden den Inhalt dieses Bandes. Es wird gezeigt, warum und wie sich der demokratische Gedanke als Einheitsfaktor im Volke bewähren kann und wird.

**Verlag von Felix Meiner in Leipzig**

# Zentralblatt der Reichsversicherung

Herausgegeben von Prof. Dr. **Stier-Somlo**

Preis halbjährlich M. 25.—

Der Zeitschrift, ursprünglich unter dem Titel: „**Reformblatt** der Arbeiterversicherung" gegründet, erwächst aus diesem **seit siebzehn Jahren** verfochtenen Grundgedanken erneut hohe praktische Bedeutung. Unübersehbar war die Reformarbeit, die während der Kriegs- und Nachkriegszeit in Verordnungen und Gesetzesnovellen geleistet wurde. Hier hat sich das „Zentralblatt" als **zuverlässiger und nicht zu entbehrender Führer** bewährt. Jetzt steht eine

**großzügige Gesamtreform**

der sozialen Versicherung bevor, als Vorbedingung des Wiederaufstiegs Deutschlands. Es genügt, an das Problem der **Arbeitslosenversicherung** zu erinnern. Sie bedarf, soll sie etwas Wertvolles und einigermaßen Dauerhaftes schaffen, umsichtigster Arbeit aller Sachverständigen. **Unparteiisch, jeder ernsthaften, auf soziale Wohlfahrt gerichteten Stimme offen, nur bedacht auf das wahre Interesse der arbeitenden Deutschen**, so ist das Zentralblatt der Reichsversicherung **die berufene**

**Diskussionsstätte der Sozialreform.**

Es erbittet deshalb die Beachtung und die Mitarbeit jedes Politikers und jedes Führers der Wirtschaft auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Schreiben Sie

**sofort eine Postkarte**

und erbitten Sie unter Bezugnahme auf diese Anzeige die unentgeltliche Zusendung von drei aufeinander folgenden Probenummern.

**Verlag von Felix Meiner in Leipzig**

Druck von Julius Klinkhardt in Leipzig.

# Sozialismus und Christentum

**Von Rudolf Stammler**

**Preis M. 18.75, in vornehmem Halbleinenband M. 30.—**

„Die Leistung des Buches ist Kritik nicht nur in dem Sinne, daß die verschiedenen Meinungen des Tages und der Geschichte geprüft, sondern zugleich in dem, daß die bleibenden und unaufgebbaren Grundlagen der Sozialwissenschaft herausgearbeitet werden. Das geschieht mit einem Eindringen in die Breite und Tiefe des Stoffes, wie es nur einem aus dem Vollen schöpfenden Fachmann und ausgereiften Denker möglich ist." Theologischer Literaturbericht.

„In dieser kleinen Schrift bietet der berühmte Berliner Neukantianer in nuce eine Zusammenstellung seiner grundlegenden Lehren über das Verhältnis vom Recht und Wirtschaft, der Form und der Materie des sozialen Lebens. In vier Abschnitten behandelt er überaus tiefbohrend die sozialistische Wirtschaft, die Theorie der sozialen Frage, soziales und religiöses Leben, sowie den Fortschritt des Menschengeschlechts. Besonders glücklich ist der überzeugende Nachweis der Unvollständigkeit ja der Unrichtigkeit der berühmten materialistischen Geschichtsauffassung. Plastisch stellt es der Verfasser uns vor Augen, daß das Streben nach sozialistischer Art der Wirtschaft bloß ein technisch bedingtes Mittel ist, daß aber das Christentum Ewigkeitswert und -gehalt besitzt, ganz unabhängig von der Art der jeweils geltenden Wirtschaftsordnung, es ist eine rechte Ordnung unserer Gedanken und Lebensführung. Die kleine Schrift besitzt hohen bleibenden Wert." Soziale Praxis.

**Einen kurzen Überblick über das ereignisreiche Jahr 1919 bietet:**

# Das erste Jahr der deutschen Revolution

**Mit einer genauen Zeittafel**

Von **Ernst Scheiding.** 90 Seiten. Preis M. 4.—

In sachlicher, objektiver Schilderung, unter Vermeidung aller Werturteile wird die Vorgeschichte der Revolution von den „Spartakus-Briefen" bis zum offenen Ausbruch und die weitere Entwicklung durch das ereignisreiche Jahr 1919 bis zum 10. Januar 1920 dargelegt. Die sich überstürzenden Ereignisse noch einmal im Zusammenhang zu überblicken, ist nicht nur interessant. Es kann lehrreich sein.

# Der kommunistische Gedanke in der Philosophie

Von **Karl Paul Hasse.** Kartoniert M. 7.—

Aufklärung über die geschichtliche Entwicklung der kommunistischen Lehren und ihre philosophischen Zusammenhänge tut unserm Volke bitter not. Nur Vertiefung in die Geistesgeschichte ermöglicht ein selbständiges Urteil über diese Gedankenwelt, deren Schlagworte heute die breiten Massen und viele leicht begeisterte Intellektuelle mit sich fortreißen.

# Der demokratische Gedanke

Von **Carl Gebhardt.** Kartoniert M. 5.—

Die Entstehung des demokratischen Gedankens aus dem Schoße des deutschen Geisteslebens (Kant, Fichte), seine Entfaltung und endliche Ausprägung, seine Bedeutung für die nahe und ferne Zukunft bilden den Inhalt dieses Bandes. Es wird gezeigt, warum und wie sich der demokratische Gedanke als Einheitsfaktor im Volke bewähren kann und wird.

**Verlag von Felix Meiner in Leipzig**

END OF
TITLE